

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 11. Januar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando:
Bieteljähr 2,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
Eingelassene Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnemente: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile ober dem Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (seit-
gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Dreiklassen-Haushalt.

Die Etatsrede, mit der der preussische Finanzminister von Rheinbaben am Dienstag die Vorlegung des preussischen Haushalts-Entwurfes im Abgeordnetenhaus einleitete, ist ein Signal für die preussische Reaktion in der Reichspolitik. Der Finanzminister hat in seiner mit Gottes Gnade ebenso reichlich wie fromm durchwachsenen Ansprache an die Herren des Dreiklassen-Systems es sich nicht nehmen lassen, noch vor den Verhandlungen des Reichstages über die Handelsverträge die Meinung des preussischen Ministeriums über die Handelspolitik des Reiches festzulegen.

Nach den Andeutungen des Herrn v. Rheinbaben werden die Handelsverträge auch den ausschweifendsten agrarischen Hoffnungen genügen und wenn auch vorauszufragen ist, daß die „Nichts-als-Agrarier“ auch mit diesen Handelsverträgen nicht Zufriedenheit äußern werden, so ist doch nach den Ausführungen des Ministers v. Rheinbaben gar nicht mehr zu zweifeln, daß entsprechend dem Antrage Kardorff die Handelspolitik der künftigen Verträge an die ostelbischen Gutsherrschern ausgeliefert werden wird. Bereits hat Herr v. Rheinbaben die Industrie darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihren Export werde einschränken müssen; das heißt mit anderen Worten, daß die Handelsverträge auf Kosten der in der Industrie beschäftigten Arbeiter nicht nur als Konsumenten, sondern auch wesentlich als Produzenten abgeschlossen worden sind.

Der preussische Minister führte selbst das Bedürfnis, die Rücksichtslosigkeit dieser Bereicherungspolitik zu gunsten der Besitzenden in dem moralischen Kräfteanstieg der christlich monarchischen Sozialpolitik zu schmücken. Mit großer Entschiedenheit leugnete er, daß nur die Großgrundbesitzer von den Zuckerzöllen Vorteil hätten, und er nannte es einen „Kampf mit vergifteten Waffen“, wenn man behauptete, daß die kleinen Bauern davon nicht profitierten. Diese Behauptung aber war bekanntlich die Grundlage in der Regierungsverteidigung der Caprivischen Handelsverträge, die der Kaiser einst als rettende Lat gepriesen hat. Der Reichstanzler der rettenden Lat wird also von dem jetzigen preussischen Minister für einen Kämpfer mit vergifteten Waffen bezeichnet.

Die fiskalischen Talente des preussischen Staates sind ebenso groß wie seine reaktionäre Unergründlichkeit. Preußen bereichert nicht nur die Herrschenden, sondern auch sich selbst. Der Finanzminister hatte deswegen alle Mühe, die glänzende Lage der preussischen Finanzen abzuschwächen, um ja nicht in die Verlegenheit zu kommen, größere Aufwendungen für Kulturaufgaben dulden zu müssen. Die von ihm geäußerte und provokatorisch vorgetragene Sehnsucht nach der „großen Reichsfinanzreform“, der die Abschlagszahlung der „kleinen Reichsfinanzreform“ folgen müsse, läuft lediglich darauf hinaus, Preußen vollständig unabhängig von dem Reich zu machen, damit gegenüber dem Finanzelend des Reiches der preussische Glanz um so höher strahle. Fast könnte man den Verdacht hegen, daß Preußen systematisch darauf hinarbeitet, das verarmende Reich des demokratischen Wahlrechtes finanziell zu ruinieren. Daß Preußen im Golde schwimmt, ist an sich das stärkste Argument gegen jede Reichsfinanzreform, welche die Einzelstaaten mit ihren direkten Steuern von der finanziellen Verantwortung für die aus den Massen erprekten Ausgaben für Heer und Marine im Reich gänzlich befreit. Herr v. Rheinbaben mußte sogar auf die dunklen „Wege der Vorsehung“ hinweisen, die auch einmal zu einem Niedergange der preussischen Finanzen führen könnten, um nicht die Einsicht auskommen zu lassen, daß der preussische Staat am allerwenigsten ein Recht habe, sich den Verpflichtungen für die von ihm entscheidend beeinflusste unproduktive Reichspolitik der Rüstungen zu entziehen.

Zast alle Betriebsverwaltungen arbeiten mit hohen Ueber-
schüssen; nur die Bergverwaltung macht eine Ausnahme, aber
auch nur scheinbar; denn durch den Anlauf neuer Bergwerke
sind erhebliche Kapitalien festgelegt, das werdende Vermögen
hat also zugenommen und es wird nicht lange dauern, bis
auch dies Kapital Zinsen trägt.

Der Etatsentwurf für 1905 balanziert in Einnahme und
Ausgabe mit 2718 Millionen Mark gegen 2800 Millionen
Mark des laufenden Etats. Das eigentliche Rückgrat
der preussischen Finanzen bilden neben den direkten
Steuern die Eisenbahneinnahmen. Wenn auch der
Minister recht darin hat, daß diese Einnahmen schwankender
Natur sind, daß sie zuzeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges
zunehmen, zuzeiten des wirtschaftlichen Niederganges da-
gegen abnehmen, so ist es doch andererseits eine ebenso un-
aufrichtige wie alte Taktik, wenn man fort und fort davor
warnt, auf diese Einnahmen dauernde Ausgaben zu basieren.
Diese weiße Lehre, die bei dieser Gelegenheit von Herrn
v. Rheinbaben gepredigt wurde, zog sich wie ein roter
Faden auch durch die Etatsrede seines Schülers.
Man darf aber nicht vergessen, daß, wenn die
Einnahmen Preußens ihrer Natur nach auch schwankend
sind, doch als einigermaßen feststehend mit ihnen gerechnet
werden kann; sie werden in schlechten Jahren zurückgehen,
aber verschwinden werden sie nicht, und es ist deshalb lediglich
ein fiskalisches Wandern der Angst, man könnte kulturelle
Reformen verlangen oder beanspruchen, daß der Staat als
Arbeitgeber die Lage seiner Angestellten aufbessere. Der

Minister warnte denn auch diesmal davor, die Ansprüche der
Beamten zu befriedigen, allenfalls will er ihnen gnädigst den
Wohnungsgeldzuschuß erhöhen, er predigte schon jetzt für das
noch in diesem Jahr zu erwartende Volksschulgesetz
Zurückhaltung; die Lehrer können nach wie vor hungern,
namentlich, wenn nebenbei das Ziel der konservativ-kerikalen
Mehrheit erreicht und die Säule der Kirche ganz und gar
ausgeliefert wird. Auch von Tarifreformen will Herr
v. Rheinbaben nichts wissen, die Notwendigkeit der Ver-
billigung vor allem der Personentaxe bestrittet er auf das
entschiedenste, höchstens ist er für eine „Vereinfachung“ zu
haben.

Die einzige Reform, die der Minister ankündigte, ist eine
Reform des Einkommensteuer-Gesetzes in dem
Umfang, wie es kürzlich durch die Presse mitgeteilt wurde:
Abzugsfähigkeit nach der Kinderzahl bei Einkommen bis
6000 Mk., technische Vereinfachungen, geringe Erhöhung der
Steuerprogression. Sonst soll alles beim alten bleiben. Für
die Bekämpfung der polnischen Gefahr werden einige weitere
Hunderttausende flüssig gemacht, aber für Kulturaufgaben ist
auch diesmal nichts übrig. Der Haushalt des Dreiklassenstaats
und Dreiklassenparlamentes bedeutet eben: „Recht“ für die erste
Klasse, $\frac{1}{2}$ für die zweite, und der — „Recht“ für die dritte
Klasse, die ihrerseits den Vorzug hat, die $\frac{2}{3}$ durch die Arbeit
aufzubringen!

Die eigentliche Etatsberatung beginnt am Sonnabend.

Der preussische Staatshaushalts-Etat.

Der Etats-Voranschlag für 1905 weist das gleiche günstige Bild
auf wie die Etats der letzten Jahre. Die Einnahmen sind auf
2718 Millionen, die Ausgaben gleichfalls auf 2718 Millionen Mark
veranschlagt. Das bedeutet gegenüber dem laufenden Etat in Ein-
nahme und Ausgabe eine Ermäßigung um 90 Millionen, doch ist
diese Ermäßigung nur eine scheinbare; infolge der lox Stengel sind
nämlich die Ueberweisungen vom Reich und die Militärarbeitsbeiträge
gleichmäßig um 219 Millionen gesenkt. Läßt man diese Änderungen
außer Betracht, so ergibt sich bei den Einnahmen und Ausgaben
für 1905 ein Reicht von 128 Millionen Mark.

Bei den Reichlichen Betriebsverwaltungen ist im Ordinarium ein
Rechtsüberschuß von 64 Millionen veranschlagt, wovon der Eisen-
bahn, 46 Millionen, auf die Eisenbahnverwaltung entfällt. Die
Einnahmen der Eisenbahnen sind um 97 Millionen höher ver-
anschlagt, während an dauernden Ausgaben 62 Millionen mehr
angelegt sind. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer sind um
8 Millionen, die aus der Ergänzungsteuer um $\frac{1}{2}$ Millionen höher
in Ansatz gebracht. Bei der Verwaltung der indirekten Steuern
ergibt sich ein Rechtsüberschuß von einer Million; einer Mehr-
einnahme von 1,9 Millionen steht hier eine Mehrausgabe von
900 000 Mk. gegenüber, darunter 269 000 Mk. zur Befoldung der
durch die Einführung des neuen Zolltarifs erforderlichen
Beamten. Auch bei der Domänenverwaltung erscheint ein
Rechtsüberschuß. Dagegen weist die Berg-, Hütten- und Salinen-
verwaltung Minderüberschüsse von 729 176 Mk. auf. Hier sind die
Rechteinnahmen auf 8,8 Millionen, die Mehrausgaben auf
9 Millionen Mark veranschlagt. Die Höhe der Ausgaben wird
wesentlich beeinflusst durch die Zuschüsse, welche die in der Ent-
wicklung begriffenen Steinkohlen-Bergwerke bei Welschowitz und
bei Antruro und die beiden westfälischen Werke „Bergmannsglad“
und „Waltrop“ erfordern.

Die Detailzahlen und die allgemeine Finanzverwaltung weisen
einen Mehrbedarf von 5,8 Millionen auf. Die Verwaltung der
öffentlichen Schuld erfordert eine Mehrausgabe von 6,2 Millionen,
zur Verzinsung sind 5,2 Millionen und zur Tilgung 1 Million mehr
veranschlagt. Von den Mehrausgaben im Etat des Finanz-
ministeriums seien erwähnt 1,8 Millionen für die Oberpräsidien und
Regierungen, 750 000 Mark zur Verstärkung des Dispositions-
fonds der Oberpräsidenten zur Förderung und Befestigung
des Deutschtums in den Ostmarken, 250 000 Mark zu
widerrechtlichen, nicht pensionsfähigen Gehaltszulagen an die
in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der
Provinz Westpreußen angestellten mittleren, Kanzlei- und Unter-
beamten. Es werden also immer aufs neue Gelder der Steuer-
zahler zur Bekämpfung der Polen zum Fenster hinausgeworfen.
Weiter sind eingestellt die Mittel für eine neue Regierung in Alt-
sachsen; es soll in Ostpreußen infolge der fortdauernd ungünstigen
wirtschaftlichen Lage der Provinz, die sich unter anderem in der bedroh-
lichen Abnahme der Bevölkerung namentlich des platten Landes
zeigt, unter Verleinerung der jetzigen beiden, räumlich zu weit aus-
gedehnten und auch geschäftlich überlasteten Regierungsbezirke eine
dritte Regierung eingerichtet werden. Die Durchführung der Maß-
regel wird zum 1. Oktober 1905 durch königliche Verordnung er-
folgen, nachdem der Landtag die Mittel bewilligt hat.

Unter den Mehrausgaben der Handels- und Gewerbe-
verwaltung seien genannt 576 000 Mk. für das gewerbliche Unter-
richtswesen, darunter 220 000 Mk. zur Einrichtung und Unterhaltung
von Fortbildungsschulen und 99 000 Mk. für ein neu zu schaffendes
Landes-Gewerbeamt, das die Aufgabe hat, den Handelsminister bei
Erledigung der laufenden Geschäfte in technischen Fragen
ständig zu beraten und ihn bei der regelmäßigen Ver-
auffichtigung der gewerblichen Unterrichtsanstalten und der der
Gewerbebeförderung dienenden Einrichtungen zu unterstützen. Das
Landesgewerbeamt ist eine mit laufenden geschäftlichen Funktionen
betraute, dem Handelsminister unmittelbar unterstellte öffentliche
Behörde, deren Mitglieder als Beamte ernannt und bestellt werden.
Infolge der Begründung des Landesgewerbeamts wird die ständige
Kommission für das technische Unterrichtswesen aufgehoben, und die
Aufgaben der technischen Zentralstelle für Textilindustrie, soweit sie
sich auf die Veauffichtigung der Textilschulen erstrecken, gehen auf
diese neue Institution über.

Bei der Verwaltung des Innern sind an Mehrausgaben über-
haupt 4 149 000 Mk. veranschlagt, davon 515 900 Mk. für die Polizei-
verwaltung in Berlin; in Umgebung, 589 500 Mk. für die Polizei-Ver-
waltung in den Provinzen, 294 711 Mk. für die Landgendarmarie,
438 059 Mk. allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei, 206 257 Mk.
für die Strafanstaltsverwaltung.

Die landwirtschaftliche Verwaltung ist wie gewöhnlich sehr gut
weggekommen. An dauernden Mehrausgaben sind $1\frac{1}{2}$ Millionen
eingestellt. Im Extra-Ordinarium fehlt auch diesmal nicht
der wichtige Betrag von 500 000 Mk. als Verstärkung
des Dispositionsfonds für Pferdereuenen. Wehlich wohl-
wollend ist die Gutsverwaltung behandelt; die dauernde
Ausgabe ist um 183 402 Mk. erhöht, im Extraordinarium ist wiederum
ein Zuschuß zum ordentlichen Pferdeanlaufsfonds in Höhe von
206 000 Mk. vorgezogen.

Dagegen betragen bei der größten und wichtigsten Verwaltung, der
Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten,
die dauernden Mehrausgaben nur 5 Millionen Mark, und zwar
448 507 Mk. für die Universitäten, 203 709 Mk. für die höheren Lehr-
anstalten, 3 192 536 Mk. für das Elementar-Unterrichtswesen,
400 000 Mk. bezugs allgemeiner Erleichterung der Volksschulaffen,
550 000 Mk. zu Zuschüssen für die Alterszulagen für die Volkss-
schullehrer und Lehrerinnen, 300 000 Mk. zur Errichtung neuer Schul-
stellen, 50 000 Mk. zur Unterstützung von Kirchengemeinden bei
Küster-schulbauten, 402 000 Mk. zu Wittwen- und Waisen-
geldern für die Hinterbliebenen von Volksschullehrern; ferner 378 768 Mk. für
Kunst und Wissenschaft, 360 483 Mk. für das technische Unterrichts-
wesen, 150 000 Mk. zur Erhöhung des Patronatsbau-fonds und
50 000 Mk. zu Unterstützungen für Wittwen und Waisen von vor dem
1. April 1896 verstorbenen Geistlichen, endlich 102 102 Mk. für das
Medizinalwesen.

Neue Bahnen der Sozialreform in der Eisenbahn-Ver-
waltung: Von den vielen interessanten Einzelheiten des Etats
heben wir vorläufig nur eine Maßnahme hervor, zum Beweis
dafür, welche Auffassungen die Herren v. Budde und v. Rhein-
baben von dem Wesen der Sozialreform haben. Nachdem
bereits vor Jahren für die in den Werkstätten beschäftigten
Vorarbeiter etatsmäßige Beamtenstellen vorgezogen sind, sollen
jetzt weitere 2191 Bedienstete, die bisher im Arbeitsverhältnis
beschäftigt waren, in etatsmäßige bzw. biätarische Beamten-
stellen aufrücken. Hierzu gehören 1800 Kottenführer, Arbeiter,
die die Arbeiten der Bahnunterhaltungsarbeiter zu überwachen
haben; sie sollen in Zukunft das fürsichliche Gehalt der Weichen-
steller (300—1400 Mk. und Wohnungsgeldzuschuß) beziehen
und werden als Entgelt hierfür ihrer wichtigsten staatsbürger-
lichen Rechte beraubt. Denn daß ein Beamter im Reiche des
Herrn v. Budde nicht frei wählen darf und daß ihm das
Koalitionsrecht durch einen Federstrich genommen wird, das
hat der Minister selbst mehr als einmal betont. Die Ver-
waltung will sich durch diese Maßnahme ein gefügiges Heer
ergebener Beamten verschaffen, die zwar ein Gehalt beziehen,
das einem Hungerlohn gleichkommt, sich dafür aber mit dem
Verwüßeln trösten können, königlich preussische Staatsbeamten
zu sein.

Der Kampf der Ueberlegung mit der Verzweiflung.

Unter ins Ruhrevier entsandter Mitarbeiter
meldet in einem Dienstag abend in Dortmund ausgegebenen Tele-
gramm die Lage wie folgt:

In den heutigen beiden Vormittagsversammlungen, die für die
Belegschaften der Zechen Kaiserstuhl I und II und Egharn-
horst abgehalten wurden, sind folgenreichere Entscheidungen gefallen.
Ernst war die Situation auf alle Fälle.

Die planlose Einstellung der Arbeit gegen den Willen der Or-
ganisationsleiter hatte die Leute in die Lage gebracht, entweder die
Wiederaufnahme der Arbeit zu beschließen und damit in aller Form
anzuerkennen, daß sie ohne Ueberlegung gehandelt haben, oder gegen
den dringenden Rat ihrer Führer die Fortsetzung des Streiks zu
beschließen und damit einen Schritt zu tun, dessen Folgen sich schwer
voraussehen lassen.

Um es vorweg zu nehmen: Die Arbeiter beschloßen, weiter
zu streiken.

Auf der Hobersburg in Dortmund versammelte sich die Beleg-
schaft von Kaiserstuhl I und II. Der große scheunenartige Ver-
sammlungssaal, der einen sehr iden Eindruck macht, war von etwa
2500 Menschen bis in den letzten Winkel gefüllt. Nach 11 Uhr
eröffnete der Vertrauensmann der Dortmund Bergleute, Hoffeld,
die Versammlung. Als Vertreter der Organisationen waren Sasse,
Efferts und Vertreter der Hirsch-Dunderbögen sowie der Polen
anwesend.

Die Organisationsvertreter hatten vor der Versammlung mit
Vertrauensleuten der Zechen eine Besprechung gehabt und dann
spielte sich ein Schauspiel ab, das einen tiefen Eindruck auf mich
gemacht hat. Hoffeld forderte zunächst die Kameraden auf, ihre
Beschwerden, die Gründe der Arbeitsniederlegung vorzutragen. Das
taten sie. Einer nach dem andern, traten nicht weniger als 25 Mann
auf und trugen ihre Anliegen vor. Nichts Besonderes. Alle die
bekannten Einzelheiten über schlechte Löhne, ungerechtfertigte Abzüge,
Arbeitszeit, schroffe Behandlung usw. Was auf mich wirkte, waren
die Menschen und die Art, wie sie ihre Beschwerden vortrugen. Die
blutleeren knochigen Gesichter, die Arbeitskleidung, in der ein großer
Teil erschienen war, und dazu der schlichte Vortrag. Mit
„Gladhaus!“ betrat jeder das Rednerpult, das auf zwei wackeligen
Tischen aufgestellt war. Wenige Worte hatte jeder nur zu sagen, in
soft klassischer Einfachheit und Kürze kam es heraus, ohne Kunst,
ohne Schminke. Einer war ein Stotterer, aber sagte ebenso einfach
und ebenso ernst, was ihn bedrückte. Ein anderer in plumpen Gruben-
stiefeln und mit einem Gesicht, in dem man das gar nicht ver-
mutete, entwickelte eine gleich einfache und gleich anschaulich
wirkende Kunst der Darstellung, schilderte in seinem Dortmund
Wort so anschaulich und humoristisch — ohne sich dieser Wirkung

betont zu sein — verschiedene Szenen in der StraÙe, daß ich ihm gern länger zugehört hätte.

Dann traten die Verhandlungsvertreter auf. Zuerst sprach Sachse. Er hielt den Leuten in eindringlichster Weise vor, wie planlos und unüberlegt sie gehandelt. Keine Forderungen formuliert, weder ihre Vertrauensleute, noch ihre Organisationsvorstände in Kenntnis gesetzt, keinen Beschluß gefaßt und so ohne die geringste Vorbereitung und ohne Berücksichtigung der möglichen Folgen einfach Belegschaft um Belegschaft, Schicht um Schicht die Einfahrt verweigert! Er verwies auf die früher gefaßten Beschlüsse, die jetzt durchbrochen seien, auf die Gefahren des allgemeinen Streiks, die ihm so großer seien, je ungeordneter er sich entwickele, auf die ungeheuren Opfer, die er erfordere, und daß die Unternehmer ihn wünschten. Er teilte mit, daß nächsten Donnerstag eine Konferenz der Vertrauensleute des ganzen Ruhrreviers stattfinden werde, die über das Vorgehen der Kameraden im ganzen Revier beschließen werde. Er forderte die Leute in eindringlichster Weise auf, die Beschlüsse dieser Konferenz abzuwarten und vorläufig wieder anzufahren.

Sachse Worte schienen Eindruck gemacht zu haben. Er erhielt lebhaften Beifall und kein Widerspruch wurde laut.

Ihm folgte Efferts von den Christlichen, der im gleichen Sinne redete.

Darauf traten verschiedene Redner aus der Mitte der Streikenden auf, die zum Aushalten mahnten. Einer sagt, man solle auch noch andere zum Streiken auffordern.

Die nervöse und äußerst schneidig auftretende Polizei mischt sich ein: „Das ist Aufforderung zu strafbaren Handlungen!“ „Sie dürfen nicht weitersprechen!“ „Ich werde Sie anzeigen!“ „Namen genau feststellen!“

Es folgt ein Vertreter der polnischen Organisation, der in polnischer Sprache zur Wiederaufnahme der Arbeit mahnt, und das gleiche tut der Vertreter der Hirsch-Dunderschen. So geht das noch längere Zeit. Wieder treten Leute auf, die zum Ausscharen auffordern, und wieder mahnen die Führer zur Disziplin, zum Abwarten, zur Wiederaufnahme der Arbeit. Sachse braucht die schärfsten Worte gegen die unverantwortlichen, unklugen Anführer, die den Streik verschuldet hätten. Er redet von bezahlten Lockspiegeln.

Die Versammlung war nicht stürmisch, im Gegenteil, ruhig, aber dramatisch für jeden, der den Ernst der Lage fühlte. Und als endlich gegen 3 Uhr der Vorsitzende fragt, wer für Wiederaufnahme der Arbeit ist, da erheben sich nur wenige Hände.

Unter lautem freudigen Hurra beschließt die Versammlung weiter zu streiken.

Darauf gibt der Vorsitzende einige Anweisungen über die Organisierung des Streiks, ermahnt die Streikenden zur Ruhe und Sachse gibt die Versicherung, daß nun, nachdem das Folgensichere einmal gesehen, der Verband der Streikenden nach Kräften unterstützen werde. Auch er fordert zur Ruhe und Disziplin auf, und spricht außerdem die Erwartung aus, daß wenn die Reviervertreter am Donnerstag Beschluß gefaßt haben, man diesen respektieren werde, wie er auch anstelle.

Nachmittags spät wird eine zweite Versammlung in demselben Lokale die Forderungen formulieren.

Die Beschlüsse der Belegschaften von „Kaiserstuhl“ und „Scharnhorst“ werden vermutlich ebenso alarmierend auf die übrigen Belegschaften wirken, wie ihre plötzliche Arbeitseinstellung.

Schlag auf Schlag kamen heute die Meldungen. In den gestern gemeldeten wurden heute im Laufe des Tages noch gemeldet die Bechen „Schleswig-Holstein“, „Schuerbank-Charlottenburg“, „Freie Vögel“, „Arone“, „Tromonia“, „Minister Stein“, „Gardenberg“, „Baaler“, „Walde“, „Dorffeld II“, „Dorussia“, „Friedrich Karl“, „Reumühl“, „Raben“ und einige kleine.

Es dürften, wenn sich alle diese (zum Teil sich widersprechenden und widerufenen. Red. d. V.) Nachrichten in vollem Umfange bestätigen, was bei der Plötzlichkeit des Hereinbrechens nicht sicher zu beurteilen ist, schon zirka

25 000 Mann

beteiligt sein.

Polizei ist massenhaft zusammengezogen. Für das Verlangen nach polizeilichem Schutz genießen die Unternehmer am Telefon Bevorzugung.

Eine stiegende Gendarmenabteilung steht bereit, überall hinzukommen.

Verschiedene Zechen drohen mit Kontraktbruchstrafen.

Am Dienstag a b e n d meldet „Wolffs Bureau“: Essen a. d. Ruhr, 10. Januar. Auf der Zeche „Prinz Regent“ im Wiemelshausen sind von der Belegschaft der Mittagschicht von etwa 350 Mann etwa 50 eingefahren. Auf der Zeche „Margarethe“ sind von 180 Mann 40 nicht eingefahren. Von der Belegschaft der Zeche „Dannebaum V“ ist niemand eingefahren. Von der „Dorussia“ sind von der Belegschaft etwa 300 Mann unter Tage, und von der Belegschaft über Tage 160 Mann feiner eingefahren. Auf der Zeche „Bestende“ sind von der Belegschaft unter Tage, etwa 700 Mann stark, nur 70 Mann eingefahren; von der Belegschaft über Tage, die 55 Mann beträgt, sind nur 4 Mann eingefahren.

Das Unternehmertum geht mit dem gewohnten „warmen Herzen“ für die Arbeiter vor. Die Zeche „Bruchstraße“ hat die Arbeiterwohnungen gelündigt.

Die Harpener Bergbau-Gesellschaft hat an die Ausständigen die Aufforderung erlassen, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls nach den §§ 3 und 6 der Arbeitsordnung verfahren würde. Nach diesen Bestimmungen werden Arbeiter sofort entlassen, wenn sie drei Schichten willkürlich feiern; ferner, wer ohne vertragsmäßige Kündigung die Arbeit verläßt, hat Schadenersatz für sechs Arbeitstage nach Höhe des Arbeitsverdienstes zu zahlen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Januar.

Reichstag.

Wenn die erste Sitzung des Reichstags in diesem Jahre für die ganze Session Vorbildlich wäre, so würde sie recht langweilig werden. Selten hat der Reichstag so Kleinliche und oft verhandelte Gegenstände so breit behandelt wie heute.

Die Konservativen hatten, als beim vorjährigen Etat der Wettlauf der Parteien in der Einbringung sozialpolitischer Resolutionen zum Etat stattfand, Umschau gehalten, wie sie wohl ihr „gutes Herz“ für die Arbeiter beweisen könnten, ohne sich allzusehr in Unkosten zu stürzen. Da ihnen natürlich aus eigenem nichts Vernünftiges einfiel, so griffen sie einen alten sozialdemokratischen Antrag wieder auf, gegen den sie einst, als er von unserer Partei eingebracht wurde, selbst gestimmt hatten. Es handelt sich darum, den Invalidenrentnern, die aus Gesundheitsrückichten ins Ausland gehen müssen, den Genuß ihrer Rente zu sichern. Genosse S t a d t h a g e n hielt den konservativen Arbeiterfreunden die Entstehungsgeschichte

ihres Antrages vor und erklärte natürlich die Zustimmung unserer Fraktion zu dem Antrage. Desgleichen alle übrigen Parteien, mit Ausnahme des — Zentrums. Für dieses äußerte der Abg. Erzberger die Befürchtung, es könnte einem armen italienischen Proletariat durch diese neue Bestimmung zu leicht gemacht werden, seine Heimat wiederzusehen, nachdem er sich im Dienste des deutschen Kapitals invalide gearbeitet hat. Die Mehrheit ließ sich aber ausnahmsweise nicht graulich machen und stimmte jetzt der früher abgelehnten Resolution zu, vielleich weil diese Bestimmung nur in sehr wenigen Fällen praktisch werden dürfte. Vielleich hatten auch die Konservativen sich gerade diesen Antrag ausgesucht; sonst hätten sie im Arsenal sozialdemokratischer Anträge wohl bedeutendere finden können.

Der zweite Teil der Sitzung war der Zünftlerei gewidmet. In unlauterem Wettbewerb treiben Zentrum und Nationalliberale, Konservative und Antisemiten das Werk der Mittelstandsrettung.

In der Mittwoch-Sitzung beginnt die zweite Etatsberatung mit dem Etat des Reichstags und dem des Reichs-Justizamtes. —

Ordnungsneutralität.

Der Kaiser hat sowohl dem General v. Stössel wie dem General Rogi in Anerkennung der von ihnen und ihren Truppen bei der Belagerung Port Arthurs bewiesenen heroischen Tapferkeit den Orden Pour le mérite verliehen und den Kaiser von Rußland sowie den Kaiser von Japan telegraphisch um ihre Zustimmung zu der Auszeichnung gebeten.

So meldet das offiziöse Telegraphenbureau. Wenn nach einer gewissen christlichen Anschauung der Krieg ein Gottesgericht sein soll, so teilt der Kaiser diese Auffassung nicht. Für ihn ist der Krieg eine Angelegenheit, bei der die beiden Gegner heroische Tapferkeit zu beweisen haben, für die dann gleichmäßig als Entgelt ein Orden verliehen wird. Der deutsche Kaiser ist wieder einmal das einzige Staatsoberhaupt der Welt, das diese durch Ordensauszeichnungen bestätigte Neutralität der Bewunderung belundet hat.

Rußlands Trauer ist Deutschlands Trauer, das soll wohl die Auszeichnung für Stössel bedeuten; Japans Freude ist Deutschlands Freude, den Sinn kann nur der Ordensschmuck für Rogi haben.

Ob aber Rußland durch den Tapferkeits-Orden über den Verlust von Port Arthur getröstet werden wird, scheint uns eine sehr schwierige Frage. Sicher dagegen wird in Japan der Einfall des Kaisers höchst bedenkliche historische Erinnerungen auslösen. Hätte feinerzeit nicht Deutschland tatkräftig dabei mitgeholfen, Japan das im Kriege mit China eroberte Port Arthur wieder zu entwenden, so wären alle späteren ostasiatischen Komplikationen höchst wahrscheinlich nicht entstanden, diese Blutopfer von Zehntausenden von Menschen nicht notwendig gewesen. Japan hätte schon damals Port Arthur besessen und nicht notwendig gehabt, aufs neue heroische Tapferkeit zu beweisen, die doch nur erlauft werden kann durch kriegerischen Missetod. Die Ordensverleihung an Japan wird in dem Lande nur das Gefühl verschärfen, daß es Deutschlands Mitschuld ist, wenn der ganze fürchtbare Konflikt entstanden ist, daß seine ungeheuren Schreden und Opfer nur durch jene Intervention Deutschlands verursacht worden sind. Insofern wird man das „Pour le mérite“ — dem Verdienste — so ins Japanische übersetzen, daß es allerdings das Verdienst Deutschlands sei, wenn General Rogi überhaupt Gelegenheit bekam, die entsetzenden Proben menschlicher Todesverachtung abzulegen. . . .

Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß bis heute die Norddeutsche Allgemeine Zeitung nicht das von der bürgerlichen Presse verbreitete Wintermärchen, wonach der Kaiser gestattet habe, daß in dem neu gebildeten privaten freiwilligen Automobilkorps Referendare ihre militärischen Übungen abmachen dürften, dementiert hat. —

Deutsches Reich.

Der baldige Abschluß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages ist gesichert. Die deutsche Regierung hat in der Veterinärfrage nachgegeben, und wird zugleich mit dem Tarifvertrag eine Veterinärkonvention in Kraft treten, die, wenn sie auch nicht allen von den österreichisch-ungarischen Unterhändlern ausgesprochenen Wünschen entspricht, doch immerhin gewisse Garantien dagegen bietet, daß die von der deutschen Regierung der österreichischen zugestandenen Viehzollermäßigungen einfach durch auf Grund des deutschen Seuchengesetzes verfügte Grenzschutzmaßnahmen illusorisch gemacht werden. Da mit der Verständigung über diesen Punkt die letzte größere Streitfrage erledigt ist und nur noch über einige nebensächliche agrarische Positionen, Reinigungsverschiedenheiten bestehen, rechnet man darauf, in den nächsten Tagen fertig zu werden, so daß Ende dieser Woche endlich auch der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn zum Abschluß gelangt. Die Vorlegung dieses sowie der anderen sechs bereits abgeschlossenen Verträge — mit Rußland, Italien, Belgien, der Schweiz, Rumänien und Serbien — soll dann sobald wie irgend möglich erfolgen. —

Dispositionen des Reichstages. In der Sitzung des Seniorensenats am Dienstag waren, da sich die Abgeordneten Bebel und Singer wegen anderweitiger Arbeiten entschuldigt hatten, keine Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion anwesend. Präsident Graf v. Helldorf teilte mit, daß ihn der Reichsanwalt zur Erklärung ermächtigt habe, es sei Aussicht vorhanden, den österreichisch-ungarischen Handelsvertrag bis zu Ende dieser Woche zustande zu bringen. Darauf würde für die Drucklegung ein Zeitraum von acht Tagen nötig sein, sodah also der Vertrag in etwa vierzehn Tagen vor den Reichstag kommen könne. Zu gleicher Zeit würden möglichst alle Verhandlungen mit Tarifvertragsstaaten abgeschlossen werden, da hierdurch die Beziehungen zu den Weisbegünstigungsstaaten glatter zu regeln seien. Der Präsident schlägt vor, da der Etat des Reichsamts des Innern nicht auf die Tagesordnung kommen könne, so lange Graf Posadowsky durch die Vertragsverhandlungen festgehalten werde, zunächst die Beratung folgender Etats vorwegzunehmen: Reichstag, Justizamt, Reichsschatzamt, Reichseisenbahnamt, Reichsrechnungshof, Postverwaltung. Von den rückständigen Interpellationen müsse die des Zentrums betreffend den Arbeitstag des Grafen Posadowsky wegen verlagert werden, die Interpellation der Freisinnigen Volkspartei über die Schiffahrtsabgaben wird Minister von Budde beantworten, der erkrankt sei und deshalb um acht Tage Ausschub bitte. Die Vorschläge des Präsidenten wurden angenommen.

Der angebliche deutsch-englische Konflikt wird aus Anlaß der Bemerkungen des Reichstags-Vizepräsidenten Bassa folgende dießseits und jenseits des Kanals besprochen. Der „Hamburgische Korresp.“, der selbst nationalliberal ist wie Herr Bassa, hält den Rückblick vom Vizepräsidenten für „eine kaum vermeidbare Konsequenz der schweren Unbefonnenheit, die er in seiner Kreuznader Rede begangen hat“. „Denn wohin“, so schreibt das Blatt, „sollen wir kommen, wenn ein parlamentarischer Führer so wenig politisches Urteil hat, daß er ein derartiges Gerücht für wahr hält, oder so wenig Verantwortlichkeitsgefühl, daß er es unterläßt, jenen Mangel durch Erkundigungen an unterrichteter Stelle auszugleichen?“

Der Londoner „Standard“ erklärt mit Bezug auf Bassas Behauptungen das Verhältnis zwischen England und Deutschland gegenwärtig als durchaus zufriedenstellend, spricht dann von einem Zwischenfalle,

der dazu angetan war, den Kriegsgeschichten in Berlin den Anschein der Wahrscheinlichkeit zu geben? — Dieser Zwischenfall wird näher als die Mobilisierung der Rieker Flotte nach dem Doggerbank-Vorfall bezeichnet, welche lediglich dem Wunsche zuschreiben sei, für alle Fälle bereit zu sein. Das „Wolffsche Depeeschebureau“ erklärt hierzu, von ausländischer Seite zu erfahren, daß diese Nachrichten erfunden sind, daß von einer Mobilisierung der deutschen Flotte nie die Rede gewesen ist, auch nicht nach dem Vorfall auf der Doggerbank.

Andererseits bringt der „Hann. Cour.“ eine Nachricht, die allerdings Anlaß zu jenen Gerüchten gegeben haben kann und die, wenn sie sich bewahrheitet, besonderer Aufmerksamkeit wert ist. Das Blatt berichtet, daß eine ganz bedeutende Erweiterung der Werft in Wilhelmshaven angeordnet worden sei. Um mit besonderer Schnelligkeit die Reparatur der Kriegsschiffe auszuführen, werde seit acht Tagen vor Weihnachten in Tag- und Nachtschicht gearbeitet. Diese Doppelschichten sollen, wie verlautet, bis in den März d. J. hineingehen, weil in Anbetracht der augenblicklichen politischen Lage der Befehl ergangen sei, an einem jeden Kriegsschiff nur soviel Reparaturarbeiten vorzunehmen, daß es trotzdem jede Stunde ausfahrbereit sei.

Kann sich jemand durch Ausübung des Wahlrechtes auf Grund unverschämter Wählerliste strafbar machen? — Diese Frage bildet den Kernpunkt einer heutigen Sitzung des Reichsgerichts. In der Strafsache gegen unseren Parteigenossen Abg. Dr. Herzfeld, welcher, wie bekannt, im Dezember 1903 wegen Wahlfälschung in einem Falle von der Berliner Strafkammer freigesprochen und in einem zweiten Falle zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt worden war, stand am Dienstag vor dem II. Senate des Reichsgerichts Termin zur Hauptverhandlung an. Als Verteidiger stand unserem Parteigenossen der Rechtsanwalt Dr. Löwenstein-Berlin zur Seite. Wir berichteten bereits, daß der III. Senat des Reichsgerichts in einer früheren Entscheidung die Ausübung des Wahlrechtes auf Grund unverschämter Wählerliste für strafflos erklärt hatte. Etwas anderes aber war Rechtsanwält Herzfeld nicht zur Last gelegt. Der II. Senat hatte die Verurteilung des Termines so lange hinausgeschoben, daß inzwischen der III. Senat in einer neuen Entscheidung seinen dem Angeklagten günstigen Standpunkt verlassen hatte. Trotz dieser Änderung in der Rechtsauffassung des III. Senats vertrat Rechtsanwalt Dr. Löwenstein mit Entschiedenheit die früher vom Reichsgericht selbst als richtig erkannte Ansicht und hat um Herbeiführung einer Plenarentscheidung über die von dem Angeklagten eingelegte Revision. Hinsichtlich der Revision des Staatsanwalts beantragte der Verteidiger die Verwerfung, weil ungewisshaft der Angeklagte objektiv und subjektiv zur Ausübung seines Wahlrechtes in Kosten berechtigt gewesen sei. In letzterer Beziehung trat der Reichsanwalt den Ausführungen des Verteidigers bei und beantragte selbst die Verwerfung der von der Staatsanwaltschaft eingelegten Revision. Im übrigen aber hielt der Reichsanwalt auf Grund der neuen Entscheidung des Reichsgerichts das angefochtene Urteil für zutreffend und hat auch die Revision des Angeklagten zu verwerfen. In einem Schlusswort erklärte jedoch noch Rechtsanwalt Dr. Herzfeld persönlich, daß ihm niemals auch nur der Gedanke gekommen sei, sein Verhalten könne von irgend jemand für rechtswidrig oder gar strafbar gehalten werden. Man müsse an seinem gefundenen Verstande zweifeln, wenn man annehmen wolle, daß er auf die Gefahr hin, ins Gefängnis zu kommen, eine für die Partei so gleichgültige Handlung, wie die Abgabe einer Stimme im ersten Berliner Wahlkreis vorgenommen hätte. Auch würde es mit dem öffentlichen Rechtsbewußtsein unvereinbar sein, wenn er für eine Tat bestraft werden sollte, die das Reichsgericht selbst für strafflos erklärt habe. Die Verhandlung dauerte fast drei Stunden. Nach langer Beratung vertagte sodann das Reichsgericht die Verkündung der Entscheidung auf den 7. Februar 1905.

Die zweite Hinanschiebung des Verkündungstermins gibt der Hoffnung Raum, daß das Reichsgericht den Standpunkt der Verteidigung zu dem seinigen zu machen und eine Entscheidung der vereinigten Senate herbeizuführen beabsichtigt. —

Der Dessauer Aufruhrprozess wird am Mittwoch vor dem Kriegsgesicht in Magdeburg als Berufungsinstanz zur erneuten Verhandlung gelangen. —

Hässener.

Aus Koblenz wird telegraphisch gemeldet:

Die von der Kommandantur Koblenz-Chrenbreitstein auf Anordnung des Kriegsministeriums eingeleitete Untersuchung über die Echtheit und das Entstehen des Bildes „Ein fideles Gefängnis“, welches in mehreren sozialdemokratischen Blättern wieder gegeben wurde, hat ergeben, daß die Darstellung eine Fälschung ist, und zwar inso weit, als die ganze Staffage frei erfunden ist. Eht sind nur die Porträts. Der Mann mit der Peise ist der frühere Sergeant Fein, in der Mitte befindet sich der Besitzer des hiesigen Parkhotels Pies, rechts ist Hässener. Ferner war noch auf dem Bilde eine vierte Person, ein Architekt aus Köln. Das Bildnis dieses Mannes wurde wegradiert und dafür der Blumentopf eingezeichnet. In sämtlichen Stuben des Gefängnisses gibt es kein tapetiertes Zimmer, auch das Bild über Pies ist nachgezogen. Das Original wurde mit Viti-licht aufgenommen, als Pies, der an diesem Tage aus dem Gefängnis entlassen wurde, seinen Mitgefangenen einige Flaschen Bier zum Abschied spendete. Auch die am Boden stehenden Weinflaschen mit auffallendem Etikett sind nachgezogen. Die Kommandantur läßt gegen alle Zeitungen, welche das Bild veröffentlichten, Strafantrag stellen, da sie in dem Bilde eine Verhöhnung der bestehenden Hausordnung erblickt.

Weder ist, soweit und bekannt, behauptet worden, daß die Verhandlung Hässeners entgegen den Festungsvorschriften erfolgt ist, noch ist die Hausordnung verhöht worden. Vielmehr ist gerade darüber Beschwerde erhoben worden, daß ein Mensch wie Hässener, der ein Menschenleben frevelhaft vernichtet hat, so milde Strafgart übergeben wird, daß sein Festungsleben zu den reizvollsten Erinnerungen seines wertvollen Erdendallens gehören wird. Es kennzeichnet daher in höchstem Maße das Wesen der Militärbehörde, daß sie nun gegen die Blätter, die diesen Zustand beurteilen, einen Strafantrag versucht, und in dem Augenblick, da sie über Verhöhnung ihrer Hausordnung klagt, schwere Beleidigung sozialdemokratischer Blätter begeht.

Es wird behauptet, die Darstellung der Blätter sei „eine Fälschung“. Darauf aber wird alles Wesentliche zugegeben und bestätigt. Die „ganze Staffage“ soll „frei erfunden“ sein, echt sein „nur die Porträts“. Es ist möglich, daß zum Zweck der Uebertragung der Photographie in das Kistchen, wie es für den Zeitungsrotationsdruck notwendig ist, unversehentliche Änderungen in der Zeichnung des Bildes eingetreten sind. Irgend etwas die Sache selbst kennzeichnendes ist nicht geändert worden. Die Koblenzer Kommandantur gibt zu, daß der Hässener mit anderen Festungsgefangenen ein förmliches Tringelage abhalten konnte.

Auch die häufigen Auslässe Hässeners nach Koblenz werden nicht bestritten. Und fordert meldet die amtliche „Koblenzer Zeitung“, daß Hässener erst letzten Freitag von einem mehrwöchigen Urlaub auf die Festung zurückgekehrt ist! —

Im Wahlkreise Hof stellt der Bund der Landwirte den Landwirtschaftslehrer Me y e r in Wunfiedel als Kandidaten auf. —

Ein liberales Wahlprogramm.

Aus München wird geschrieben: Die vereinigten Nationalliberalen, Freisinnigen, Demokraten, Jungliberalen und Nationalsozialisten in Bayern veröffentlichen soeben ihr Wahlprogramm für die bevorstehenden Landtagswahlen. Dieses Programm gleicht aufs Ganze einem liberalem Sündenregister, denn es zählt eine Menge von Forderungen auf, die der Liberalismus stets hätte vertreten müssen, um die er sich in der Praxis gar nicht gekümmert hat.

Das schwierigste Stück Arbeit ist wohl die Ausarbeitung des Abschnittes: Wirtschafts- und Sozialpolitik gewesen. Hier war der leitende Grundgedanke: Wochs mir den Belg und mach

nicht nicht nah! In der Einleitung heißt es großartig: „Freie Entwicklung aller Berufsstände und Volksschichten auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage; insbesondere eine den sozialen Ausgleich und die Gemeinamkeit der Volksinteressen betonende Wirtschaftspolitik.“ Der Landwirtschaft wird energische Mithilfe zur Überwindung der für sie bestehenden misslichen Verhältnisse versprochen, ferner unter anderem auch eine beschleunigte Ablösung der Bodensteuer. Ueber sozialpolitische Fragen jedoch schweigt man sich vor.

Der Arbeiterstand endlich wird in Aussicht gestellt: „Ausbau der sozialen Einrichtungen auf dem Boden der Arbeitergesetzgebung des Reiches, insbesondere: Sicherung und Ausbau des Koalitionsrechtes für alle Arbeiter. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Arbeitskammern. Gesetzliche Festlegung des 10stündigen Maximalarbeitstages für die industriellen Betriebe.“ Ferner unter anderem Beiziehung von Gehältern aus dem Arbeiterstande zur Fabrikinspektion, Förderung der staatlichen Arbeitslosenfürsorge, Schaffung staatlicher Rechtsauskunftstellen für Kinderbemittelte usw. Alle diese Forderungen stehen in schroffem Widerspruch zu der in der liberalen Presse wiederholt ausgesprochenen Meinung, nun müsse endlich einmal Schluß gemacht werden mit dem Ausbau der sozialen Gesetzgebung.

Verschwiegen wird dagegen in diesem Abschnitt, wie sich der liberale Reichstag zum Beispiel zu einer Revision der vorläufigen Wahlrechts-Gesetzgebung stellt. Und was die Strafbestimmungen gegen den sogenannten Blaue Montag betrifft, die in Bayern noch bestehen, so stehen die Liberalen wohl noch auf dem Standpunkt, den ihr Wortführer seinerzeit im Landtage in dem Satz präzisierete: Wenn diese Bestimmungen nicht schon vorhanden wären, dann müßten sie geschaffen werden!

Der wichtigste Teil des Programms betrifft die Wahlgesetzreform. Es wird da verlangt: „Schaffung eines Wahlgesezes auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, wenn möglich nach dem Grundsätze der Verhältniswahl, sonst auf Grund einer nach Maßgabe der jeweiligen Bevölkerungszahl zu bildenden, unparteiischen Wahlfreieinteilung. Sicherung der Wahlfreiheit und des Wahlgheimnisses. — Erweiterung der ersten Kammer des Landtages im Sinne einer zeitgemäßen Zusammenfassung.“ Als „unparteiisch“ betrachtet die Liberalen, wie man vom letzten Landtage her weiß, nur eine Wahlfreieinteilung, die ihnen wenigstens ihren bisherigen Besitzstand an Mandaten sichert.

Das ganze Programm ist so gefaßt, daß es auch ein Zusammengehen mit den Völkerverbindern und Konservern ermöglicht. Eine Resolution des Landesausschusses der nationalliberalen Partei in Bayern rechts des Rheins fordert denn auch auf, überall dahin zu wirken, daß der Kampf gegen das Zentrum und seine Schutztruppen auch im Zusammenwirken mit den rechtsstehenden Parteien und allen Wählern, welche die Ultramontanen und ihre Helfer nicht unterstützen wollen, geführt werden muß.

Die Nationalsozialen erklären, daß sie mit der Zustimmung zu diesem Programm in einen Kampf gegen die Sozialdemokratie nur soweit eingetreten gewillt sind, als diese Sozialdemokratie „als Verbündete des Zentrums in den Wahlkampf eintritt“.

Der gesamte liberale Reichstag hat sich nun also glücklich zusammengefunden. An uns wird es nicht fehlen, die Wähler darüber aufzuklären, was sie von diesen Helfern zu erwarten haben und wie verschieden bei ihnen Versprechen und Halten ist.

Die offizielle Verlustmeldung aus Südwest-Afrika

ist nunmehr eingetroffen. Sie beziffert die Verluste in den Gefechten bei Stamprietfontein und bei Groß-Nabas ungefähr ebenso hoch wie die gefälschte Meldung des Scherl-Blattes. Es sind gefallen 4 Offiziere und 15 Mann, es wurden verwundet 5 Offiziere und 45 Mann. Die Meldung lautet:

Berlin, 10. Januar. Amtliche Meldung. Ein Telegramm aus Windhut meldet: Im Gefecht bei Stamprietfontein am 1. Januar verwundet: Hauptmann Alfred v. Krüger, geboren 18. 5. 66 zu Berlin; Leutnant Walter Trenk, geboren 29. 5. 77 zu Magdeburg.

In den Gefechten vom 2., 3. und 4. Januar bei Groß-Nabas gefallen: Major Heinrich Freiherr v. Rauendorf, geboren 29. 8. 60 zu Wiesbaden; Leutnant Harald Overbeck, geboren 18. 11. 75 zu Schwerin; Leutnant Fritz Wilhelm v. Bollard-Wokelberg, geboren 26. 11. 78; Leutnant der Reserve Sergiuspeter Erwin Semper, geboren 20. 1. 72 in Stralsund — und 15 Mann.

Verwundet: Oberleutnant Reinhard Danteschläger, geboren 30. 10. 72 zu Darmstadt; Leutnant Rudolf v. Kleist, geboren 22. 2. 75 zu Naumburg; Leutnant Adolf Donner, geboren 26. 6. 75 zu Würzburg; Leutnant Rudolf v. Reubronner, geboren 20. 9. 78 zu Lichtenegg und Leutnant und Kriegsfreiwilliger Helbig und 45 Mann.

Nach einem Telegramm des Generalleutnants v. Trotha folgt die Mannschafts-Verlustliste so bald als möglich; ihre Verzögerung hat sich nicht vermeiden lassen, da Operationsbasis-Telegramme und dringliche Anordnungen bezüglich der Verpflegung und Munition die Signallinie stark überlasten.

An Typhus sind gestorben: Sanitäts-Unterschwärmer Mag Pleuger, geboren am 28. 9. 1877 zu Palsau, früher Infanterieregiment Nr. 113, am 6. Januar im Lazarett Ojimbunde.

Auch heute müssen wir wiederum unsere Verwunderung darüber ausdrücken, wie es möglich war, daß das Scherlblatt bereits gestern diese Verlustmeldungen bringen konnte, die an amtlicher Stelle in Berlin noch nicht eingetroffen waren, angeblich deshalb, weil die Heliographenlinie, welche die Verluste einzig übermitteln konnte, durch anderweitige dringende Mitteilungen besetzt war. Demgegenüber ist denn doch die Frage aufzuwerfen, auf welchem Wege denn das Scherlblatt zu seinen Nachrichten gelangt ist. Hat es sich auch der Heliographenlinie bedienen müssen? Liegen die Dinge vielleicht so, daß für Herrn August Scherl die Heliographenlinie zu privaten Mitteilungen zur Verfügung steht, während sie für die Regierung selbst gesperrt ist? Das wäre doch ein ungeheurer Zustand! Sollte dem aber nicht so sein, sollte Herr Scherl seine Nachrichten auf einem anderen Wege erhalten haben, so müßte dieser Weg doch auch der Regierung zur Verfügung gestanden haben. Es ist also auf alle Fälle ein ganz unglaubliches Vorkommnis, daß Herr Scherl so wichtige Mitteilungen vom Kriegsschauplatz früher machen kann, als die Regierung selbst. Eine Untersuchung und Aufklärung dieser Angelegenheit ist dringend geboten!

Ueber eine Reihe von Scharmühen mit Hereros wird ferner gemeldet:

Berlin, 10. Januar. Nach einer Meldung des Generals v. Trotha hatte Hauptmann v. Fiedler, der sich mit der Marine-Kompagnie Brodbeck, der 6. Kompagnie Feldregiments 1 unter Hauptmann v. Wangelheim und Halbatterie Bintersfeld seit Anfang Dezember auf dem Rathe von Waterberg über Omile nach Omaruru befand, unterwegs eine Reihe von Patrouillengefechten, wobei 21 Hereros fielen und mehrere Gewehre erbeutet wurden.

Oberleutnant Graf von Schweinitz mit 100 Artillerie-Ersatzmannschaften auf dem Rathe von Karibib über Waterberg nach Ojimbunde (an der Omahela), traf Abteilung Fiedler am 18. Dezember in der Gegend der Omataloberge (60 Kilometer nordöstlich Omaruru). Schweinitz hatte am 24., 25., 29. und 31. Dezember Gefechte mit Hereros. Am 4. Januar überfiel er 8 Wersten bei Otima (halbwegs zwischen Waterberg und Omaruru), wobei 61 Hereros fielen, fünf gefangen genommen und zahlreiche Gewehre erbeutet wurden. Infolge dieser Streifzüge stellten sich in Omaruru zahlreiche Hereros und gaben freiwillig ihre Gewehre ab.

Am 20. Dezember erreichte die Abteilung Fiedler Omaruru. Am 6. Januar griffen Hereros einen Viehposten bei Okalango, dicht bei Okahandja, an und trieben 184 Ochsen ab. Patrouille Oberleutnant Stralder verfolgte die Räuber und nahm ihnen 15 Kilometer nördlich Ojokasa 163 Ochsen wieder ab. Ein Herero gefallen, zwei verwundet, ein Gewehr, drei Pferde und Munition erbeutet. Am 7. Januar zeigten sich von neuem Hereros bei Okalango, wo sie durch die auf 35 Mann verstärkte Schutzwache vertrieben wurden.

Ueber die deutschen Verluste bei diesen Gefechten wird keinerlei Meldung gemacht, oder sollten unsere Truppen überhaupt keine Verluste erlitten haben? Sollte dies der Fall sein, so dürfte dieser Umstand wieder ein bezeichnendes Licht auf die Art der Kriegsführung werfen. Immerhin wird diesmal wenigstens mitgeteilt, daß 5 Hereros gefangen genommen worden seien, ferner, daß eine Anzahl von Hereros in Omaruru ihre Gewehre abgeliefert haben und in Gefangenschaft genommen worden seien. Da früher niemals dergleichen Mitteilungen gemacht worden sind, ergibt sich daraus, daß überhaupt keine Gefangenen weder gemacht noch angenommen wurden, daß also lange Zeit hindurch der Feldzug ganz im Sinne des Generals v. Trotha geführt wurde, der auf die Ausrottung der Hereros überhaupt hinansah. Auch dieser Vorgänge wegen wird die Regierung sich verantworten müssen.

Ausland.

Luise Michel.

Frankreichs „rote Jungfrau“ ist nun doch gestorben. Im März vorigen Jahres wurde Luise Michel bereits einmal fälschlich totgemeldet; wir alle hoffen, daß an ihr sich die Wahrheit des alten Spruches bewahren möge, dem fälschlich Totgesagten blühe ein um so längeres Leben. Aber ihre Körperkräfte waren aufgebraucht und Freund Hein hat nun ihrem ruhelosen Leben ein Ziel gesetzt, nachdem sie ihm so oft ein Schnippchen geschlagen hatte. Im Augenblicke der Kommunisten, in den Fieberlöschen Neulakedoniens, in den Jellen finsterner Gefängnisse hatte er sie nicht erreichen können; fast schien es, als ob er an ihr irre geworden wäre, denn wahrlich: der Strohdorf ist eigentlich nicht der rechte Abschluß für das Leben dieser merkwürdigen Frau; hätte sie neunzehn Jahrhunderte früher gelebt, so sagt schon der Herausgeber ihrer Memoiren von ihr, dann hätte man sie den wilden Bestien in römischen Zirkus zum Fraß vorgeworfen, im Zeitalter der Inquisition hätte man sie bei lebendigem Leibe verbrannt! So heroisch war ihr Leben, daß man seinen Abschluß sich eigentlich nur in der Form einer Katastrophe denken konnte.

Am 20. April 1883 wurde Luise Michel als ein Kind irregulärer Liebe dem Burgvogt auf Schloß Vincourt im Departement Haute-Marne geboren. Bis zu seinem Tode, im Jahre 1850, hielt er die Tochter bei sich und gab ihr eine gute Erziehung, die es ihr ermöglichte, später in Paris sich als Lehrerin niederzulassen und eine Schule zu gründen. Aber das ruhige Arbeiten in dem herlich geliebten Berufe, dem sie ihr ganzes Leben lang treu geblieben ist, — wie auch unfer Lieblingstochter all sein Lebenlang ein Schulmeister im besten Sinne des Wortes blieb — währte nicht lange: ihr aus tiefstem Mitleiden herausgegebener Landrang trieb sie in die Politik hinein. Auf Frankreich lastete die dumpfe Reaktion des absterbenden Kaiserreichs, mit seiner gefährlichen Mariepolitik und abgedummierten sozialpolitischen Heuchelei; eine schamlose Polizeiwirtschaft riefelte an den heiligsten Werten des Volkes, die feile Rechtsprechung wütete gegen die Unterdrückten. Manah ein oppositioneller Politiker ließ damals das Herz in die Hosen fallen: aber Luise Michel kannte keine Furcht, kein Jagen. Die Jeanne d'Arc, die sie damals schon kannte, erst unlängst von ihr erzählt: „was sie sagt, ist so wahr, ist so hinreichend, daß sie sogar ihre Freunde, selber lauter feurige Revolutionäre, ein wenig beunruhigt.“

Sie wußte mit größerer Jueden, dem Kleinkampf gegen die Niederträchtigkeit eines reaktionären Gouvernements folgt die systematische, tiefgegründete, aus brennender Liebe zum arbeitenden Volke herausflamende Befreiung eines Landes- und volksverräterischen Hauses von „Realpolitikern“, welche der perfide Wicht Thiers unter der falschen Flagge: Regierung der nationalen Verteidigung, gesammelt hatte, um in Wirklichkeit nur die längst erstrebte Macht in die Hände zu bekommen und die Vorrechte des Besten vor der drohenden Empörung des genarrten und gepöferten Volkes zu beschützen. Jetzt blieb's nicht bei Worten. Der Kommuneaufstand brach los, die Parilladen sollten das Volk von Paris vor dem Verrat der Versailler schützen; alle wehrhafte Mannschafft mußte die Waffe nehmen, und als es an Männern fehlte, wollte die Kommune ein Amazonenkorps organisieren. Es kam nicht dazu; aber mehr als ein Weib hat damals die Brustfeste gehandhabt und die Kanone bedient, allen voran Luise Michel, bereit im Kate, hineinzuwandern und anfeuernd in den Klubs, laffer bis zu Tollkühnheit im Augenblicke. Sie organisiert in den Lazaretten den Dienst der Wärterinnen, gründet eine Gesellschaft für Frauenbildung und das Zentralkomitee der Frauenorganisationen, findet daneben noch Zeit, in der Duboisstraße eine Schule einzurichten und dort freireligiöse Vorträge zu halten. Im Ringen um das Fort Jffu wurde sie verwundet; aber selbst auf dem Krankenlager schrieb sie ihre hinreichenden, vom revolutionären Feuer durchglühnten Artikel für den „Cri du peuple“.

Niedergerungen war die revolutionäre Bewegung; der weiße Schrecken begann sein infames Werk unter dem Deckmantel des kriegsgerichtlichen Verfahrens. Luise Michel wurde vor dem 6. Gerichtshof in Versailles am 16. Dezember 1871 gestellt. „Weil es denn scheint, als ob jedes Herz, das für die Freiheit schlägt, nur auf ein kleines Stüchchen Blei Anrecht hat, so verlange auch ich meinen Anteil! Wenn Ihr mich am Leben laßt, dann werde ich nicht aufhören, zur Rache aufzurufen, und die Mitglieder der sogenannten Vornachrichtungskommission werde ich der Rache meiner Brüder besonders empfehlen.“ Der Präsident: „Ich werde Ihnen das Wort entziehen, wenn Sie in diesem Tone fortfahren.“ Luise Michel: „Ich bin zu Ende. Wenn Ihr nicht Hünde von Freiheit laßt, dann laßt mich!“ Mit Einstimmigkeit verurteilte der Gerichtshof die Angeklagte, deren Stolz er nicht beugen konnte, zur Deportation nach Neulakedonien. Erst die allgemeine Amnestie im Jahre 1880 gewährte ihr die Rückkehr aus Koukma.

Und damit beginnt die Tragik dieses Lebens. In ihrer Fähigkeit zum Mitleiden einem Tolstoi gleichend, von einer Aufopferungsfähigkeit, die vor nichts zurückschreckte, astetisch in der Lebensführung, unermüdblich im aufreibenden Dienste für die Armut ermangete Luise Michel der notwendigen Erkenntnis dessen, was ist, und damit auch der Fähigkeit, ihrem Streben einen ziel-sicheren Kurs zu geben. Das Gefühlleben in ihr überwunderte mehr und mehr das Verstandesleben. Der moderne wissenschaftliche Sozialismus ist ihr ein Buch mit sieben Siegeln geblieben. Kam hinzu, daß sie bald auch in die Hände anarchischer Fanatiker geriet, deren es damals mehr noch als heute in Frankreich gab und die den guten Namen des reinen Weibes sehr gerne zur eigenen Deckung ausnützten. Am 21. Juni 1883 wurde sie zu der unerhörten schweren Strafe von sechs Jahren Gefängnis wegen Aufreizung zur Plünderung von Väterläden gelegentlich der damaligen großen Unruhen der Arbeitslosen in Paris verurteilt und damit noch tiefer in die Verbitterung hineingetrieben, die ihr das Verständnis für die historischen Bedingungen des proletarischen Kampfes und seiner jeweiligen Formen verschloß. Sie verstand ihr eigenes Volk, ihr heiliggeliebtes Proletariat nicht mehr und nahm, während schon der Schnee des Alters sich auf ihr Haupt legte, den Stab, um ins selbstgewählte Exil nach England zu gehen.

Der jüngeren Generation wäre sie als ein weiblicher Don Quixote vielleicht allmählich lächerlich geworden, wenn nicht die zauberhafte Gewalt ihres Temperamentes und die alles entwarfende Güte ihres Herzens ihr geblieben. Denn gut war sie, diese Frau,

die man als giftige, leisende Petrolölje lange Zeit in den Blättern und Büchern des tollgewordenen Philistertums geschildert hat, bis auch ihr ein kleiner Teil Gerechtigkeit wurde. Freunde, die jene Zeit mitten im politischen Treiben durchlebt haben, versichern uns, daß schon bald nach ihrem Prozeß von 1871 die echte Luise Michel auch in Deutschland bekannt zu werden begann. Sogar im Konversationslexikon der französischen Bourgeoisie kann man lesen, daß sie sich „einer gewissen Sympathie wegen ihres astetischen Lebenswandels und ihrer hingebenden Liebe zur Armut erfreute!“

Am ihrem Grabe legen auch wir trauernd einen Kranz nieder; wir widmen ihn der toten Jungfrau, dem kämpfenden Weibe mit dem siebglühenden Herzen, das sein Leben daranschle, um die arbeitende Masse vom Fische der Armut zu erlösen.

Oesterreich-Ungarn.

Prekorrption.

Die Wiener „Zeit“ veranfaßt einen nachträglichen Skandal gegen den früheren Ministerpräsidenten v. Koerber. Das Blatt behauptet, wie dem „V. L.“ gemeldet wird, Herr v. Koerber habe wiederholt Adel, Orden und Titel gegen Geldbeiträge für Staatszwecke verschaffen müssen, namentlich habe er mit dem Fonds für die offizielle Presse und die offiziellen Journalisten nicht sein Auskommen finden können, da dieser Fonds zuletzt auf 200 000 Kronen jährlich rekurriert worden war. Herr v. Koerber habe deshalb Verurteilungen ins Herrenhaus für einen festgesetzten Beitrag von 500 000 Kronen zum Pressfonds anbieten lassen. Mehrere Personen hätten aber das Anerbieten abgelehnt, dagegen behauptet die „Zeit“, Bergat Max Ritter v. Gutmann, der Leiter der großen Kohlenwerke der bekannten Firma Gebrüder Gutmann, und der Böhmer Victor Mautner, Ritter v. Markhof, der Chef der großen Brauerei und Spiritusbrennerei in Firma Adolf Ignaz Mautner hätten jeder 500 000 Kronen für den Pressfonds beigegeben, seien aber infolge des plötzlichen Rücktritts Koerbers nicht ins Herrenhaus berufen worden. —

Die Bewegung in Rußland.

Die „Ära der Reformen“ hat nun auch äußerlich ihren Abschluß erhalten. Der „Veröhnungsminister“ des Innern Fürst Swiatopolk Mirskij, den die Plekwe vernichtende Bombe in die Regierung gebracht hatte, hat nur ein halb Jahr die russische revolutionäre Bewegung gefoppt; er ist zurückgetreten und an seine Stelle übernimmt der das Vertrauen der internationalen Bankhalter des russischen Absolutismus geniehende ehemalige Finanzminister Witte die Leitung der inneren Politik.

Witte — das bedeutet erfolgreiche Anleihen und Unterdrückung jeder ernsten Reform.

Ueber die Arbeiterbewegung in Petersburg berichtet der offizielle Telegraph die folgenden Einzelheiten, die bei aller ihrer Zensur-Unklarheit doch den Ernst der Lage ahnen lassen.

Petersburg, 10. Januar. Ein Verein, dem 7000 Arbeiter Petersburgs angehören, hielt heute eine Sitzung ab, an welcher auch 350 Vertreter von 20 Industrien teilnahmen. Nach Erörterung der Frage betreffend die Entlassung einiger Arbeiter auf den Putiloffwerken, die deshalb erfolgt war, weil die Arbeiter dem Verein angehörten, sprachen sich die Anwesenden dahin aus, daß die Lage der Arbeiter in Rußland und das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitern nicht normal sei.

Sodann wurde beabsichtigt, von der Verwaltung der Werke die Wiederaufnahme der entlassenen Arbeiter zu verlangen sowie dem Stadthauptmann bekanntzugeben, daß Maßnahmen zur Verstärkung einer Wiederholung solcher Fälle notwendig seien.

Gleichzeitig soll die Regierung davon in Kenntnis gesetzt werden, daß, falls diese Forderungen unberücksichtigt blieben, der Verein für die weitere Ruhe der Petersburger Arbeiter nicht verantwortlich sei.

Die Gewaltaktionen der russischen Polizei gegenüber wehrlosen Leuten durften bisher nicht in der russischen Presse bekannt gegeben werden. Wir brachten dieser Tage den Entwürfsbescheid zum Ausdruck, den die Petersburger Schriftsteller an ihre Kollegen im Ausland gerichtet hatten. Nunmehr bringt aber die „Petersburger Presse“ doch selbst Mitteilungen über die Barbarei der Moskauer Polizei. Wie sie berichtet, ist der Moskauer Stadtverordneten-Versammlung die folgende von 110 Moskauer Rechtsanwälten unterzeichnete Erklärung zugegangen:

Wir die hier unterzeichneten Rechtsanwälte der Stadt Moskau haben, nachdem wir durch Ausfragen von Augenzeugen über die außerordentlichen Ereignisse, die am 5. und 6. Dezember auf den Straßen Moskaus stattgefunden haben, folgende Tatsachen festgesetzt: 1. Die Polizisten überfielen die Manifestierenden ohne jede vorhergehende Warnung, hieben auf sie mit blanken Säbeln ein und sandten den Fliehenden Schüsse nach. 2. Die Polizisten verübten Gewalttaten nicht nur gegen Manifestierende, sondern auch gegen Personen, die ganz friedlich in der Menge standen, wobei meistens Studierende zu Opfern ausgewählt wurden. 3. Die Polizisten hieben auf die bemußlos am Boden liegenden Vorwärtenden mit Säbeln ein, schlugen sie und traten sie mit Füßen. 4. Ein Teil des Publikums wurde in die Höfe hineingetrieben, wo man sie in Gegenwart von höheren Polizeibeamten mit Prügeln traktierte. 5. Die unteren Polizeibeamten prügelten auf Befehl der höheren, wie man dies aus Erzählungen von Augenzeugen erfahren hat, die dem Kommandoruf „Prügeln“, „Zuschlagen“ und dann „Nicht mehr prügeln“ gehört haben.

Wir sind empört über die von der Moskauer Verwaltung begangene Verhöhnung des Gesetzes, der menschlichen Persönlichkeit und der menschlichen Grundrechte und sehen in eben den erwähnten Handlungen eine Ueberschreitung der Befugnisse, eine Mißhandlung, Körperverletzung und Züffigung von Wunden bei Ausübung des Amtes, und zwar begangen mit Ueberlegung und ohne dazu genötigt zu sein, d. h. Verbrechen, die im § 342, 343, 348 St.-G.-B. vorgesehen sind. Wir erachten es daher für unsere Pflicht mit Rücksicht darauf, daß der Schutz des Lebens, der Gesundheit wie der persönlichen Freiheit im selben Grade ein lokales wie ein Staatsbedürfnis ist, und daß die Stadtverordneten-Versammlung besorgt sein muß, daß die auf ihre Kosten erhaltenen Polizeikommandos nicht zu widergesetzlichen Zwecken gebraucht werden, — die oben beschriebenen Handlungen der Polizei, die die gesamte Bevölkerung der Hauptstadt erregt haben, zur Kenntnis der Moskauer Stadtverordneten-Versammlung zu bringen.“

Eine ähnliche Mitteilung ist derselben Versammlung von dem Moskauer Literaten zugegangen. Auf Antrag des Oberbürgermeisters, der über diese Mitteilungen berichtete, wurde in der Sitzung vom 30. Dezember er selbst nebst einigen Stadtverordneten mit der Untersuchung dieser Angelegenheit betraut. Ueber das Resultat der Untersuchungen soll der Stadtverordneten-Versammlung Bericht erstattet werden.

Der Streit im Balzer Industriegebiet.

Die neueste Nummer der „Jokra“ macht einige Mitteilungen über die dem Streit vorangegangene Agitation. Die vor kurzem entstandene Organisation der Arbeiter in Balachang und Wibi-Gilat (die sich wegen Meinungsunterschieden über Organisationsfragen vom Parteikomitee abgeändert hat) wandte sich an die Arbeiter mit dem Ruf nach Generalfreist, als dem einzigen Mittel, dem verbrüderlichen Krieg ein Ende zu machen. Auch das Parteikomitee forderte in einem Flugblatt die Arbeiter auf, durch einen Generalfreist der Selbstherrlichkeit die Erfüllung der Forderungen des Volkes abzumühen.

Ob der Streit in der Tat einen ausgeprägten politischen Charakter angenommen hat, ist uns zurzeit noch nicht bekannt.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

London, 10. Januar. Aus dem Hauptquartier des Generals Nogi wird gemeldet: In ausgedehnten Zügen gelangten die Trümmer der Besatzung von Port Arthur — 5000 Mann — aus dem Lager an der Taubendüne auf dem Bahnhof von Tschanlingtu an und wurden mit der Bahn nach Dalny weiterbefördert, von wo aus sie in Transportdampfern unmittelbar nach Japan weitergehen. Die Gefangenzüge boten einen ergreifenden Anblick dar. Zuerst langten in vier Wagen die Offiziere des Stabes an. Die Linienoffiziere passierten an der Seite ihrer Soldaten. Diese erschienen in guter Gesundheit, zeigten aber die Spuren der erduldeten Strapazen. Die japanischen Soldaten boten den Russen Bier, Nahrungsmittel und Zigarren an. Die Eisenbahnlinie ist bis nahe an Port Arthur ausgebessert, so daß bald wieder Züge verkehren können. Das Telephon und der Telegraph sind wieder hergestellt. Japanische Ingenieure beschäftigen die Reparaturen an den Forts.

Ein Angriff gegen die baltische Flotte geplant?

Aus London übermittelt das „Bureau Laffan“ folgende Nachricht: Aus Port Louis (Mauritius) wird der „Daily Mail“ gemeldet: Der englische Kreuzer „Forte“, der gegenwärtig hier liegt, fing eine Anzahl kryptischer drahtloser Telegramme von fremden Kriegsschiffen auf. Die Telegramme konnten nicht völlig entziffert werden, doch glaubt man, daß sie nach dem japanischen Code abgefaßt sind. Von ostwärts wird gemeldet, daß japanische Kreuzer herannahen. Die Insel Mauritius liegt östlich von Madagaskar, dicht neben der Insel Reunion. Reunion bildet französischen Besitz, während Mauritius England gehört. Die Japaner beabsichtigen also entweder die baltische Flotte im Indischen Ozean aufzusuchen und gelegentlich zum Kampfe zu stellen, oder aber sie wollen sich wenigstens an Ort und Stelle selbst über den Verbleib des baltischen Geschwaders unterrichten. Vermutlich werden sie bei der Insel Mauritius einen ständigen Beobachtungsposten gegen die baltische Flotte organisieren. Da Frankreich der baltischen Flotte gestattet, sich auf unbeschränkte Zeit hinaus in ihren Gewässern, wahrscheinlich auch in ihren Häfen aufzuhalten, wird man England nicht den Vorwurf des Neutralitätsbruchs machen können, wenn es seinerseits japanischen Schiffen das gleiche gestattet.

Ueber russische Zensurstücke

aus Anlaß des Falles Port Arthurs wird aus Petersburg berichtet: Als trotz aller Vorichtsmaßregeln die Nachricht von der Uebergabe der Festung bekannt geworden war, schrieb der „Ruski Invalid“, das amtliche Militärbblatt: „Die gegenwärtige Lage Port Arthurs erregt in Japan große Nervosität und Besorgnis, da der Fall der Festung in naher Zukunft nicht erwartet wird.“ Noch bezeichnender ist die Behandlung, die dem Moskauer Blatte „Nowosti Dna“ zuteil wurde, das seinen Artikel über den Fall Port Arthurs spät in der Nacht dem Zensor vorlegte. Der Artikel wurde vom Zensor in der Weise geändert, daß alle Worte wie „Uebergabe“ oder „Fall Port Arthurs“ durch das Wort „Frost“ ersetzt wurden. So las man am nächsten Tage in dem Blatte folgenden Unfuss: „Das große Ereignis des Tages, das Millionen Menschen in tiefstem Kummer stürzen wird, ist der Frost. Ganz Rußland wird Trauer anlegen, nicht die amtliche Trauer, die wir hassen, sondern die Trauer des verletzten nationalen Stolzes wegen des furchtbaren... Frostes. Japan wird über den Frost frohlocken, und Japan hat volle Berechtigung, auf seinen Erfolg stolz zu sein.“

Aus Industrie und Handel.

Der Diskont der Reichsbank ist gestern von 5 auf 4 Proz. und der Lombardzinsfuß für Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren von 6 auf 5 Proz. herabgesetzt worden. Den Anlaß zu dieser Herabsetzung gab einerseits der gute Status der Reichsbank, andererseits die Flüssigkeit des Geldmarktes und der dieser entsprechende niedrige Stand des Privatdiskonts. Der Metallbestand, der am 7. Oktober vorigen Jahres vor der Erhöhung des Diskonts auf 5 Proz. nur 789 Mill. Mark betrug, stellt er sich jetzt auf 968 Millionen Mark — 41,3 Millionen Mark mehr als am 31. Dezember 1904, bezw. 134 Millionen Mark mehr als am 7. Januar 1904. Außerdem waren zur Deduktion des Notenumlaufs 37,5 Millionen (i. B. 34 Millionen Mark) Reichsschatenscheine und Noten anderer Banken vorhanden. Auch ist der Notenumlauf auf 1444 Millionen Mark zurückgegangen, wodurch die Reichsbank nicht nur aus der Steuerpflicht für ihren Notenumlauf vollständig herausgekommen ist, sondern sogar über eine steuerfreie Notenreserve von 31 085 000 M. verfügt.

Die Presse im Dienste des Kapitalismus. Ein eigenartiges Schlaglicht auf die Zustände im bürgerlichen Zeitungswesen wirft der Schluß einer der „Eil. Volksg.“ entnommenen Notiz über den Prozeß gegen die „Rhein.-Westf. Ztg.“ in der Sibernia-Affäre. Dort heißt es nach Bekanntgabe des Urteils, das auf 500 M. Geldstrafe oder 60 Tage Gefängnis lautet:

„In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, die Angaben des Redakteurs, daß die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ die Kohleninteressenten und die Großindustrie vertrete und daß der Verleger der Zeitung seine Handelsredaktion beauftragt habe, gegen die Verstaatlichung Stellung zu nehmen, weil durch die Befürchtete allgemeine Verstaatlichung die „Rhein.-Westf. Ztg.“ mit geschädigt werde, begründe keinen Anspruch auf den Schutz des § 193 betreffend Wahrung berechtigter Interessen.“

Wo der Verleger der „Rhein.-Westf. Ztg.“ ist Feind der Verstaatlichung nicht aus rein objektiven, sachlichen Gründen, sondern weil sein Blatt mit geschädigt werde.“ Er fürchtet, daß, wenn er nicht die Redaktionsleitung in ihrem Kampfe unterstützt, sie ihre Abonnements und Interests einschränken könnten und erteilt daraufhin der Handelsredaktion seines Blattes den Befehl, gegen die Sibernia-Verstaatlichung loszulegen und die Redaktion folgt natürlich gehoramt dem Befehl. Wenn das Gegenteil befohlen worden wäre, hätte sie selbstverständlich auch ebenso prinzipiell und überzeugungstreue die Vorzüge des Bergkapitalismus gepriesen. Daran ist nichts besonderes; derartige Verhältnisse herrschen vielmehr in den Redaktionen mancher Unternehmerblätter, aber dennoch ist es von Interesse, gerichtlich festgestellt zu sehen, welcher Art die Gründe sind, welche die Haltung der Börse- und Handelspresse bestimmen.

Farbenfabriken und Kohlenzechen. Die erst jüngst gegründete Farbenfabriken-Interessengemeinschaft ist mit den Zechengesellschaften, welche ihr die zur Herstellung ihrer Farben nötigen Teerzeugnisse liefern, in Konflikt geraten. Sie wollte, wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, den Preis dieser Erzeugnisse herabdrücken. Die Zechen haben aber demgegenüber sich ebenfalls zu entsprechenden Maßnahmen entschlossen. Es ist die Bildung einer besonderen Vereinigung zum Zwecke der Erbauung einer Teerverarbeitungs-Fabrik mit einem Kapital von 5 000 000 M. in Aussicht genommen. Werden sich auch nicht alle in Betracht kommenden Zechen dem geplanten Unternehmen anschließen, so doch der größte Teil und zwar unter Führung der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft.

Verschmelzungen in der deutschen Erdöl-Industrie. Es ist beabsichtigt, die Deutschen Erdölwerke Wilhelmshagen a. d. E. mit der Raafschapp tot exploite von Diebrommen in Haag zu verschmelzen. Das erste Unternehmen ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und arbeitet mit einem Grundkapital von 3 Millionen Mark. Die Gesellschaft hat keine eigene Delförderung, sondern sie beschäftigt sich nur mit der Veredelung und dem Vertriebe von Oelen und Fetten. Die holländische Gesellschaft ist mit einem Kapital von 1 Million holl. Gulden ausgerüstet und besitzt bedeutende Erdölquellen im Wiegter Gebiet. Der Verschmelzungsplan geht der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zufolge dahin, daß die holländische Gesellschaft für 100 000 Gulden neue Aktien und 600 000 Gulden ihrer 6 Proz. Vorzugsaktien 1,8 Millionen Mark Anteile der Deutschen Erdölwerke übernimmt.

Zur Lage des deutschen Arbeitsmarktes. Die Ausweise der öffentlichen Arbeitsnachweise für den letzten Monat des vergangenen Jahres bestätigten den ungünstigen Eindruck, den der Verlauf des Arbeitsmarktes während der zweiten Hälfte des Jahres 1904 gemacht hat: von Monat zu Monat nahm der Grad der Verleserung gegen 1903 ab, so daß im Monat Dezember der Andrang von Arbeitssuchenden am Arbeitsmarkte kaum noch geringer war als im Jahre 1903. Während an den öffentlichen Arbeitsnachweisen im Dezember 1903 auf je 100 offene Stellen 164,8 Arbeitssuchende kamen, waren es im Dezember 1904 163,7. Das Gepräge des Arbeitsmarktes steht damit in scharfem Gegensatz zu der allgemeinen Beobachtung, wonach das Weihnachtsgeschäft 1904 günstiger verlaufen ist als 1903. Die Zahl der vorübergehend zur Vermittlung des Weihnachtsgeschäfts eingesetzten Hilfskräfte hätte eine stärkere Verringerung des Angebotes, vor allem in den Großstädten, erwarten lassen; dies um so mehr, als 1904 erheblich mehr solcher Hilfskräfte eingestellt wurden als in den früheren Jahren. Wenn durch diese Entlastung des Angebotes auf dem Arbeitsmarkte die Gesamtlage trotzdem nicht stärker beeinflusst worden ist, der Andrang vielmehr fast ebenso groß war wie im Dezember 1903, so rührt dies namentlich von der stärkeren Maitätigkeit im Baugewerbe her. Im Herbst 1903 wurden in zahlreichen Städten noch viele Bauten in Angriff genommen, die einen bemerkenswerten Teil der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter auch im Dezember Arbeitsgelegenheit boten. Vereinzelt herrschte im Dezember 1903 geradezu starke Nachfrage nach Bauarbeitern. Im Jahre 1904 schloß eine eigentliche Nachsaison, und das Angebot vom Baugewerbe her nahm daher weit stärker zu als im Jahre zuvor. Im Kohlenbergbau waren die Förderungsverhältnisse im großen und ganzen normal, dagegen trat infolge der immer stärker anwachsenden Unzufriedenheit der Belegschaften über die Provokationen der Betriebsverwaltungen eine Verunruhigung des Arbeitsmarktes ein.

Der Arbeitsmarkt im Eisengewerbe schloß so ziemlich gleich ungünstig wie 1903. Vereinzelt zeigte sich etwas Nachfrage nach Metallarbeitern, im allgemeinen aber war die Beschäftigungsgelageheit noch immer nicht befriedigend. Die Roheisengewinnung zeigte eine Abnahme gegenüber 1903, die Eisen- und Stahlwerke waren zwar mit Aufträgen versehen, nahmen aber nur wenig Neueinstellungen vor. Von den weiterverarbeitenden Industriezweigen war wirklich strotzt nur die Elektrizitätsindustrie beschäftigt. Im übrigen war die Arbeitsgelegenheit sehr ungleichartig, es fand ein starker Arbeiterwechsel statt, bei dem das Angebot von Arbeitssuchenden erheblich stärker blieb als die Nachfrage. Dazu kam noch, daß in der zweiten Hälfte des Monats Dezember infolge der Feiertage und der sich daran anschließenden Inventurarbeiten die Tätigkeit in den Betrieben stark ermattete. Nachgelassen hat der Beschäftigungsgrad auch im Holzgewerbe; vor allem gab es in der Möbelfabrikation nur wenig zu tun. Vergleichsweise günstig gestaltete sich der Beschäftigungszustand im Textilgewerbe. Für die Tuchindustrie, die Strumpfwarenfabrikation und auch für das Seidengewerbe lagen reichliche Aufträge vor. In Chemnitz z. B. waren für den Dezember noch zahlreiche Bestellungen auf Strümpfe zu sehr knappen Lieferfristen eingegangen, so daß der Beschäftigungsgrad sich ganz wesentlich erhöhen konnte. In der Laufst. mußte vielfach mit Ueberstunden gearbeitet werden.

Soziales.

Von der Billethsteuer. In Erfurt wird, wie in verschiedenen anderen Städten, eine Billethsteuer, eine Art Lustbarkeitssteuer, erhoben, deren Einführung übrigens auch in Berlin geplant ist. In einem Erfurter Steuerstreit war nun die Frage zu entscheiden, ob die Mitgliedschaft eines Musikvereins, deren Vorzeigung statutengemäß den Mitgliedern ohne jedes Entree die Teilnahme an den vom Verein veranstalteten Musikaufführungen höherer Art ermöglicht, Eintrittskarten (Billetts) seien. Der Söllercher Musikverein (eine alte Musikvereinigung) war anlässlich eines seiner Konzerte mit Rücksicht auf die Teilnahme von etwa 600 Mitgliedern zu 30 M. Billethsteuer veranlagt worden. Der Bezirksauschuss befreite ihn jedoch von dieser Steuer und das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte das Urteil mit folgender Begründung: Die Anwendung der Steuernormen auf die Mitgliedschaften der Mitglieder seitens schon daran, daß jede Steuer begriffsmäßig der Höhe nach bestimmbar sein müsse. Sie müsse dem Pflichtigen in einer bestimmbaren, nach einem bestimmten Objekt berechneten Summe abgefordert werden. Nun dienen ja hier die Mitgliedschaften als Ausnahme der Befreiung für die Berechtigung zum Besuch der Konzerte, und insofern liegen sie sich vielleicht in gewisser Weise mit Eintrittskarten vergleichen. Aber unmöglich könne man von einem Eintrittskartenpreis sprechen, nach dem eine Steuer sich berechnen lasse. Der Magistrat habe es sich leicht gemacht. Er dividiere einfach den jährlichen Mitgliedsbeitrag durch die Zahl der üblich stattfindenden Konzerte des Vereins. Dabei übersehe er aber, daß die Mitgliedschaft nicht bloß das Recht gewähre, die Konzerte zu besuchen, sondern daß durch die Mitgliedschaft auch mannigfache andere Rechte beurkundet würden, ebenso Pflichten. Der Verein bezwecke, musikalische Aufführungen zu veranstalten und seine wertvollen Mitglieder musikalisch zu bilden. Die Mitglieder, soweit sie „werkstätigt“ seien (d. h. aktiv mitwirkten), mühten an den Aufführungen teilnehmen, und die übrigen mühten in sonstiger Weise die Zwecke des Vereins zu fördern. Nun möge es ja solche Mitglieder geben, die ihre Mitgliedschaft nur durch den Besuch der Konzerte betätigten. Aber es könne auch solche Mitglieder geben, die die Konzerte nie besuchten, sich aber in anderer Weise im Vereinsinteresse betätigten; die ständig an den Generalversammlungen teilnehmten und anderweit die Ziele des Vereins förderten. Dazu komme, daß aus den Beiträgen der Mitglieder die Konzerte veranstaltet würden und manche andere Ausgaben zu bestreiten seien. Zum Beispiel mühten Noten beschafft werden. — Wenn nun statutarisch ein Eintrittsgeld zu den Konzerten hinsichtlich der Mitglieder ausgeschlossen sei, so sei der Magistrat nicht berechtigt, an Stelle des Vereins seinerseits nach seinem Belieben einen Preis zu bestimmen, den er für das einzelne Mitglied und Konzert berechnen wolle. Der Verein müsse aus den obigen Erwägungen von der Billethsteuer für die Mitglieder befreit werden, denn es mangle an der Voraussetzung der Steuer, an Eintrittskarten (Billetts) im Sinne einer Billethsteuerordnung.

Die Verbeisführung eines Bäckerei-Arbeiter-Kongresses in der Schweiz betreibt der Arbeiterbund Basel. Ende vorigen Jahres hat er beschloffen, auf Grund des Art. 28 der Kantonsverfassung, der bestimmt, daß bei einem durch Namensunterschrift behandelten Verlangen von 50 000 Schweizer Bürgern ein von ihnen vorgeschlagener Gesetzentwurf nach vorübergehender Behandlung in den Räten dem Volke zur Abstimmung vorgelegt werden muß, den Weg der Initiative zu beschreiten. Der Gesetzentwurf fordert in seinen Hauptpunkten: Erzwungene Arbeiter in den Bäckereien dürfen nicht mehr als 70 Stunden wöchentlich zur Arbeit verwendet werden. In jeder Werkstatt soll die den Gesetze entsprechende, von dem Departement des Innern sanktionierte Arbeitszeiteinteilung sichtbar angebracht werden. — Jeder Bäckerei-Arbeiter soll beim Eintritt in die Arbeit auf Kosten des Meisters ärztlich untersucht werden. Nur ärztlich gesund erklärte

Bäckerei-Arbeiter dürfen angestellt werden. — Die Arbeitsräume wie die Schlafstätten derjenigen Arbeiter, die in häuslicher Gemeinschaft mit ihren Weibern leben, unterliegen hinsichtlich der sanitarischen Verhältnisse der Aufsicht des Gewerbe-Inspektors und der Sanitätspolizei. — Die Inhaber der Bäckereien sollen spätestens alle zwei Wochen ihre Arbeiter auszahlen und haben dieselben gegen Unfälle zu versichern.

Sozialpolitisches aus Nordbayern. Der Stadtmagistrat Würzburg hat einem Gesuch der Tarifkommission des Verbandes deutscher Buchdrucker stattgegeben, wonach städtische Druckarbeiten in Zukunft nur noch an solche Druckereien vergeben werden sollen, die den zwischen Gehäusen und Bringspulen vereinbarten Tarif anerkannt haben. — Eine Maurerversammlung hatte den Beschluß gefaßt, den Magistrat zu ersuchen, daß an städtischen Bauten nur in Würzburg beheimatete und dort wohnhafte Bauarbeiter zu beschäftigen seien. Dieser Antrag wurde abgelehnt, da eine genaue Kontrolle in dieser Hinsicht nicht möglich sei. — Die in den Innungen organisierten Handwerker verlangten Vergütung der Submissionsarbeiten nicht nach dem Mindestgebot, sondern nach dem Mittelgebot, und zwar zunächst nur an Innungsmeister, Verlängerung der Lieferungsfrist bei Streiks, Vergütung der Reparaturarbeiten im Turnus und nach festen Tarifen zc. Diese Anträge wurden ebenfalls abgelehnt, da die meisten Wünsche durch die Ministerialverordnung über das Submissionswesen erfüllt seien und es nicht angehe, nur Innungsmeister zu berücksichtigen. Bei Streiks solle von Fall zu Fall über Verlängerung der Lieferungsfrist entschieden werden.

In Schwabach war die Stelle eines städtischen Bauaufsehers zu besetzen. Der Magistrat übertrug sie einem Maurermeister, der Teilhaber einer größeren Baufirma ist. Damit hat man den Vord zum Gärtner gemacht, denn der Mann, der selbst dem Kreise angehört, gegen den sich die Kontrolle richtet, wird bei der Beaufsichtigung der Bauten nicht diejenige Energie entwickeln können, wie sie das Interesse der Arbeiter erheischt. Es lag eine ganze Anzahl Bewerbungen von Arbeitern um die Stelle vor, sie wurden aber nicht berücksichtigt.

Aus der Frauenbewegung.

An die Genossinnen!

Wie die Presse bereits berichtet hat, wird der Beirat für Arbeiterstatistik Erhebungen vornehmen über die Arbeitszeit der in Wäschereien und Plättereien beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter. Ebenso sollen seinerseits Ermittlungen angestellt werden über die Arbeitsbedingungen in den Fischräuchereien und Konservenfabriken.

Der Beirat beabsichtigt, die Erhebungen in Wäschereien und Plättereien in der ersten Hälfte des Februar damit einzuleiten, daß Fragebogen in gleicher Anzahl an Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgegeben werden. Es erhält in dem einen Betriebe der Arbeitgeber, in dem zweiten der Arbeitnehmer Fragebogen. Für jeden der befragten Betriebe kommt daher nur eine Partei zum Wort.

In Berlin werden nur in der einen Hälfte der Stadt Erhebungen angestellt. Bei der großen Anzahl der hier vorhandenen Wäsch- und Plättanstalten würde nämlich die Zahl der beabsichtigten Befragungen von Berlin mehr als gedeckt werden, so daß dann die anderen Orte der Provinz Brandenburg nicht befragt werden könnten. Aus dem angegebenen Grunde wird sich die Erhebung auch nur auf die Hälfte von Hamburg erstrecken.

Die Beantwortung der Fragebogen muß den beteiligten Personen selbst überlassen bleiben. Eine Beeinflussung derselben seitens des Beirats für Arbeiterstatistik oder der mit Ausführung der Erhebung betrauten Ortsbehörden soll ausgeschlossen sein.

Jedoch unterliegt es keinem Bedenken, es ist vielmehr erwünscht, daß sachverständige Frauen den Plättgerinnen und Wäschgerinnen bei der Beantwortung der gestellten Fragen behülflich sind.

Der Beirat wird durch die Presse die Orte und die Zeit für die Ausgabe der Fragebogen bekannt geben.

Wie dringlich die Arbeiterinnen in den Wäschereien und Plättereien einer Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit, überhaupt wirksamen gesetzlichen Schutzes bedürfen, ist den Genossinnen bekannt.

Die Unterzeichnete fordert daher die Vertrauenspersonen auf, unermüdet die Besprechungen abzuhalten, damit die passenden Genossinnen ausfindig gemacht werden, welche bei den Erhebungen den Arbeiterinnen helfend zur Seite stehen können. Im Interesse einer erfolgreichen Durchführung der vorliegenden Aufgaben ist es unerlässlich, daß die Genossinnen sich mit den in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen ins Einvernehmen setzen. Die Genossinnen müssen die empfohlenen vorbereitenden Schritte sofort tun, damit sie rechtzeitig in Aktion treten können, sobald die entsprechenden Veröffentlichungen in der Presse erfolgen.

Die geplanten Erhebungen werden, wenn gewissenhaft durchgeführt, eine Fülle von wichtigem Material zu Tage fördern, das nicht bloß dazu angetan sein wird, unsere Bestrebungen für den endlichen Schutz der Wäschgerinnen und Plättgerinnen wirksam zu unterstützen, sondern auch unsere Agitation für den gesetzlichen Achtstundentag zu fördern.

Darum Genossinnen, legt Hand an, damit Eure Leistungen und die Ergebnisse der Erhebungen den Erwartungen entsprechen.

Mit bestem Grusse
Ottilie Baader, Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Treptow-Baumshulenkongress. Zu der am Donnerstag, den 12. d. M., stattfindenden öffentlichen Vollerversammlung in Adermanns Festsaal, in welcher Frau Dr. Wally Jepsen das Referat halten wird, findet Mittwoch, den 11. d. M., eine Handzettelerbreitung abends 8 Uhr statt. Um rege Beteiligung wird gebeten. — Die Handzettel sind abzuholen von Schöfers, Baumshulenkongress, Baumshulenkongress; Schmidt, Treptow, Kiehlholzstr. 22; Preuß, Treptow, Neue Krug-Allee.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahl des Präsidiums in der Deputiertenkammer.

Paris, 10. Januar. (B. L. Z.) Bei der heutigen Wahl des Kammerpräsidenten stimmten 511 Deputierte. Die Kammer zählt gegenwärtig 585 Mitglieder. In den Wandelgängen wurde von oppositioneller Seite erklärt, daß die Wahl Doumerq im Hinblick auf dessen anfängliche Majorität eine schwere Schlappe für das Ministerium bedeute.

Paris, 10. Januar. (B. L. Z.) Die Deputiertenkammer wählte die bisherigen vier Vizepräsidenten Etienne, Lodron, Roche und Guillaum wieder.

Die Guller-Kommission gegen die Deffentlichkeit.

Paris, 10. Januar. (B. L. Z.) Mehrere Blätter zufolge hat sich die Mehrheit der Enquete-Kommission über die Gullangelegenheit gegen die Zulassung der Presse zu dem Zeugensverhör ausgesprochen. Es sollen der Presse lediglich Zeugenaussagen und gewisse offizielle Berichte übermittelt werden. Die Arbeiten der Enquete-Kommission dürften etwa drei Wochen in Anspruch nehmen.

Washington, 10. Januar. (B. L. Z.) Durch eine oder mehrere Personen wurde heute der erfolglose Versuch gemacht, das vor kurzem vom deutschen Kaiser zum Geschenk gemachte Standbild Friedrichs des Großen in die Luft zu sprengen. Die Sprengmasse war mit brennender Lunte an der Umrißbügelung des Denkmals befestigt, wurde aber durch einen Beamten vor der Explosion entfernt. Ein Schaden irgend welcher Art ist nicht angerichtet worden. Es sind unzulänglich Maßnahmen zur Ergreifung der Urheber getroffen worden. Die Nachforschungen der Polizei nach den Schuldigen sind bisher ohne Ergebnis geblieben.

Reichstag.

114. Sitzung vom Dienstag, den 10. Januar 1905, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundestratsische: Kommissare. Das Haus ist schwach besetzt. Präsident Graf v. Helldorf eröffnet die Sitzung und wünscht „allen verehrten Herren Kollegen ein glückliches neues Jahr“.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine zum Etat für 1904 eingebrachte Resolution der Konservativen, die eine Änderung des Gesetzes über die Invalidenversicherung vorschlägt. Sie ersucht die Regierung, eine Änderung des ersten Satzes des § 48 Ziffer 4 des Invalidenversicherungsgesetzes: „solange der Berechtigte nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat“ (nicht das Recht auf Bezug der Rente) dahin zu betreiben, daß diese Bestimmung keine Anwendung findet, wenn ein Rentenberechtigter zum Zwecke der Erhaltung oder Wiederherstellung seiner Gesundheit seinen Aufenthalt im Auslande zu nehmen gezwungen ist.

Abg. Dr. v. Saldern (L.): Wenn jemand, wie es in zwei Fällen vorgekommen ist, ein Lungenerkrankter sein will und deshalb in südlichere Klimata geht, so verliert er nach dem heutigen Rechtszustand seine Rente. Das Reichsversicherungsamt verfährt sehr liberal, wird aber wegen der Gesetzesbestimmung doch in solchen Fällen der Härte geziehen. Das muß geändert werden. Allerdings liegt keine Veranlassung vor, denjenigen, die freiwillig, ohne gesundheitlichen Grund, fortgehen, die Rente zu erhalten. Aber es darf nicht heißen: Entweder bleibst du in Deutschland und stich, oder heile im Auslande Deine Krankheit aus und verliere Deine Rente! Nach dem bestehenden Gesetze sind ja sogar die Ausländer, die in Deutschland ein Anrecht auf Rente erworben haben, besser gestellt. Der Bundesrat hat ja das Gesetz nach Möglichkeit gemildert, indem er das Großherzogtum Luxemburg und die an Deutschland angrenzenden Teile von Dänemark, Holland, Belgien, Schweiz, Desterreich und Rußland von einer Wirkung auf Außen der Rente ausschloß. Aber das genügt nicht. Wir bitten also, die Bestimmung für alle die Fälle, wo der gesundheitliche Zustand den Auslandsaufenthalt verlangt, überhaupt aufzuheben. (Beifall rechts.)

Abg. Erzberger (Z.): Wir sind geneigt, die konservative Resolution zur Berücksichtigung zu empfehlen. Tatsächlich wird die Zahl der Fälle, wo die vom Bundesrat geringste Härte in Betracht kommt, allerdings sehr gering sein. Es ist auch noch etwas anderes zu bedenken; gerade wenn die konservative Resolution Gesetz wird, werden Ausländer häufig begünstigt werden, denn ein Italiener, der bei uns Anrecht auf eine Rente erworben hat, wird viel eher das auf jeden Fall günstige italienische Klima aufsuchen können, als der Deutsche, dem die Renten im allgemeinen zu hoch sein dürften. Wir können daher der konservativen Resolution nur unter der Bedingung zustimmen, daß dafür gesorgt wird, daß die Inländer nicht schlechter als die Ausländer gestellt werden. (Beifall beim Zentrum.) Bevollmächtigter zum Bundesrat, Direktor im Reichsamt des Innern Casper: Der Wunsch der konservativen Resolution wird von uns bei der nächsten Gelegenheit in wohlwollender Erwägung gezogen werden. Die Befürchtung, daß Ausländer begünstigt würden, ist unbegründet, da diese ja, wenn sie einmal aus Deutschland wegziehen, niemals wiederkehren, also wohl mit einer einmaligen Abfindung bedacht werden können.

Abg. Stadthagen (Soz.): Wir können den Herren vom Zentrum und den Konservativen nur dankbar sein, daß sie jetzt einen Antrag stellen, den sie feinerseit, als er von uns ausging, abgelehnt haben. Die jetzige Fassung des Gesetzes ist gerade gegen unseren lebhaften Widerspruch durch jene Herren beschlossen worden. Dem Reichsversicherungsamt kann Herr Erzberger keinen Vorwurf machen, daß die jetzige Fassung des Gesetzes wurde beschlossen mit Rücksicht auf Entscheidungen des Reichsversicherungsamts, die in diesem Sinne das Gesetz ausgelegt hatten. Wir haben von jeder den Standpunkt vertreten, daß woherworbene Rechte des Arbeiters unmöglich ruhen können, wenn er vorübergehend im Auslande sich aufhält. Wenn die Mehrheit des Hauses anders entschieden hat, so hat sie damit behauptet, daß die Versicherungs-Gesetzgebung nur als eine Art Armen-Gesetzgebung ansieht. — Ich nehme an, daß der Antrag, für den wir natürlich stimmen werden, angenommen wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Becker (nat.): Meine Partei stimmt dem vorliegenden Antrage zu. Zweckmäßig wäre es aber, die Rente nur solange nicht ruhen zu lassen, als der Betroffene nicht die deutsche Staatsangehörigkeit aufgibt.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Beratung der Etats-Resolution Dr. Hige und Genossen (Z.) betreffend Lehrlingsausbildung im Handwerk und Befähigungsnachweis im Baugewerbe und Dr. Dröschner und Genossen (L.) betreffend Lehrlingsausbildung und Gesellenprüfung in Verbindung mit den Petitionen betreffend Einführung des Befähigungsnachweises für das Handwerk.

Dr. Hige (Z.) beantragt die verbündeten Regierungen mögen dem Reichstage umschickt nach einem Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen

a) die Ausbildung von Lehrlingen in handwerksmäßigen Betrieben nur solchen Personen gestattet wird, welche den Meistertitel zu führen berechtigt sind;

b) für die selbständige Ausübung des Baugewerbes der Befähigungsnachweis eingeführt wird.

Dr. Dröschner und Genossen beantragen, den § 129 Absatz 1 der Reichs-Gewerbe-Ordnung durch folgende Bestimmungen zu ersetzen, „in Handwerksbetrieben steht die Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen nur denjenigen Personen zu, welche das 24. Jahr vollendet haben und in dem Gewerbe oder in dem Zweige des Gewerbes, in welchem die Anleitung der Lehrlinge erfolgen soll, die Berechtigung zur Führung des Meistertitels haben und ferner zu bestimmen, daß sich der Lehrling nach Ablauf der Lehrzeit der Gesellenprüfung zu unterziehen hat.“

Abg. Weismann (Z.): Den heutigen Stand des Handwerks zu erhalten, muß unser wichtigstes Bestreben sein. Es ist da schon manches erreicht worden. Wir sind von der ziellosen Gewerdefreiheit schon zu Innungen usw. gekommen. Das Ergebnis ist ein günstiges: Das Handwerk blüht wieder etwas mehr auf, die Zahl der Handwerker nimmt zu. Selbst Zwangsinnungen wirken gut, trotz der „Freistelligen Zeitung“. Die Innungen sind günstig, wie sie es schon im Mittelalter gewesen sind. Aber trotz alledem kann das Zentrum die bisherige Handwerker-Gesetze nur als Abschlagszahlung ansehen. Wir wollen nicht alte Höfe aus der Vergangenheit herausführen, sondern etwas ganz Neues, nämlich verhindern, daß jemand einen Lehrling ausbilde, ohne eine besondere Befähigung dazu nachgewiesen zu haben. Das Prinzip absoluter wirtschaftlicher Freiheit blendet uns nicht. Noch zählt der Handwerkerstand nach Millionen erwerbstätiger Menschen. Wir müssen dafür sorgen, daß einerseits ihre persönliche Tüchtigkeit, andererseits ihre wirtschaftliche Stärke immer mehr gehoben wird. Darin liegt eigentlich das ganze Prinzip unseres Handwerkerstandes. Eine Forderung der Meisterprüfung wird für die Einzelnen ein großer Ansporn sein. Heute scheitern viele Existenzen, weil sie sich zu frühzeitig von der Lehre frei machen. Natürlich muß außer der Forderung des Befähigungsnachweises noch mehr für das Handwerk geschehen. Dann werden wir eine gute soziale Tat vollbracht haben. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Fasig (nat.): Die Anträge, die das Halten von Lehrlingen von der Meisterprüfung abhängig machen wollen, leiden unterer Ansicht nach an zu großer Allgemeinheit. Wir haben daher

eine speziellere Fassung der Bestimmungen vorgeschlagen, um deren Annahme ich Sie bitte. Wir schlagen vor:

1. in Handwerksbetrieben die Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen nur denjenigen Personen zuzugestehen, welche den Meistertitel zu führen berechtigt sind und das 24. Lebensjahr vollendet haben;

2. zur Meisterprüfung auch solche Personen zuzulassen, welche fünf Jahre hindurch als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung tätig gewesen sind;

3. zugunsten derjenigen Handwerker, die bei Inkrafttreten der neuen Bestimmungen zur Anleitung von Lehrlingen befähigt sind, eine angemessene Uebergangsfrist zu gewähren.

Weiter wünschen wir, daß den gewerblichen Lehrlingen, jugendlichen Arbeitern, Arbeitsbüchsen usw. der Besuch einer Fortbildungsschule zur gesetzlichen Pflicht gemacht wird.

In Hessen, Baden und Württemberg besteht dieser obligatorische Unterricht seit Jahren und hat sich vorzüglich bewährt. Ich bitte Sie dringend, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Paquide (fr. Bg.): Die Gewerbe-Ordnung hat bereits eine ganze Reihe von Forderungen aufgestellt, an die die Lehrlingsausbildung geknüpft ist. Soll das alles nichts sein, sondern statt dessen der Titel „Meister“ gelten? Nicht auf den Titel kommt es an, sondern auf die Leistung, und über diese entscheidet wesentlich das Publikum. Mit der Meisterprüfung treten neue Schwierigkeiten auf. Man wird dann nicht wissen, ob die Lehrlingsausbildung lediglich in derjenigen Branche erlaubt sein solle, für die der Meistertitel erworben ist. (Sehr richtig! links.) Sie beschwören damit die ganzen Streitigkeiten herauf, mit denen die Wirtschaftsgeschichte vergangener Jahrhunderte erfüllt ist. (Wiederholter Beifall links.) — Aber wichtiger als diese Titelfrage ist die Forderung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe. Wenn hier mehr Unfälle erfolgt sind als früher, so liegt das einfach daran, daß mehr gebaut wird. Man kann ihre Zahl herabsetzen durch Verschärfung der baupolizeilichen Aufsicht, aber keinen Befähigungsnachweis! Im Baugewerbe wirken die verschiedenen Handwerke zusammen. Man müßte also für jedes genau vorsehen, was sie am Bau zu leisten haben und was nicht. Damit wäre die ganze Gewerdefreiheit aufgehoben. Man darf den Künstler nicht den kleinen Finger zur Aufhebung der bestehenden Ordnung geben, sonst nehmen sie die ganze Hand. Ich hoffe, daß mindestens die verbündeten Regierungen hierzu eine ablehnende Stellung einnehmen werden, da sie sonst eine Schwächung in ihrer bisherigen Haltung vornehmen würden. Ich vermag an einen solchen Frontwechsel nach der jüngsten Rede des Grafen Kosadovsky über die moderne Entwicklung nicht zu glauben. Wir können uns deshalb nur mit einem Passus des nationalliberalen Antrages: der Forderung der gesetzlichen Pflicht zum Besuch der Fortbildungsschule, einverstanden erklären. (Bravo! links.)

Abg. Dr. v. Dirken (Sp.): Wenn man bedenkt, in welchem automobilartigen Tempo die Regierung die Forderungen der Arbeiter erfüllt, als deren angeblich berechtigte Vertreter sie fälschlich die Sozialdemokratie aufspielt, und ferner erwägt, in welcher langsamen Schnecken-tempo die mindestens ebenso berechtigten Forderungen der Handwerker berücksichtigt werden, so kann man wenig praktischen Erfolg von diesen Anträgen erwarten. Dabei haben schon vor Jahren fast alle Parteien und die Regierung sich für den Befähigungsnachweis im Baugewerbe erklärt. Wir hoffen, daß nach den sieben mageren Jahren des Wartens nun endlich die sieben fetten Jahre der Erfüllung kommen werden, zumal die berufenen Vertreter des Handwerks sich jetzt einstimmig für den Befähigungsnachweis im Baugewerbe ausgesprochen haben.

Ebenso sprechbar ist die Forderung obligatorischer Gesellenprüfungen und die Ausbildung der Lehrlinge durch Handwerker, die den Meistertitel haben. Wir erwarten, daß die Regierungen den Ernst unserer Forderungen erkennen und endlich diese Wünsche des Handwerks erfüllen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Latmann (Antif.): Wir stimmen den Grundgedanken der beiden Anträge zu, auch der Forderung der theoretischen Ausbildung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter im nationalliberalen Antrage. Die Nationalliberalen sollten die Forderung der obligatorischen Ausbildung aber auch in den Einzelanträgen stellen, sie würden da auch die Zustimmung der „reaktionären Rechten“, wie man uns lieber so gern nennt, finden. Auf Einzelheiten kommt es heute noch nicht an, sondern darauf, daß sich eine möglichst große Mehrheit zusammensindet, so daß die Regierung hoffentlich ihre Zustimmung zu geben gezwungen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Euler (Z.): Die Regierung hat den nun schon vor sieben Jahren zuerst angeregten Gedanken bisher immer abgelehnt. Sonst pflegt sie auf die Wünsche der Bevölkerung mehr Rücksicht zu nehmen. Der Befähigungsnachweis wird jetzt vom allergrößten Teil des Handwerkerstandes erhoben. Sind nicht die akademischen Kreise auch durch einen Befähigungsnachweis geschützt? Warum soll der Handwerkerstand nicht denselben Schutz erhalten? Damit tritt er doch niemandem zu nahe. Das müssen die verbündeten Regierungen doch endlich einsehen. Der äußersten Linken verdenke ich ja ihren Standpunkt weniger, denn je mehr Existenzen ruiniert werden, desto mehr kommen sie auf die linke Seite des Hauses. (Lachen links.) Was unter der Regierung Seiner Majestät Wilhelm I. jeglichen Andenkens, für das Proletariat geschehen ist, ist gut; aber wichtiger ist doch noch, dafür zu sorgen, daß nicht so viele Existenzen ins Proletariat hinabsinken. Unsere heutige Resolution ist durchaus nicht Neues. Die heranwachsende Jugend des Handwerkerstandes muß sittlich, christlich und patriotisch gebildet werden. Auch wir sind also für Bildung, wie die Herren von der Linken. Der Antrag der Nationalliberalen auf obligatorische Fortbildungsschule entspricht unseren Ansichten, gehört aber nicht hierher, sondern in die Einzelanträge. Wir sind durchaus keine Feinde von mehr Bildung, im Gegenteil, nur her damit! Der Handwerkerstand darf durchaus nicht im Essen und Trinken sein Gemüth finden. Aber Bildung genügt nicht. — Mit dem übrigen Teil des nationalliberalen Antrages sind wir ja einverstanden, er deckt sich nach meiner Auffassung mit unserer eigenen Resolution, aber wir haben keine Veranlassung, auf diese zu verzichten, würden aber gegebenenfalls auch für den nationalliberalen Antrag stimmen.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Zweite Staatsberatung; Etats des Reichstags, des Reichs-Justizamts, des Reichs-Schatzamts etc.). Schluß 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

116. Sitzung vom Dienstag, den 10. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Reichert von Rheinbaben, Freiherr von Hammerstein.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Entgegennahme von Vorlagen der Staatsregierung.

Finanzminister Reichert von Rheinbaben:

Ich habe dem Hause die allgemeine Rechnung für das Jahr 1902, die Uebersicht über die Staats-Einnahmen und -Ausgaben im Jahre 1903 und den Gesetzentwurf über die Feststellung des Staatshaushalts-Etats auf Grund Allerhöchster Ermächtigung zu überreichen.

Bei der Vorlegung des Etats am 10. Januar 1903 habe ich vor allzu optimistischen Erwartungen gewarnt. Das Jahr 1901 schloß mit einem Minus von 87 1/2 Millionen Mark ab. Die wirtschaftliche Depression, die bei uns 1900 einsetzte, nachdem wir uns lange Jahre einer wirtschaftlichen Blüte erfreut hatten, pflanzte sich fort bis ins Jahr 1902 und war noch nicht zu Ende, als wir

im August und September 1902 den Etat für 1903 feststellten. Erst im Dezember 1902 machte sich eine Belebung unserer ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse bemerkbar, was bei dem Etat für 1903 noch nicht berücksichtigt werden konnte. Infolgedessen haben sich die Staatseinnahmen günstiger gestellt, als bei der Aufstellung des Etats vorausgesehen werden konnte. Das gilt vor allem von den Einnahmen der Staatseisenbahn-Verwaltung. Ich habe im vorigen Jahre die Mehreinnahmen aus den Eisenbahnen auf 100 Millionen, die Minderausgaben auf 38 Millionen Mark geschätzt. Die Eisenbahnen haben aber einen Mehreberschuß von 146 Millionen ergeben und eine Minderausgabe von 34 Millionen, so daß sich der Mehreberschuß auf 112 Millionen Mark beläuft, also auf 48 Millionen Mark mehr als angenommen wurde. Dagegen sind Mehrausgaben bei der Domänenverwaltung zu verzeichnen, die Vergrößerung hat einen Mindereberschuß von acht Millionen Mark ergeben, hervorgerufen hauptsächlich durch die Steigerung der Löhne und die Ausdehnung des staatlichen Betriebes; der Mindereberschuß ist nur als vorübergehend anzusehen. Aufwertsmäßige Mehrausgaben sind in Höhe von 9,8 Millionen zu erwarten, namentlich infolge der zahlreichen Ueberschwemmungen, welche stattgefunden haben.

Bei der Einbringung des Etats 1904 äußerte ich mich dahin, daß die Belebung von Handel und Verkehr voraussichtlich auch 1904 sich fortsetzen werde, und im allgemeinen ist diese Hoffnung auch erfüllt worden. Durch Gottes Gnade ist der Frieden bewahrt worden und so ist das Jahr 1904 ein erfreuliches, allerdings mit der Einschränkung, daß auf weiten Gebieten der Landwirtschaft und auch des Handels ungünstige Verhältnisse sich gezeigt haben. Während die Landwirtschaft im allgemeinen sich einer guten Körnerernte erfreute, ist durch die ausnahmsweise Dürre, die seit Pfingsten vorgekommen ist, der Ertrag der Futterernte in hohem Maße ungünstig beeinflusst worden, und die Dürre hat auch zum Teil auf Handel und Verkehr ungünstig eingewirkt.

In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres haben die Eisenbahneinnahmen den Etatsansatz um 58 Millionen überschritten (Hört! hört!) Ich schließe daraus, daß diese Ueberschreitung 90 Millionen im ganzen Jahre betragen wird. Die Verwaltung des Innern wird eine Mehrausgabe von rund einer Million Mark erfordern infolge der gesteigerten Anforderungen bei der Postverwaltung. Infolge der Erhöhung des Wasserstraßenverkehrs sind die Anforderungen an die Eisenbahnverwaltung außerordentlich gestiegen. Hinsichtlich des Bezuges der Dungsstoffe sind lebhafteste Klagen gekommen, daß nicht genügend Wagen vorhanden sind. Industrie und Landwirtschaft klagen gleichmäßig, daß, trotzdem die Betriebsmittel so außerordentlich vermehrt sind, diese doch noch nicht ausreichend sind. Wir haben geglaubt, der Landwirtschaft und Industrie einen Dienst zu erweisen, indem wir mit der Beschaffung neuer Betriebsmittel nicht bis zum Etatsjahr 1905 gewartet haben, sondern sofort damit vorgegangen sind. Der voraussichtliche Gesamtüberschuß für 1904 wird auf 15 1/2 Millionen berechnet, davon 12 1/2 Millionen bei der Eisenbahnverwaltung und 3 Millionen im übrigen Staatshaushalt. Wir scheinen aber die Verrechnungen namentlich der Eisenbahnverwaltung zu vorpflichtig und ich schätze den Ueberschuß auf rund 40 Millionen. Aber über uns hängt das Damoklesschwert in Gestalt von 10 Millionen gestundeter Materialbeiträge. Wegen wir sie nach dem Gebote einer vorpflichtigen Finanzwirtschaft dem abgelaufenen Jahre zur Last, so können wir mit den übrigen 30 Millionen den Ausgleichsfonds für unvorhergesehene Arbeiten auf eine Höhe bringen, daß er seinen Aufgaben einigermaßen genügen kann.

Ich gehe nun über zum Etatsentwurf für 1905. Was das Jahr 1905 uns bringen wird, steht in Gottes Hand; soweit menschliche Voraussicht darüber urteilen kann, muß sie es mit großer Reserve und Vorsicht. Soweit innerhalb dieser Grenzen ein Urteil überhaupt möglich ist, ist anzunehmen, daß auch im Jahre 1905 und im allgemeinen eine günstige wirtschaftliche Entwicklung zu teil werden wird. Was besonders die Industrie betrifft, so ist die Steigerung des Konsums im Inlande sehr wichtig. Ich habe schon oft auf die Gefahr hingewiesen, die darin liegt, daß ein großer Teil unserer Industrie überwiegen auf den Export angewiesen ist. (Sehr richtig! rechts.) Hauptaufgabe unserer Politik muß die Steigerung des Konsums im Innern sein. (Erneutes Sehr richtig! rechts.) In dieser Beziehung ist es bemerkenswert, daß die Einfuhr an Erzeugnissen bedeutend gestiegen ist, die Ausfuhr ebenso abgenommen hat. Erfreulich ist auch die Abnahme der Getreide-Einfuhr um 488 000 Tonnen. Wenn ich behaupte, daß die Aussichten für 1905 günstig sind, so tue ich es besonders im Hinblick auf die Handelsverträge, die die feste Basis für die weitere Entwicklung von Landwirtschaft, Industrie und Handel werden sollen. Meiner Ansicht nach müssen unsere Handelsverträge zunächst ausreichenden Schutz für unsere Landwirtschaft bringen und darin nicht nur für den Groß-, sondern auch für den Kleinbetrieb. Behaupten, daß dieser Schutz nur dem Großgrundbesitz zu gute kommt, heißt meines Erachtens mit vergifteten Waffen kämpfen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Von 5 1/2 Millionen Betrieben in der deutschen Landwirtschaft sind 5 200 000 unter 100 Hektar — und wer die Verhältnisse auf dem Lande kennt, weiß, daß man mit 100 Hektar auch noch kein Großgrundbesitzer ist — über 3 Millionen sogar unter 2 Hektar. Wenn ich das Interesse am Jochschutz an der bebauten Fläche messe, so umfaßt der sogenannte Großgrundbesitz mit mehr als 100 Hektar 7 800 000 Hektar, während auf den Kleinsitz 24 700 000 Hektar entfallen. Dabei ringt kaum eine Kategorie Farmer um ihre Existenz, als die Kleinbäuerliche. (Lebhafte Zustimmung.) Erträglich ist ihre Lage nur in der Nähe der großen Städte und wenn der Kleinbauer seine eigenen Kinder als Arbeitskräfte verwenden kann. Denn der Mangel an Arbeitskräften drückt auf den Kleinbäuerlichen Besitz noch stärker, als auf den großen. Deshalb ist es die erste Pflicht, bei den Handelsverträgen der Landwirtschaft, insbesondere den Kleinbauern, den Schutz anzudeuten zu lassen, der unbedingt notwendig ist, um sie am Leben zu erhalten. (Sehr gut! rechts.) Die Industrie wird sich ja in bezug auf den Absatz nach dem Auslande einige Beschränkungen auferlegen müssen, aber das ist sicher auf 12 Jahre hinaus wird kalkulieren können, ist auch von Wert für sie.

Neben diesen allgemeinen Gesichtspunkten einen speziellen. Es ist eine vollkommen irreführende Auffassung, als hätten wir irgend ein Interesse daran, daß in Amerika ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse obwalten. Die amerikanische Konkurrenzgefahr, die ich nie sehr hoch eingeschätzt habe, ist sehr zurückgetreten seit bei den günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Amerika die überwiegende Produktionsmenge dort im Inlande aufgefressen wird. Im Gegensatz zu diesen allgemeinen günstigen Voraussetzungen steht es, daß dieser Etat niedrigere Ziffern aufweist als der für 1904. Während jener mit 2,8 Milliarden balanzierte, balanciert der für 1905 mit 2 718 000 000 M. Der Mindereberschuß ist aber nur scheinbar, er ist lediglich eine Folge der kleinen Reichs-Finanzreform. Diese ist zweifellos zu begrüßen, da sie das Hin- und Herschieben großer Beträge vermeidet, das schon deshalb sehr belastend für die Einzelstaaten war, weil sie die Beiträge monatlich pränumerando zu zahlen hatten und sie monatlich postnumerando zurück-erhielten. Auch das ist erfreulich, daß der subsidiäre Charakter der Materialbeiträge wieder stärker betont wird. Aber die Finanzreform bleibt doch sehr klein, so lange die dauernde Gefahr für die Einzelstaaten besteht, mit unübersehbaren, unerschwinglichen Beiträgen vom Reich in Anspruch genommen zu werden. Wenn derartige Ansprüche schon für den schwer belasteten preussischen Staat untragbar sind, so werden sie um so unerträglicher, je kleiner die Bundesstaaten werden. (Sehr richtig!) Vom vorigen Jahre lasten auf uns noch 10 Millionen gestundeter Materialbeiträge. Bewilligt der Reichstag in diesem Jahre die Rückzahlung von 31 Millionen nicht, so entfällt sofort ein Betrag von 30 Millionen Mark auf den preussischen Staatshaushalt, und ich bitte, mir die Strk. anzugeben, wo

Ich instände wäre, einen so erheblichen Betrag flüssig zu machen. Dann ist Preußen genötigt, eine Anleihe zu machen und Ausgaben des Reiches zu erfüllen. Das zeigt, wie notwendig eine feste Abgrenzung der Pflichten des Reiches und der Bundesstaaten ist. Somit ist die Reichsfinanzreform keine reine finanzielle Frage, sondern eine politische Frage ersten Ranges. (Sehr richtig! recht!) Wo soll es hinführen, wenn die Einzelstaaten ihren besten Tropfen hergeben sollen für die Ausgaben des Reichs und sie ihre Kulturaufgaben dann nicht mehr erfüllen können! Der Etat für 1905 rechnet mit einer Mehreinnahme von 124 Millionen, einer Mehrausgabe von 104 Millionen im Ordinarium und 25 Millionen im Extra-Ordinarium. Von der Mehreinnahme entfallen 10 Millionen auf die direkten, 97 Millionen auf die Eisenbahnen. Schon diese Uebersicht zeigt, daß die Eisenbahneinnahmen und die direkten Steuern die Grundlagen des preussischen Etats sind. Daraus ergeben sich zwei Folgerungen nach der Ausgaben- und eine nach der Einnahmeseite. Unsere Einnahmen sind aufs engste mit dem wirtschaftlichen Leben verknüpft, deshalb unsicher und schwankend. Den guten wirtschaftlichen Jahren, die hinter uns liegen, werden mit Naturnotwendigkeit wieder unglückliche folgen. Ich kann daher nur dringend bitten, auf die augenblicklichen hohen Eisenbahneinnahmen nicht Ausgaben zu basieren, die den Etat dauernd belasten. Das gilt besonders auch für die Erhöhung der Beamtengehälter. Ich bemerke aber ausdrücklich, daß ich an der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die Unterbeamten festhalte, weil sie mir unbedingt notwendig erscheint. (Bravo!) Aber darüber hinaus möchte ich zur Vorsicht in der Befassung des Etats, auch wenn das Volksgeldgleich zur Vorlage kommt, und ich hoffe, daß das noch im Laufe dieses Jahres der Fall sein wird. Das ist die erste Konsequenz für die Ausgaben. Das Zweite ist dann, daß wir die direkten Steuern, insbesondere die Einkommensteuer pflegen müssen. Die Hauptsache bei der Reform der Einkommensteuer wird sein, das Verfahren bei den kleinen Einkommen wesentlich zu vereinfachen, eine Herabsetzung des § 18 in der Richtung anzustreben, daß die Abzüge für mehrere Kinder bis über die jetzige Grenze von 3000 Mark hinaus bis auf eine Grenze von etwa 6000 erhöht werden, und schließlich Realverpflichtungen, Kommunalsteuern usw. abziehbar zu machen. Das wird aber mit einem erheblichen Einnahme-Ausfall verbunden sein, und wir sind verpflichtet, diesen Ausfall durch Heranziehung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung und eine mäßige Erhöhung des Steuersatzes wieder einzubringen. Ein Entwurf, den ich auf dieser Grundlage ausgearbeitet habe, liegt jetzt den anderen Ressorts vor. Ich kann daher eine Erklärung, wann er herauskommen wird, natürlich nicht abgeben. Bei solcher Reform muß ja auch immer eingehend erwohnen werden, inwieweit durch sie Verschärfungen in bezug auf die Einnahmen der Städte entstehen. (Sehr richtig!) Wir sind auf die Eisenbahneinnahmen angewiesen und müssen bei der Herabsetzung der Tarife sehr vorsichtig sein. Für die Personentaxen kann ich ein Bedürfnis auf Ermäßigung nicht anerkennen.

Unter den Mehrausgaben ist zunächst die Schaffung etatsmäßiger Stellen für die Beamten zu erwähnen. Ferner sind Stellenzulagen für eine Reihe weiterer schwieriger und verantwortungsvoller Stellen geplant. Die ungedeckten Materialbedürfnisse haben wir wie im Vorjahre mit 15,4 Millionen eingestiftet. Der Fonds für die Förderung des Deutschthums in den Ostmarken soll um 750 000 M. erhöht werden. Wir müssen das Deutschthum dort unterstützen, damit es sich gegen die Angriffe von polnischer Seite wehren kann. Unter anderem ist die Einrichtung einer neuen Regierung in Allenstein in Aussicht genommen. Beim Ministerium für Handel und Gewerbe ist eine Mehrausgabe von 763 000 Mark vorgesehen, für ein neu zu errichtendes Landesgewerbeamt und 99 000 Mark ausgeworfen. Es sollen die verschiedenen Gebiete, die hier in Frage kommen, aus den Händen der Spezialisten genommen und in diesem Amt vereinigt werden. Diejenige Amt soll ein Vertrat von Sachverständigen gegeben werden, und wir hoffen, daß diese Maßnahme dazu führen wird, unsere ganze wirtschaftliche Lage und namentlich unser Handwerk zu fördern. (Beifall.) Die Verrechnung der Richter ist schon in den letzten Jahren eine sehr starke gewesen. Um aber den nicht unberechtigten Klagen der Landbevölkerung abzuhelfen, sind in den neuen Etat wieder 250 neue Richterstellen und 340 neue Stellen für Bureaubeamte sowie 92 Ranglistenstellen für die Justiz vorgesehen. (Beifall.)

An den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung sind Mehrforderungen für die Generalkommissionen eingestellt, ferner sollen die Fonds zur Förderung der leibnizianischen Bevölkerung im Osten vergrößert werden, es soll die innere Kolonisation gefördert werden, um der großen Abwanderung aus dem Osten entgegen zu wirken, wo infolge der Abwanderung der Ueberfluß der Geburtsziffer über die Verstorbenen beseitigt wird. (Beifall recht.) Ich glaube, daß der Etat den verschiedenen Anforderungen des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens Rechnung trägt; ich halte es aber für meine Pflicht, gegenüber der enormen Steigerung der Anforderungen der staatlichen Verwaltung vor einer weiteren Ausgabenvermehrung zu warnen. Die Bilanzierung des Etats ist nur möglich durch die günstige Finanzlage. Ich schließe mit der Bitte, den Etat zum verfassungsmäßigen Termin zu verabschieden, namentlich mit Rücksicht auf die sehr erheblichen Mittel für Neubauten, die im Extra-ordinarium vorgesehen werden. (Lebhafte Beifall.)

Es folgen Petitionen. Die Petition von Eisenbahn-Werführern in Bitten um Verbesserung der Verhältnisse der Eisenbahn-Werführer beantragt die Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen. Nach längerer Debatte wird ein Antrag Goldschmidt auf Ueberweisung der Petition zur Erwägung einstimmig angenommen. Die Petition um Beförderung der Eisenbahntelegraphisten zu Assistenten für den Telegraphendienst nur nach dem Dienstalter, beantragt die Kommission der Regierung als Material zu überweisen. Die Petition wird gemäß einem Antrage des Abg. Marx (C.) der Regierung zur Erwägung überwiesen. Eine Petition um Beförderung der Eisenbahnlademeister unter die mittleren Beamten und Erhöhung ihres Gehalts, über welche die Kommission Uebergang zur Tagesordnung beantragt, wird auf Antrag Ernst (fr. Bg.) ebenfalls der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Ebenso wird auf Antrag Bleß (B.) eine Petition um Verbesserung der Verhältnisse der Wagenmeister und Hilfswagenmeister der Regierung zur Erwägung überwiesen, für welche die Kommission Uebergang zur Tagesordnung beantragt hatte.

Bezüglich mehrerer Petitionen um Verbesserung der Verhältnisse der Haltstellen-Auffeher und Weichensteller des Stations- und Absperrungsdienstes beantragt die Kommission Ueberweisung zur Erwägung.

Abg. Reinhard (B.) beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung. Abg. Seyff (fr. Bg.) empfiehlt ebenfalls Ueberweisung zur Berücksichtigung, damit die Erwägungen der Regierung schneller vor sich gehen. Die Wünsche der Petenten um unklare Anstellung und Gehaltsaufbesserung seien mit Rücksicht auf ihre Tätigkeit durchaus berechtigt.

Ein Regierungsvertreter weist darauf hin, daß es sich hier vielfach um aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Leute handele, welche in diesen Stellen sich bedeutend besser stellen als vorher. Das Haus möge es bei dem Kommissionsbeschlusse belassen. Nachdem sich noch die Abgg. Graf Spee (B.), Frank (natl.) und Wolgast (Hohp.) der fr. Bg.) für den Antrag Reinhard ausgesprochen, werden die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Abg. Dr. Porst beantragt im Interesse der Förderung der Geschäfte die noch auf der Tagesordnung stehenden Petitionen, für welche keine schriftlichen Berichte vorliegen, zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommissionen zurückzuverweisen.

Nach kurzer Debatte, an der sich die Abgg. Graf Limburg-Sittum (natl.), Dr. Friedberg (natl.) und Ernst (fr. Bg.) beteiligen, wird der Antrag Porst angenommen.

Die Petition des Grundbesitzervereins Friedrichsberg-Vorhagen um Eingemeindung der Gemeinden Lichtenberg und Rummelsburg oder von Teilen derselben in Berlin wird debattelos durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend, 11 Uhr. (Erste Beratung des Etats.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Einem Widerspruch gegen die Tendenzen der Arbeiterklasse erhebt das „Volkswort für Anhalt“ in der Errichtung einer städtischen Leihhalle. In Dessau ist eine Leihhalle errichtet worden, in der auch der „Vorwärts“, die „Leipziger Volkszeitung“ und das „Volkswort für Anhalt“ ausliegen. Unser Dessauer Parteiorgan wird angesichts dieser eigentlich selbstverständlichen Maßnahme zu folgenden Betrachtungen angeregt:

Die ganze Einrichtung der Leihhalle steht überhaupt nicht mehr auf dem Boden des Klassenstaates, dessen bornierteste Vertreter das Wort geprägt haben: „Der dümmste Arbeiter ist uns der Liebste, ist der Beste.“ Hier gilt das Wort nicht mehr, hier heißt es: Lies und lerne, erkenne die Wahrheit in voller Freiheit! Sieh zu, wer sie Dir am besten zu sagen scheint, die Auswahl derer, die sie Dir vordrängen, liegt vor Dir, konservative, liberale und sozialdemokratische Zeitungen und ebenso Zeitschriften aller Richtungen bieten sich alle an, um Dir nach ihrer Art die Wahrheit zu sagen, lies sie alle und dann entscheide!

So haben wir auch in dieser Leihhalle den Beweis, daß die Tendenzen der Arbeiterklasse und des Klassenstaates sich nicht mehr überall rein durchsetzen können, sie werden schon vielfach durch die entgegengesetzten Strömungen, die nach Aufhebung der Klassen-gesellschaft streben, getrennt und aufgelöst. Und daß diese Strömungen da sind, ist ausschließlich dem Kampf der Arbeiterklasse zu verdanken.

Wir haben in der Tatsache, daß in den von sozialdemokratischen Arbeitern errichteten Leihhallen auch bürgerliche Zeitungen ausliegen, nie eine Wundierung des Klassenkampfes oder gar die Aufgabe des Klassenbewußtseins erblickt.

Die Bahnbewegung in Halle-Ashersleben hat ihren Höhepunkt erreicht. Montag sprach Debel in Quedlinburg, Ledebour in Staßfurt, Albrecht in Hesseleben; am Dienstag sprach Frohne in Ashersleben, Frau Fied in Warbu; am Mittwoch sprechen in Schönebeck, Lonhalla, Adolf Hoffmann, Schönebeck, Reichshalle, Reichhaus, Halle-Frohne, Alen Neus, Thale Albrecht.

Der Vorstand des „unpolitischen“ Kreis-Strikerverbandes betätigt sich durch Flugblätter im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Die königliche Vergewaltigungsinspektion in Staßfurt, die eine erhebliche Anzahl von Arbeiterwohnhäusern besitzt, hatte am Sonntag Wachposten aufgestellt, um in ihren Wohnhäusern die Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter und Stimmzettel zu verhindern.

Das Gefängnis bezogen hat Genosse Fette, Redakteur des halleischen „Volkswortes“. Vorläufig sind 4 1/2 Monate rechtskräftig. Bestätigt jedoch das Reichsgericht am 26. d. M. das Urteil des halleischen Landgerichts, durch welches Fette wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, dann muß er allerdings mit einem recht viel längeren Aufenthalt hinter vergitterten Fenstern rechnen. Der Wunsch, daß ihm die lange Haft förderlich und geistig nicht schädigen möge, ist deshalb völlig am Platze.

Einem Parteisekretär anzustellen haben die Parteigenossen von Köln-Stadt und Köln-Land beschlossen. Die beiden Reichstagswahlkreise haben sich zur systematischeren Vertreibung der Agitation zu einer gemeinsamen Parteiorganisation verschmolzen. Da die Parteiarbeit dadurch in außerordentlichem Maße angewachsen ist, wurde beschlossen, einen besoldeten Sekretär für die genannten beiden Kreise anzustellen. Das Amt wird im „Vorwärts“ und in der „Rheinischen Zeitung“ ausgeschrieben. Der Antritt soll am 1. März, wenn möglich früher, erfolgen.

Die Einigungsverhandlungen in der Holzindustrie

wurden am Dienstag fortgesetzt. Sie fanden diesmal im Bürger-saale des Rathauses statt. Infolge dessen konnten die Zuhörer in erheblicher größerer Zahl wie bisher den Verhandlungen beiwohnen. Der geräumige Saal war denn auch von Zuhörern aus beiden Parteien, überwiegend jedoch von Arbeitern, vollständig gefüllt.

Am 10 1/2 Uhr eröffnete Gewerbegerichts-Direktor v. Schulz die Sitzung. Zunächst wurde festgestellt, daß die Kommissionen der Vantischler und der Labeneinrichtungen-Brande die Tarifverhandlungen nunmehr beendet und ihre Tarife abgelehnt haben. Zu einer ausgedehnten Debatte kam es aus Anlaß der in 68 Betrieben gestellten Forderungen, die bekanntlich schon am Schluß der vorigen Sitzung zu einer längeren Debatte führten. In der Zwischenzeit sind die betreffenden 68 Firmen den Vertretern der Arbeitgeber bekannt gegeben, und der Vorstand der Freien Vereinigung der Holzindustriellen hat die Betriebsinhaber durch Zirkular aufgefordert, wegen der in Rede stehenden Forderungen nicht mit den Arbeitern zu verhandeln.

In der gegenwärtigen Sitzung führten die Vertreter der Arbeitgeber hierzu aus: Ein Teil der betreffenden Forderungen sei so unbedeutender Art, daß sie ohne weiteres bewilligt werden könnten. Ein anderer Teil betreffe Lohnforderungen, deren Berechtigung hier nicht geprüft werden könne. Ein dritter Teil der Forderungen sei überhaupt nicht diskutabel, denn er bezog sich auf Punkte, die durch den Vertrag generell geregelt werden sollen, unter anderem handele es sich um Verkürzung der Arbeitszeit und Entlassung von Arbeitswilligen. Derartige Forderungen könnten nicht bewilligt werden. — Von den Vertretern der Arbeiter wurde hervorgehoben, daß der Erlaß des Zirkulars die Verständigung in den betreffenden Betrieben gefördert habe. Viele Arbeitgeber hätten sich bereits mit ihren Arbeitern geeinigt, und wenn die übrigen nicht durch das Dazwischentreten der Freien Vereinigung am Verhandeln gehindert worden wären, dann würde jetzt wahrscheinlich die ganze Angelegenheit schon geregelt sein. Vorstandsvorsitzender Klotz bezeichnete die Angelegenheit mit dem Zirkular als eine solche, die ihm viele Klagen seiner Berliner Kollegen als berechtigt erscheinen lasse. Der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes lasse seinen Mitgliedern stets freie Hand, wenn sie sich ohne Mitwirkung der Organisation mit ihren Arbeitgebern einigen können. Der Verband werde niemals eine solche Einigung zu verhindern suchen. Das tue aber in diesem Falle die Organisation der Unternehmer. Sie verbiete ihren Mitgliedern, sich mit den Arbeitern zu einigen und dadurch habe sie neue Erregung in die Gemüter gebracht und Differenzen aufrechterhalten, die sonst längst erledigt wären.

Die Vertreter der Unternehmer verhielten sich auf dem Standpunkt, daß die Regelung der Differenzen, soweit es sich um prinzipielle Forderungen handele, nicht den einzelnen Arbeitgebern überlassen bleiben dürfe. In etwa der Hälfte der Betriebe ist bereits, wie Herr Klotz bemerkte, eine Verständigung erzielt worden. Abgelehnt seien die Forderungen nur da, wo es sich um Lohnhöhmungen, zum Teil von 10 bis 20 Proz., handelt. Auch bei Lennig u. Jagly, einem der acht Betriebe, die sich seit vor der Aussperrung im Streit befinden, seien — so behauptete Herr Klotz — neue Forderungen gestellt worden, die eine Einigung unmöglich machen. Alle diese Differenzpunkte müßten endlich in der einen oder anderen Weise geregelt werden, denn die Unternehmer müßten sich auf das in den nächsten Tagen einsetzende Frühjahrsgeschäft einrichten. Sie müßten wissen, mit welchen Verhältnissen sie zu rechnen haben. Viele Rohfabrikanten hätten sich allerdings so eingerichtet, daß sie Fabrikate aus der Provinz kaufen und damit Handel treiben. Wenn die Differenzen jetzt nicht beigelegt werden, werde die Produktion noch mehr aus Berlin verdrängt werden.

Die weitere Debatte über diese Angelegenheit nahm noch geräuschvoll im Anspruch. Bezüglich der Differenzen bei Lennig u. Jagly bemerkten die Vertreter der Arbeiter, daß dort keineswegs

neue Forderungen gestellt seien. Die Vertreter der Gegenseite seien hierüber im Irrtum. Was die Forderungen in den 68 Betrieben betrifft, so hielten die Vertreter der Arbeiter an dem Standpunkt fest, daß die Erledigung der Forderungen zwischen den beteiligten Arbeitern und Arbeitgebern seitens der Organisation der letzteren nichts in den Weg gelegt werden dürfe.

Schließlich einigten sich die Parteien dahin: Wo eine Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern erzielt werden kann, wird die Organisation der Arbeitgeber die Verständigung nicht hindern. Wo in den Betrieben eine Verständigung nicht möglich ist, da soll die Schlichtungskommission eintreten.

Nachdem solchergestalt dieser Streitpunkt erledigt war, nahm man die in der vorigen Sitzung abgebrochene Beratung des Vertragsentwurfs wieder auf. — Ueber das Verhältnis der Maschinenarbeiter zum Verträge einigte man sich dahin: Es soll ein besonderer Vertrag mit dem Verbands der Maschinenarbeiter abgeschlossen werden, an dem auf Seiten der Unternehmer auch die Präzisionsbesitzer beteiligt sind. Die hier vertretenen Unternehmer werden auf das Zustandekommen eines solchen Vertrages hinwirken. So lange ein solcher Vertrag noch nicht besteht, erkennen die Maschinenarbeiter den vorliegenden Vertrag an, soweit es sich um die Bestimmungen desselben über die Anrufung der Schlichtungskommission und des Einigungsamtes handelt. Der Arbeitsnachweis der Maschinenarbeiter bleibt bestehen. — Im gleichen Verhältnis wie die Maschinenarbeiter steht auch der Zentralverein der Bildhauer zu dem Verträge, auch für ihn gilt das gleiche Uebereinkommen.

Als vertragsschließende Organisationen stehen also auf der einen Seite: die Freie Vereinigung der Holzindustriellen, der Zentralverband der Bautischlermeister, der Verein der Fabrikanten für Labeneinrichtungen und Kontormöbel; auf der anderen Seite: der Deutsche Holzarbeiter-Verband, der Gewerksverein der Tischler, der Verband der Möbelpolierer, der Christliche Holzarbeiter-Verband.

Als Geltungsbereich des Vertrages soll das postallische Groß-Berlin gelten unter der Voraussetzung, daß die Ortsgruppen der beiderseitigen Organisationen, welche in einzelnen Orten bestehen, dem Verträge beitreten, was als selbstverständlich erwartet wird.

Nun folgte die Beratung des materiellen Inhalts des Entwurfs. Ein Teil der grundlegenden Bestimmungen wurde fast ohne Debatte angenommen. Die wesentlichen Punkte, denen die Vertreter beider Parteien zustimmten, sind folgende:

Zur Beilegung von Streitigkeiten, welche das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffen, wird eine Schlichtungskommission eingesetzt, die aus je sieben Arbeitnehmern und Arbeitgebern und ebenso vielen Stellvertretern besteht und einen unparteiischen Vorsitzenden hat. Beide Parteien wählen aus ihrer Mitte je einen Obmann. — In den Aufgaben der Kommission gehören: Regelung von Differenzen, welche das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffen; Herbeiführung eines Einverständnisses über die Art und Weise der Arbeitsvermittlung; Herstellung eines Einvernehmens bei Streitigkeiten von prinzipieller Bedeutung.

Nun folgten Anweisungen über die Behandlung der Streitfälle, welche von der Schlichtungskommission erledigt werden sollen. Ferner wird bestimmt: Bis zur definitiven Beschlußfassung der Schlichtungskommission darf von den Arbeitern die Arbeit nicht niedergelegt werden und seitens der Arbeitgeber nicht gesperrt werden. Während dieser Zeit muß unter der Voraussetzung gleicher Arbeitsleistung das bisherige Kostgeld weiter bezahlt werden und zwar auch in dem Falle, daß die Verhandlungen eine Einigung nicht herbeiführen. Maßregelungen und Entlassungen dürfen aus Anlaß solcher Differenzen nicht vorgenommen werden, ebenso sind Neu-Einstellungen von Gesellen zu unterlassen, sofern die in Arbeit stehenden nicht aufgehört haben. — Wenn die Schlichtungskommission die Forderungen der Antragsteller als berechtigt anerkennt, so treten höhere, den Arbeitern bewilligte Löhne von dem Tage an in Kraft, an dem die Verhandlungen der Bevollmächtigten beider Parteien begonnen haben. — Gelingt es der Schlichtungskommission nicht, die Parteien zu einigen, so ist das Einigungsamt anzurufen, dessen Spruch sich beide Parteien zu unterwerfen haben.

Nun folgte die Bestimmung, daß zum 1. Juli ein paritätischer Arbeitsnachweis zu errichten ist. — Zu diesem Punkt wurde noch vereinbart, daß dieser Arbeitsnachweis die Vermittlung für gesperrte, also sich außerhalb des Vertrages stellende Betriebe zu unterlassen hat, und daß die Sperrung, welche die Arbeiter über den Nachweis der Innung verhängt haben, aufgehoben wird.

Als Differenzen von prinzipieller Bedeutung, welche die Schlichtungskommission zu regeln hat, sollen gelten: Veränderung der Arbeitszeit; Einführung von Tarifverträgen; Regelung der Kostgeldfrage und des Lohnverhältnisses; Aufstellung von Werkstattordnungen und Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen. — Bezüglich der hier angeführten Fragen setzt der Vertrag folgende Bestimmungen fest:

1. Die Arbeitszeit beträgt 52 Wochenstunden.
2. In allen Betrieben der vertragschließenden Arbeitgeber bleiben, unbeschadet freier Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und seinen Arbeitern, diejenigen Akkord- und Zeitlöhne und sonstigen Arbeitsbedingungen, einschließlich der Arbeitszeit, in Gültigkeit, welche am 1. Oktober 1904 maßgebend waren.
3. Das Kostgeld beträgt mindestens 24 M. pro Woche, bei einem durchschnittlichen Akkordverdienst von 30 M. beträgt es 27 M., bei 35 M. aber 30 M. pro Woche.
4. Bezüglich der Lohnsicherung gelten folgende Bestimmungen: Die Akkordpreise von neuen Arbeiten werden im Verhältnis zu den bereits bestehenden Akkorden festgesetzt, falls sich die neuen Arbeiten mit den bereits ausgeführten Arbeiten vergleichen lassen. — Wenn sich neue Arbeiten nicht mit bereits verakbordierten vergleichen lassen und wenn über den Akkordpreis eine Einigung unter Hinzuziehung des Fabrikantenausschusses, wo ein solcher besteht, oder der Vertrauensleute oder sonst geeigneter Arbeiter der betreffenden Werkstatt nicht zu erzielen ist, so können diese Arbeiten in Lohn ausgeführt werden oder die Festsetzung des Akkordpreises muß durch die Schlichtungskommission erfolgen.

Bis zur Entscheidung der Schlichtungskommission muß im Zeitlohn gearbeitet werden.

Wenn der Arbeiter bei Ausführung der neuen Arbeit im Akkord auf Grund der Festsetzung der Obmänner der Schlichtungskommission einen Minderverdienst gegen seinen bisherigen Durchschnittsverdienst der letzten sechs Monate erzielt hat, so steht ihm das Recht zu, eine Nachprüfung des Akkords durch die Schlichtungskommission zu verlangen und muß ihm bei nachträglicher Gewährung eines höheren Akkordpreises die Differenz nachgezahlt werden. — Ebenso steht dem Arbeitgeber das Recht zu, für spätere Akkorde derselben neuen Arbeit eine Nachprüfung des Akkordpreises durch die Schlichtungskommission zu verlangen.

Für die einfachen Arbeiten (Stapelartikel) soll die Schlichtungskommission Tarife aufstellen.

Hierauf folgen einige allgemeine Bestimmungen. Der erste Passus derselben lautet:

Wenn in einem Betriebe günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter bestanden haben, wie in diesem Vertrage festgelegt sind, so bleiben diese auch während der Vertragsdauer in Geltung. Soweit war die Beratung des Vertrages ohne erhebliche Meinungsverschiedenheiten und ohne große Debatten gediehen. Bei dem folgenden Punkte, der von der Wiedereinstellung der Streikenden und Ausgesperrten handelt, traten jedoch so scharfe Gegensätze zutage, daß das Zustandekommen des Vertrages ernstlich in Frage gestellt war. Klode stellte die Forderung, daß die Arbeitswilligen entlassen werden. Er begründete diese Forderung damit, daß es sich hier in der Hauptsache um eine Aussperrung handele. Die Unternehmer, welche ausgesperrt haben, sollten nach ihren eigenen Beschlüssen

Stelle der Ausgesperrten keine neuen Leute einstellen. In verschiedenen Betrieben sei das aber doch geschehen. Die Meister müßten doch ein Interesse daran haben, daß die Leute, die entgegen den Beschläffen eingestellt wurden, wieder entlassen werden. Uebrigens könne man wirklich nicht verlangen, daß die Arbeiter, welche nicht streifen, sondern ohne ihre Schuld ausgesperrt sind, nun noch zu Gunsten der Arbeitswilligen auf ihre Plätze verzichten sollen. Die Forderung: Entlassung der Arbeitswilligen, sei hier viel mehr am Platze wie bei einem Streik.

Bei den Vertretern der Unternehmer fand diese Forderung sowie ihre Begründung passiven aber hartnäckigen Widerstand. Obermeister Kahardt erklärte kurz und bündig: Die Entlassung der Arbeitswilligen ist für uns nicht diskutabel. Ueber diese Frage reden wir nicht, wir werden uns auch an keiner Diskussion darüber beteiligen. — Nachdem begründete Klöße die Forderung, auch Kloth trat mit beredten Worten für dieselbe ein. Er wies namentlich darauf hin, daß das Zusammenarbeiten mit Arbeitswilligen zu unangenehmen Folgen führen könne. Bekanntlich genießen die Arbeitswilligen den weitgehendsten Schutz der Unternehmer und unter diesem Schutze glauben sie sich alle möglichen Ausschreitungen gegen die Kollegen erlauben zu dürfen, welche nicht arbeitswillig waren. Dem Redner sei ein Fall bekannt, wo Arbeitswillige die mit ihnen zusammen Beschäftigten mit dem Revolver bedroht haben. Durch solches Auftreten würden natürlich die anderen Arbeiter gereizt und ohne deren Schuld entständen unangenehme Auftritte. Schon aus dem Grunde müßte für eine Scheidung der Arbeitswilligen von den anderen Arbeitern gesorgt werden. — Hierauf erklärte Obermeister Kahardt: Es wäre unbegründet und schandhaft, wenn wir uns auf die Förderung der Frage, ob wir die Arbeitswilligen entlassen wollen, überhaupt einließen. Es ist eine Herabwürdigung des Arbeitgeberstandpunktes und eine Beleidigung für uns, wenn man uns zumutet, über diese Frage auch nur zu diskutieren. Eine solche Diskussion würde uns in den Augen aller Arbeitgeber unwürdig erscheinen lassen. — Diese Worte des Obermeisters wurden von den zuhörenden Arbeitern mit Oho-Rufen und lebhaftem Rurzen aufgenommen. — Die Weiter der Verhandlungen gaben ihrer Auffassung über diesen Zwischenfall dahin Ausdruck, daß, wenn die Parteien sich hierüber nicht verständigen könnten, das weitere Verhandeln zwecklos sei. Das Einigungsamt stehe allerdings auf dem Standpunkt, den es stets eingenommen habe: Man könne den Arbeitgebern nicht zumuten, daß sie die Arbeiter, welche ihnen im Kampfe zur Seite standen, nach dem Kampfe entlassen sollen.

Hierauf wurde eine Pause gemacht, um den Vertretern der Arbeiter Gelegenheit zu einer Aussprache unter sich zu geben. — Nachdem die Sitzung wieder eröffnet war, erklärte Kloth im Namen seiner Kollegen: Die Vertreter der Arbeiter können und wollen für ein Scheitern des Vertrages wegen der Arbeitswilligenfrage die Verantwortung nicht übernehmen; sie ziehen deshalb die Forderung auf Entlassung der Arbeitswilligen zurück, andererseits weisen sie aber auch jede Verantwortung ab für die Konsequenzen, welche aus dem Zusammenarbeiten von Arbeitswilligen mit anderen Arbeitern entstehen können.

Hierauf wurde der betreffende Passus des Vertrages in folgender Fassung angenommen:

Die Arbeiter nehmen, so weit sie nicht schon vor Vertragschluß anderwärts in Arbeit getreten sind, die Arbeit in denjenigen Betrieben wieder auf, in welchen sie vor Ausbruch der Differenzen gearbeitet haben. Die Arbeitgeber verpflichten sich, die Arbeiter, ohne Auswahl der Person, nach Möglichkeit wieder einzustellen und so lange auf fremde Arbeitskräfte zu verzichten, bis ihre vor Ausbruch der Differenz beschäftigten Arbeiter untergebracht sind.

Rum folgte die Beratung der Uebergangsbestimmungen: Diese betreffen die Regelung der seit vor dem Beginn der Aussperrung in acht Betrieben bestehenden Differenzen, die Tarife der Vantischler und der Ladeneinrichtungsbranche, über welche bereits eine Verständigung erzielt ist, und ferner wird bestimmt, daß sämtliche Sperren von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern aufgehoben werden.

Hierauf wurde der letzte Passus der Allgemeinen Bestimmungen nach kurzer Debatte in folgender Fassung angenommen:

Die Dauer des Vertrages wird auf zwei Jahre festgesetzt; der Vertrag tritt in Kraft mit dem Tage der Unterzeichnung desselben seitens der Vertragsschließenden. Der Vertrag gilt als auf ein Jahr verlängert, wenn derselbe nicht ein Vierteljahr vor Ablauf desselben gekündigt wird. Während der Vertragsdauer dürfen Sperren und Streiks von keiner Partei verhängt werden, ebenso dürfen Maßregelungen wegen Eintretens für die Organisation nicht vorgenommen werden.

Nach dem Schluß der Verhandlungen kam es noch einmal zu lebhaften Auseinandersetzungen. Es handelte sich darum, wann die Arbeit aufgenommen werden solle. Obermeister Kahardt wollte, daß die Arbeit nach Abschluß des Vertrages in allen Betrieben aufgenommen werde. Die Arbeitervertreter forderten dagegen, erst müssen die Differenzen, welche in einzelnen der acht Betriebe noch bestehen, geregelt sein, ehe man von einer Aufnahme der Arbeit keine Rede sein. Bei dieser Gelegenheit machten auch die Maschinenarbeiter einen Betrieb (Wehring) namhaft, wo sie vor der Aussperrung Forderungen gestellt hatten, die sie vor Aufnahme der Arbeit geregelt zu sehen wünschten. — Wieder erklärte Herr Kahardt kurz und bestimmt: Darauf lassen wir uns nicht ein. Nur die Differenzen bei den im Vertrage genannten acht Firmen können und hier beschäftigen. — Kloth bemerkte darauf: Es gefällt uns nicht, daß Herr Kahardt bei jeder Gelegenheit sagt, darauf lassen wir uns nicht ein. Wozu sind wir denn hier, wenn jede unserer Forderungen beantwortet wird. Herr Kahardt sagte vorher zu meinem Kollegen Erner, es wäre besser, wenn dieser sich nicht an den Verhandlungen beteiligen würde. Ich kenne viele Leute, welche sagen: Wir wären schon längst mit den Verhandlungen fertig, wenn Herr Kahardt nicht dabei gewesen wäre. — Die anwesenden Arbeiter machten diese Bemerkung mit einem lebhaften „Sehr richtig!“ — Schließlich sagte Tischlermeister Kimmel den Maschinenarbeitern die Erfüllung ihrer Forderung zu. Ferner einigte man sich dahin, daß die Arbeit erst dann aufgenommen werde, nachdem die schwebenden Differenzen in den streifenden Betrieben geregelt sind. — Die noch nicht erledigten Angelegenheiten wurden nunmehr ohne weitere Schwierigkeiten erledigt. Die Jurisdiktion der noch schwebenden Klagen wegen Vertragsbruch wollen die Vertreter der Unternehmer zu veranlassen sich bemühen. — Auf eine Anfrage von Kloth erklärte Obermeister Kahardt: Jedes Mitglied einer der vertragsschließenden Unternehmer-Organisationen ist verpflichtet, sich dem Vertrage zu unterwerfen, auch wenn das betreffende Mitglied der Zeitung (die nicht am Vertrage beteiligt ist) angehört.

Damit waren die Verhandlungen beendet. Obermeister Kahardt dankte den unparteiischen Leitern für ihre Bemühungen um den Abschluß des Vertrages. Die Herren Verward und v. Schulz sprachen die Hoffnung aus, daß der Vertrag von den Versammlungen der Parteien angenommen werde und daß er der Berliner Holzindustrie Frieden und Einigkeit bringen möge.

Der Wortlaut des Vertrages wird heute (Mittwoch) durch eine aus Vertretern beider Parteien bestehende Redaktionskommission festgestellt und dann von den Vertretern, vorbehaltlich der Zustimmung der Versammlungen, unterzeichnet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Aussperrung in der Weltmetall-Industrie.

Die Metallwaren-Fabrikanten suchen gegenwärtig den Anschein zu erwecken, als wollten sie jetzt offiziell die Aussperrung in ein neues Stadium lenken. Zu diesem Zweck veröffentlichen sie in der „Koenigspost“ und der Berliner „Volls-Zeitung“ folgendes Inserat:

Laut Beschluß der Generalversammlung der Vereinigung der Berliner Metallwaren-Fabrikanten vom 7. d. d. dürfen von jetzt ab die Mitglieder mehr als 30 Prozent der vor dem Streik beschäftigten Arbeitnehmer, aber nur nichtorganisierte, einstellen. Gleichzeitige ist eine Arbeitslosen-Unterstützung für nichtorganisierte Arbeiter, zu der diese keine Beiträge zu zahlen haben, eingeführt. — Die Statuten der letzteren gelangen in allen Vereinsversammlungen zum Ausdruck. Nichtorganisierte Metallarbeiter werden deshalb ersucht, sich bei unserer Arbeitsnachweise S., Dresdenerstraße 111, zu melden.

Vereinigung der Berliner Metallwaren-Fabrikanten. Vorstehende Bekanntmachung der Rühnemann-Entschäft für den Kundigen absolut nichts neues. Sie ist auch gänzlich bedeutungslos und gibt lediglich die offizielle Bestätigung dafür, daß den Herren ihre bisherige Annoncieren nach Arbeitswilligen nicht viel genügt hat. Der jegliche Trick bezweckt, die Öffentlichkeit über die tatsächliche Skandalität der Fabrikanten zu täuschen und gleichzeitig den Streikbrecherfang ergiebiger zu gestalten. In Wirklichkeit haben die Fabrikanten nämlich den offiziellen Beschluß, mehr wie 30 Proz. neuer Arbeiter einzustellen, gar nicht erst abgewartet, sondern sie stellten seit Wochen ein, was sie an Arbeitswilligen nur irgendwie aufzutreiben vermochten. Freilich kam es dabei vor, daß nur einige wenige der „wahrenden“ Firmen mehr wie 30 Proz. der früher beschäftigten Arbeiterzahl aufgaben konnten; die meisten Firmen mühten sich mit einem weit geringeren Prozentsatz begnügen, weil eben nicht mehr Arbeitswillige vorhanden waren. Um nun der aus der Ungleichheit in der Verteilung von Arbeitskräften resultierenden Opposition eines Teiles der Fabrikanten Herr zu werden, sah sich die Vereinigung der Arbeitgeber wohl oder übel genötigt, auch offiziell den Beschluß zu fassen, daß jeder Fabrikant wieder mehr wie 30 Proz. der früheren Arbeiterzahl einstellen könne. Was die Redensart von der Beschäftigung nur nichtorganisierten Arbeiter anbelangt, so ist es ja längst kein Geheimnis mehr, daß die Fabrikanten herzlich gerne auch organisierte Arbeiter einstellen würden, wenn diese nur kämen. Notabene: Die Herren sind Rühnemann und bleiben Rühnemann. Das heißt, der Gedanke der „gottgewollten“ Ungleichheit der Menschen ist ihnen derartig in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie auch hier wieder das Recht, selbst einer Vereinigung anzugehören, ohne weiteres für sich in Anspruch nehmen, dagegen von den Arbeitern — wenigstens pro forma — das Nichtorganisiertsein verlangen. Ob nun die Herren aber vollends mit dem faulen Räder der „Arbeitslosen-Unterstützung für nichtorganisierte Arbeiter“ noch einen Hund hinter dem Ofen herdoorlocken werden, darüber dürfen sie wohl selbst am allerwenigsten im Unklaren sein. Kurz und gut: Mit der Bekanntgabe jenes schon ziemlich veralteten, der gegenwärtigen Notwendigkeit entsprungenen Generalversammlungs-Beschlusses dokumentieren die Fabrikanten endlich öffentlich, daß sie recht arg in der Klemme sitzen, wenn dies auch nicht gerade ihre Absicht gewesen ist.

Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Zimmerer-Verbande beschäftigt am Sonntag und Montag drei Mitglieder-Versammlungen der im Zentralverbande organisierten Zimmerer von Berlin und Umgegend, und zwar wurden die Versammlungen im Charlottenburger Volkshaus, im Berliner Gewerkschaftshaus und für den Stadtteil Norden im Steingewerkschaftshaus abgehalten. Während die beiden Berliner Versammlungen sehr gut besucht waren, ließ der Besuch in Charlottenburg zu wünschen übrig. Die Referate wurden von dem Gauleiter A. Knäpper und dem Arbeitersekretär Link gehalten. Was die Sache selbst anbelangt, so ist die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung im Zimmerer-Verbande bisher noch eine schwebende. Obwohl bereits aus dem Verbandsrat des Jahres 1907 die ersten Anregungen zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung gegeben wurden, so konnte zur Einführung selbst bislang noch nicht geschritten werden, weil die Mehrheit der Mitglieder ihr nicht zuneigte. Es war allgemein die Ansicht vertreten, als würde die Organisation infolge der regelmäßig wiederkehrenden großen Arbeitslosigkeit im Zimmerer-Gewerbe während der Wintermonate an eine praktische Durchführung dieses Unterstühtungs-zweiges überhaupt nicht denken können, wenn anders die Beiträge nicht ganz wesentlich erhöht würden. Dies war auch wohl der Grund, weshalb die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung in der Urabstimmung des Jahres 1904 mit Zweidrittel-Majorität abgelehnt worden ist. Da sich aber jede Generalversammlung des Verbandes aufs neue mit der Frage zu beschäftigen hatte, so ist vom Hauptvorstande eine Statistik aufgenommen worden, deren Ergebnis war, daß sich die Arbeitslosen-Unterstützung trotz der großen Arbeitslosigkeit im Winter mit einer Beitragserhöhung von 15 resp. 20 Pf. pro Woche sehr wohl durchführen lasse. Da überdies die Generalversammlung des Jahres 1908 beschlossen hatte, über die ganze Materie noch weitere Klärung unter den Mitgliedern zu schaffen, sodas die Angelegenheit zum bevorstehenden Verbandsrat spruchreif sei, so hat der Hauptvorstand vor einigen Monaten eine neue Vorlage ausgearbeitet, die im Verbandsrat vorberichtet worden ist und von den Mitgliedern sämtlicher Hohlstellen Deutschlands gegenwärtig eifrig diskutiert wird. Einer solchen Diskussion dienen auch die Versammlungen in Berlin-Charlottenburg. Die Beteiligung an der Debatte war überall eine äußerst rege, so daß die beiden Berliner Versammlungen erst nach 12 resp. 1 Uhr nachts ihr Ende erreichten. Die Stimmung der Mitglieder neigte aber auch jetzt noch größtenteils zu ungunsten der Arbeitslosen-Unterstützung. In Berlin-Nord und Charlottenburg sprachen sich die meisten Redner gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung aus, während die Versammlung im Gewerkschaftshaus in ihrer Mehrheit der Einführung zugeneigt schien. Abstimmungen wurden in beiden nicht vorgenommen. Die Befürworter der Arbeitslosen-Unterstützung waren allgemein der Ansicht, daß diese Frage nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden würde, selbst wenn der kommende Verbandsrat auf diesmal wieder die Einführung ablehnen sollte. Von den Gegnern der Vorlage wurde hauptsächlich geltend gemacht, die Organisation würde durch die Forderung des Unterstühtungs-zweiges ihren alten bewährten Kampfcharakter verlieren, auch seien die Mitglieder außerstande resp. nicht gewillt, die erforderliche Beitragserhöhung zu leisten. Mitgeteilt wurde noch, daß sich in großer Anzahl von Hohlstellen die Mehrheit der Mitglieder bereits für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung erklärt haben.

Achtung! Farmer! In den Riesen-Werken werden Kollegen entlassen, angeblich weil sie zu viel Lohn erhalten. Durch Inserate in auswärtigen Zeitungen sucht das Werk billigeren Ersatz. Wir ersuchen, größtmögliche Vorsicht abzuwalten zu lassen und unter keinen Umständen dort Arbeit zu nehmen, ohne vorher bei uns angefragt zu haben. — Arbeiterfreundliche Blätter ersuchen wir um Rückdruck. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Bauanschläger! Die Privat-Arbeitsnachweise der Anschlagler sind vom 1. Januar ab ausgeschlossen und erfolgt die Arbeitsvermittlung nur noch durch den Verband nachweis Engelauer 15, um 9 Uhr vormittags.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes.

Achtung! Verbandsbuch geschlossen! Das Mitgliedsbuch Nr. 2414 des Väter-Verbandes, auf den Namen Paul Hochheim lautend, ist von einem Schalfstelennepper gestohlen worden. Da wir annehmen, daß dasselbe zur Brandstiftung der organisierten Arbeiterschaft benutzt werden soll, so bitten wir, falls das Buch vorgelegt wird, den Inhaber festzustellen und das Buch an unser Bureau, Gipsstraße 2, einzuliefern.

Die Ortsverwaltung Berlin des Väter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Bei einem Streit in Kovelar erklärte ein christlicher Arbeiter einem christlichen Arbeitswilligen, daß er ihm „die Knochen entzweischlagen“ würde, wenn er weiter arbeite. Die Strafkammer in Kovelar verurteilt den Streifenden wegen dieser doch wohl kaum ernst gemeinten „Drohung“ zu 20 R. Geldstrafe.

Kustland.

Ende des Niederländischen Glasarbeiterstreiks. Die Arbeiter haben mit einer Mehrheit von nur ein paar Duzend Stimmen beschlossen, die Anträge der Vermittlungskommission anzunehmen. Diese enthielten auch, daß die Arbeit am 5. Januar wieder aufgenommen werden sollte. Jetzt haben viele Unternehmer aber diese Aufnahme auf den 15. verschoben, weil sie Kontrakte geschlossen hatten mit deutschen Fabriken, wodurch sie vorläufig wenig Arbeit haben. Es scheint, daß die Unternehmer, welche nur wenig Lust hatten, die Anträge der Vermittlungskommission anzunehmen, durch diese Seitenwünge sich doch ihre Rache nicht entgehen lassen und eine Anzahl Opfer schaffen werden.

Der Reunstantentag der Niederländischen Diamantarbeiter. Vergangene Woche ward in Amsterdam zum ersten Male die Arbeitswoche um 9 Stunden verkürzt. Das ist der Gewinn der großen Aussperrung von 1904, welche 18 Wochen dauerte und damit endete, daß der Reunstantentag am 1. Januar 1905 eingeführt werden sollte. Die Arbeiter hatten die Fabriken mit Blumen usw. geschmückt. Dafür ist allerdings Grund genug, da die Lage der Diamantindustrie seit langen Jahren nicht so günstig war wie jetzt. Der Durchschnittslohn des Amsterdamer Diamantarbeiters ist augenblicklich ungefähr 60 R. pro Woche. Der Diamantarbeiterbund hatte vorige Woche zum ersten Male eine Einnahme von mehr als 10 000 Gulden, das ist fast 17 000 R.

Versammlungen.

Der Rabatt-Sparverein Südbot ist jetzt auf dem Wege sich zu einer reinen Konsumorganisation zu entwickeln. In der am Montag in der „Neuen Welt“ abgehaltenen außerordentlichen Mitglieder-Versammlung wurde eine dementsprechende Resolution angenommen. Die Versammlung war nicht so zahlreich besucht wie die vorige, doch waren in dem Riesensaal fast alle Stühle besetzt, und besonders stark vertreten waren wiederum die Frauen. Die Erregung über den Abzug der 40 Prozent des Sparguthabens kam zwar nochmals in scharfen Aeußerungen gegen die Vereinsleitung und in verschiedenen Zwischenrufen zum Ausdruck, aber vor allem befahnte man sich mit der Frage, wie eine Sejung der Verhältnisse herbeigeführt werden kann, und immer von neuem wurde darauf hingewiesen, daß dies Ziel nur dann zu erreichen sei, wenn die Mitglieder in den Geschäften des Vereins, das heißt: in ihren eigenen Geschäften ihre Einkäufe machen. Beruhigend wirkten auch die Mitteilungen des Geschäftsführers Breslau über die gegenwärtige Lage des Vereins, obgleich er erklärte, daß es nicht möglich war, das Versprechen, den Mitgliedern 60 Prozent ihres Guthabens bar auszuzahlen, vollständig einzulösen, und Gutscheine von 1 und 2 R. zu kaufen in den Geschäften des Vereins mit in Zahlung gegeben werden müßten. Das Geld zur vollen Verzählung der 60 Proz. war zwar vorhanden, jedoch kam es durch die teils der Wahrheit widersprechenden Mitteilungen der Presse und dadurch, daß die Lieferanten der Geschäfte des Vereins eine größere Summe garantiert verlangten, dazu, daß die für jenen Zweck reservierte Summe nicht ganz an die Mitglieder ausgezahlt werden konnte. Die Ausgabe dieser Gutscheine habe aber, so bemerzte der Redner weiter, dann die gute Wirkung gehabt, daß auch solche Mitglieder, die die Geschäfte des Vereins kaum gekannt hatten, genötigt wurden, sie kennen zu lernen. Zur finanziellen Lage des Vereins bemerzte der Redner, daß nach dem Abschluß vom 31. Dezember 1904, der allerdings noch nicht fertig vorliegt, neben einem Betriebskapital von 20 000 R. in Vermögen von ebenfalls circa 20 000 R. vorhanden sei. Die Summe sei zwar nicht hinreichend, um die Geschäfte des Vereins zu führen, doch sei die Existenz der Geschäfte vollständig gesichert, wenn auch nur die in der Versammlung anwesenden Mitglieder sich entschließen wollten, ihre Einkäufe in diesen ihren eigenen Geschäften zu machen. — Der Verein hat gegenwärtig 13 Kolonialwarengeschäfte, 4 Vätereien, 18 Vätererestaurants und 1 Milchgeschäft. — Der Redner machte außerdem noch einige andere geschäftliche Mitteilungen. — Die bereits erwähnte Resolution, die mit starker Mehrheit angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die von circa 2500 Personen besuchte Versammlung des Rabatt-Sparvereins Südbot erkennt an, daß durch das bisherige Schicksal der Rabatt-Sparvereine die Interessen der Konsumenten nicht gewahrt werden konnten. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß nur durch eine reine Konsumorganisation Besserung zu erwarten ist. Um eine derartige Organisation ins Leben zu rufen, verpflichten sich die Anwesenden, in Zukunft nur in den eigenen Geschäften ihre Einkäufe zu machen. Zur Ausarbeitung eines Statuts wählt die Versammlung eine Kommission. Diese hat in einer demnächst einzuberufenden Generalversammlung eine dahingehende Vorlage zu machen.

Außerdem wurde noch folgende Resolution angenommen: Weil wir beschlossen haben, als Mitglieder und Eigentümer nicht nur für den Fortbestand, sondern auch für größeren Umsatz in den eigenen Geschäften zu sorgen, erwarten wir von der Geschäftsleitung, daß sie Einrichtungen schafft, die uns das Kaufen zur Freude machen. Besonders erwarten wir, daß man sich den Konkurrenzverhältnissen anschleicht und auch die Geschäftszeit, das heißt das Offenhalten der Läden der Konkurrenz anpaßt.

Schließlich wurde die erwähnte Kommission gewählt. Sie besteht aus 9 Personen.

Johannistal. Am 7. d. M. hielt der hiesige Wahlverein keine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand u. a. Vortrag des Genossen Böcke über das Parteiprogramm. Dieser Vortrag, welcher 6—8 Versammlungsgäste in Anspruch nahm, zeugte eine anregende Diskussion. Damit sich nun diese Vorträge nicht über eine zu lange Zeitdauer erstrecken, wurde beschlossen, die nächsten als Versammlungsgäste auszugestalten, so daß nunmehr alle 14 Tage eine Versammlung stattfinden wird. — Dem Vorstandsbericht, den Dühring gab, war zu entnehmen, daß im verfloffenen Quartal 3 Vorstandssitzungen und 8 Mitglieder-Versammlungen stattgefunden haben und die Mitgliederzahl von 69 auf 71 gestiegen ist. Der Kassenericht wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt und ersucht, daß die Genossen, welche noch Listen vom Parteitag in Händen haben, bis zur nächsten Versammlung abdrücken. Ein erfreuliches Resultat war in der Benutzung der Bibliothek zu verzeichnen, welche 3mal in Anspruch genommen wurde. — Sodann gab der Vorsitzende Dühring bekannt, daß am Freitag, den 13. d. M., die Erziehung zur Gemeinde-Vertretung für den von hier bezogenen Genossen Mertins stattfinden wird, und da noch nach den alten Wählerlisten gewählt wird, so machte der Vorsitzende es den Genossen zur doppelten Pflicht, für unseren Kandidaten Sedderoth eine rege Agitation zu entfalten. — Hierauf wurde noch die Wahl einer Vergnügungskommission für das am 23. April stattfindende Osterfestvornommen.

Witterungsüberblick vom 10. Januar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometer-höhe	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	
Emmende.	754	W	6	Wolke	2	Daparanda	732	ND	4	bedekt
Qamburg	761	W	5	bedekt	1	Petersburg	727	W	3	Schnee
Berlin	759	W	4	Wolke	2	Schw	779	W	4	Wolke
Frankf.a.M.	769	W	4	Wolke	2	Aberdeen	767	W	3	Wolke
Köln	771	W	6	Schnee	1	Paris	776	W	2	Wolke
Wien	762	W	4	bedekt	5					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 11. Januar 1905.

Wolke, heil, schwacher nordwestlicher Wind, mäßiger Frost und wenig veränderliche Temperatur; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Berlin. Heute 8 Uhr ist bei Hellwig, Schönerlinderstraße 5, Disputationsabend.

Treptow-Baumschulweg. Zu der am Donnerstag stattfindenden Volksversammlung in Adernanns Festhause findet Mittwoch, abends 8 Uhr, eine Handzettelverbreitung statt.

Potsdam. Der Wahlverein hält Donnerstag abend 8 1/2 Uhr bei Sabentzin seine Versammlung ab.

Lokales.

Berlin im preussischen Etat.

Für die Hauptstadt des deutschen Reiches hat der preussische Etat nicht allzuviel übrig. Am günstigsten ist Berlin noch im Etat der Justizverwaltung dazugelassen. Hier sind u. a. vorgesehen 2 901 900 M. als vierte und Ergänzungsbate zum Erweiterungsbau für das Strafgerichtsbauwerk und das Untersuchungsgefängnis in Moabit, 379 000 M. als vierte und letzte Rate zum Neubau eines Geschäftsgebäudes für das Landgericht III, 282 400 M. als vierte und letzte Rate zum Neubau eines Geschäftsgebäudes für das Amtsgericht Schöneberg, 288 100 M. als vierte und letzte Rate zum Neubau eines Geschäftsgebäudes für das Amtsgericht Wedding, 86 000 M. zu baulichen Erneuerungen bei dem Strafgefängnis in Plötzensee, 50 000 M. zur Beschaffung der Einrichtungsgegenstände für das neue Amtsgericht und Gefängnis in Lichterberg, für denselben Zweck 47 000 M. für Panitzsch und 49 400 M. für Neu-Weißensee, sowie 51 800 M. für Beschaffung weiterer Dienstwohnungen für Beamte bei dem Strafgefängnis in Tegel. Der Etat des Ministeriums des Innern fordert 18 1/2 Millionen für die Polizeiverwaltung in Berlin, Charlottenburg, Kitzdorf und Schöneberg. Weiter sind eingestellt 461 000 Mark als zweite Rate zum Neubau eines Dienstgebäudes für das Oberverwaltungsgericht, 141 400 Mark zum Umbau des Polizei-Dienstgebäudes in Berlin, 542 500 Mark zum Anlauf eines Bauplages für ein Polizei-Dienstgebäude in Charlottenburg (es ist ein etwa 4000 Quadratmeter großer Teil eines im Besitz der Terrain-Aktiengesellschaft Park Wyleben befindlichen Grundstücks an der Ecke der Bismarckstraße, des Sophie-Charlotten-Platzes und des Hofweges in Aussicht genommen). Im Etat des Finanzministeriums findet sich ein Posten von 1 302 055 M. zu baulichen Verbesserungen im Schaulpianthaus. Es sollen auf Anordnung der Polizeibehörde aus gesundheitlichen, bau- und feuerpolizeilichen Gründen erhebliche Mängel beseitigt werden, insbesondere im Bühnenhaus die völlig gesundheitswidrigen Verhältnisse der Garderoben und die Unzulänglichkeit der Abzugswegen für Schaulpianter und Theaterpersonal, denen in Gefahrenfällen nur ganz unzureichende und feuergefährliche Treppen zur Verfügung stehen, ferner im Zuschauerraum die eine rechtzeitige Entlüftung ausserordentlich enge der Korridore und die überaus gefährliche Einrichtung der Zugänge zu den Rängen, zu welchen von den Korridoren mehrere treppenartige Stufen hinaufführen, sowie der Mangel ausreichender und den polizeilichen Anforderungen entsprechender Treppen vom Parterre aus zu den Rängen. Von den Gesamtkosten in Höhe von 1 850 000 M. hat die Krone 585 000 M. zu tragen. Den Rest vollständig der Zinsen für die Vorschüsse auf fällige Rechnungen, die die Krone bezahlt hat, hat der Staat zu tragen.

„Billigere“ Arbeitskräfte.

Dem Magistrat ist in der Stadtverordneten-Versammlung mehrfach von sozialdemokratischer Seite vorgehalten worden, daß er seine der Versammlung überreichten Vorlagen sehr unvollständig begründet habe. Solche Erinnerungen sind namentlich in der letzten Zeit wiederholt nötig geworden. Der Magistrat hat nun, wie es scheint, sich das zu Herzen genommen und will künftig vollständiger und offener über das Warum seiner Vorschläge Auskunft geben. Den Anfang macht er jetzt in einer Vorlage über die Erziehung verschiedener Bauten auf den Rieselfeldern. Da soll u. a. für das Vorwerk bei Spandorf eine Baracke aufgestellt werden, die für 75 Insassen des Arbeitshauses der Stadt Berlin bestimmt ist. Berlin beschäftigt, wie man weiß, die Arbeitshäuserlinge größtenteils auf den Rieselfeldern. Für das Vorwerk bei Spandorf war zunächst beabsichtigt worden, dort noch ein zweites Arbeiterwohnhaus zu bauen, das freien Arbeitern als Unterkunft dienen sollte. Deshalb war diesen Plan hinterher fallen gelassen hat, das gesteht der Magistrat mit einer bei ihm ganz ungewöhnlichen Offenheit ein. Er sagt in der erwähnten Vorlage, anstatt jenes zweiten Arbeiterwohnhauses sei „der Neubau einer Baracke für 75 Händlinge beabsichtigt, da letztere billigere Arbeitskräfte sind als händliche Arbeiter, die sonst von der Stadtverwaltung beschäftigt werden.“

Wieso deshalb? Das ist in der Tat sehr interessant. Hätte der Magistrat nach gesagt, er müsse statt freier Arbeiter die Arbeitshäuserlinge beschäftigen, weil es ihm für diese an Beschäftigung fehle! Man ist ja in Berlin überhaupt erst zur Verwendung von Arbeitshäuserlingen auf den Rieselfeldern übergegangen, als man nicht mehr wollte, wo man Arbeit für sie herbringen sollte. Diese „Neuerung“ kam im Sommer 1892, weil die entsetzliche Arbeitslosigkeit der vorhergehenden Jahre nun zu einer beispiellosen raschen Steigerung der Arbeitslosenquote führte. Allerdings wolle den freien Rieselfeldarbeitern, die durch die „billigere“ Arbeitshäuserlinge verdrängt und auf die Handstraße getrieben werden, mit solcher Begründung auch nicht geholfen. Am Ende wäre ihnen nicht einmal das ein Trost, daß auch ihnen endlich wieder Beschäftigung winkt, wenn schließlich sie selber — im Arbeitshaus landen. Doch in dem vorliegenden Falle wird gar nicht der Versuch gemacht, sich darauf zu berufen, daß man doch die Arbeitshäuserlinge nicht ohne Beschäftigung lassen kann. Die Händlinge sind „billigere“ Arbeitskräfte, aus diesem Grunde kriegt Vorwerk Spandorf kein zweites Arbeiterwohnhaus, sondern eine Händlingsbaracke. Das sagt die Vorlage mit klaren Worten, von denen sich nichts wegdeuteln läßt. Wie wäre es, wenn die Kanalisationsverwaltung die Beiträge, die sie durch die Verwendung der billigeren Arbeitskräfte erspart, der Arbeitslosenverwaltung überwies, damit diese sie den Händlingen bei der Entlassung auszahlen kann? Das Arbeitshaus soll ja wohl dazu dienen, seine Pflegebefohlenen wieder zu einer geordneten Existenz zurückzuführen. Kann das erreicht werden, wenn man die Arbeitshäuserlinge als „billigere“ Arbeitskräfte verwendet und sie dann nach 8, 12 oder 24 Monaten mit einigen, von ihrem Arbeitsverdienst kümmerlich erdrißigen Groschen auf die Straße setzt? Wenn die Arbeitshäuserlinge noch schlimmer ausgebeutet werden als die freien Arbeiter, dann darf man sich nicht wundern, daß die Opfer dieser Ausbeutung, kaum aus dem Arbeitshaus entlassen, den traurigen Kreislauf aufs neue beginnen.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag nachmittag 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Berichterstattung über die Vorlage betr. den Bau von fünf städtischen Straßenbahnlinien. — Vorlagen betr.: die Versorgung eines im

Gemeindebezirk Tegel belegenen Grundstücks mit Wasser aus den städtischen Wasserwerken, — die Bewilligung einer unvorhergesehenen Ausgabe an der Fachschule für Buchdrucker, — den speziellen Entwurf zum Neubau einer Turnhalle auf dem städtischen Grundstück Steinstr. 29/30, — die Eröffnung der 14. Realschule zu Ostern 1905, — den Bau einer technischen Mittelschule, — den Etat der Subventionsklasse für das Etatsjahr 1905, — den Stand der Bauarbeiten bei 41 städtischen Neubauten, — den Vorentwurf zum Neubau einer Feuerwache in der Straße 31a nahe der Eldingerstraße, — die Gewährung eines Arbeitsverdienstes für die Zöglinge des Erziehungsheimes, — die Errichtung eines Denksteins auf dem Schlachtfeld von Grehbeeren, — die anderweite Bemessung der von den Stadtgemeinden Charlottenburg und Schöneberg für den Anschluß an die Kanalisation von Berlin zu leistenden Entschädigungen, — die Errichtung von Vaukscheiten auf den Rieselfeldern, — die Einstellung erhöhter und neuer Zuwendungen in den Spezialetat Nr. 49 für 1905, — den Umbau des alten Schulhauses in Platenfelde zu Wohn- und Wirtschaftszwecken, — die Auffstellung von Begelein auf den Bumpstationen — und die Vermietung des städtischen unbedauten Grundstückes Schulstr. 101, Ecke der Reinholdsdorferstraße. — Zwei Unterhaltungsfragen. Außerdem findet am Beginn der Sitzung die Einführung und Verpflichtung des zum Stadtverordneten gewählten Ratsmitgliedes Rettig statt.

Reichsdruckerei und Briefmarkensammler. Das Herstellen von Reindrucken außer Kurs gesetzter Briefmarken durch die deutsche Reichsdruckerei hat in philatelistischen Kreisen großes Mißfallen erregt und eine geharnischte Beschwerde dagegen veranlaßt. Schon vor einigen Jahren stellte die Reichsdruckerei für mehrere Briefmarkenhändler Reindrucke von Reichsmarken her, die mit dem 1897 üblichen Aufdruck: „Marshall-Inseln“ versehen waren. Diese Reindrucke, welche 1899 durch solche mit dem Aufdruck: „Marshall-Inseln“, wie die richtige Schreibweise ist, ersetzt wurden, haben jetzt hohen Sammelwert, der sich auf ungebräuchte 35 M. beläuft, gebraucht 45 M. laut Preis-Katalog. Auch Reindrucke von alten Helgolandsmarken, zu denen die Reichsdruckerei die Originalplatten besitzt, wurden hergestellt, ebenso Marken der deutschen Revantepost. Neuerdings hat nun die Reichsdruckerei wieder Reindrucke von Helgolandsmarken und geschnittene Reichspostmarken von 1889 hergestellt, und dies hat in den Kreisen der Philatelisten, welche durch frühere Beschwerden diese Geschäftspraxis endlich beseitigt glaubten, diesen Staub aufgewirbelt. Der „Berliner Philatelistenklub“ und der „Verein für Briefmarkensammler in Frankfurt a. M.“ haben bereits zu der Sache Stellung genommen und weitere Kreise dafür interessiert. Sie verlangen in erster Linie, daß die Reichsdruckerei überhaupt keine Reindrucke von außer Kurs gesetzten Briefmarken mehr herstellen soll. Sollte dies vorerst nicht erreichbar sein, so soll die Reichsdruckerei veranlaßt werden, bei Marken-Reindrucken jedes Stück vorbestimmt oder rückseitig mit dem Vermerk „Reindruck“ zu versehen, wie dies im Kunsthandel bei Reindrucken alter Stahl- und Kupferstiche längst üblich ist. Sollten die Beschwerden gegen die Reichsdruckerei keinen Erfolg haben, so will man sie ebentuell dem Reichstage unterbreiten.

Der Selbstmord des Kriminalschutzmanns Strefemann beschäftigt die Polizeibehörde, da man mit der Möglichkeit rechnet, daß der Beamte durch die strafbare Tat eines Dritten zu dem Selbstmord getrieben worden ist. Wie festgestellt, hatte St. bereits Freitag die Absicht, sich im Tiergarten zu töten, wurde jedoch immer durch das Dazwischentreten von Spaziergängern an der Ausführung der Tat gehindert. Dem Vorsteher des 19. Polizeidistrikts, der den Verwundeten besuchte, erklärte der Beamte, daß er nicht anders habe handeln können, verteidigte jedoch die Angabe der Gründe. Der Kriminalschutzmann ist bisher noch nicht vernehmungsfähig.

§ 175.

In der Angelegenheit des Landgerichtsdirektors Haffe bringt eine Gerichts-Korrespondenz einige Mitteilungen, die neben manchem Bekanntem auch neues enthalten. Der 39jährige Kandidat Löhdel hat danach mit einer Reihe Komplizen zum erstenmal in Breslau in einer Bedürfnisanstalt dem Landgerichtsdirektor eine Falle gestellt; damals kaufte der Landgerichtsdirektor sich mit 150 M. los. Doch es folgten Drohbriefe über Drohbriefe und Haffe soll im Laufe der letzten zwei Jahre über 40 000 M. an Löhdel gezahlt haben. Am 27. Dezember traf nun wiederum bei Haffe ein Expressbrief ein. Haffe war bereits finanziell ruiniert, er beschloß daher diesem unerträglichem Zustande ein Ende zu machen. Er schrieb an Löhdel, er erwarte ihn am 29. Dezember in Berlin in der Behrenstraße an der Ecke der Hedwigskirche. Haffe hatte sich vorher einen Revolver gekauft, in der Absicht den Löhdel zu erschlagen. Diese Tat hat er beabsichtigt auch ausgeführt und da er der Ansicht war, er habe scharf geschossen, begab er sich sofort zu der nächstgelegenen Polizeiwache in der Behrenstraße mit der Anzeige, er habe jeben einen Mordversuch begangen. Dieser Vorgang wurde zunächst der Öffentlichkeit verheimlicht, nur dem ältesten Sohne des Landgerichtsdirektors, Herrn Regierungsdassessor Dr. jur. Haffe in Breslau wurde auf Bitten des Vaters von dem traurigen Vorfall Kenntnis gegeben. Löhdel, der von der Verhaftung Haffes keine Kenntnis hatte, fuhr sogleich nach Hamburg und richtete wiederum einen Erpressungsbrief an den Landgerichtsdirektor Haffe nach Breslau mit dem Erlaunen, das verlangte Geld postlagernd Hamburg zu schicken. Der Brief fiel dem Regierungsdassessor Haffe in die Hände und dieser benachrichtigte sogleich telegraphisch die Berliner Kriminalpolizei, die sofort an das Postamt in Hamburg telegraphierte, den Kassatrager festnehmen zu lassen. Sie sandte überdies den Kriminalkommissar v. Troslow und den Kriminalschutzmann Tieg nach Hamburg. Löhdel fuhr noch in Hamburg, es ist noch fraglich, ob er zu seiner Aburteilung nach Berlin oder Breslau gebracht wird. Charakteristisch ist, daß etwa zwei Stunden nach der Verhaftung des Löhdel eine größere Summe an ihn postlagernd aus London eintraf, die zweifellos ebenfalls von einem homosexuellen Opfer herrührte. Das Wiedersehen des Regierungsdassessors Haffe mit seinem Vater im Untersuchungsgefängnis soll herzerregend gewesen sein. Der Landgerichtsdirektor beharrt dagegen in einer geradezu stauenerregenden Ruhe, seitdem er seinen furchtbaren Qualen ein so jähes Ende bereitet hat.

Im „Tag“ schreibt A. Wüldmann in der Frage der Aufhebung des § 175:

Wer hat je davon gehört, daß Erpressungen in größerem Umfange verübt werden gegen Vermögensdelinquenten oder andere derartige Verbrecher? Hier bleibt alles im Einzelfall verfangen und wird nicht typisch. Anders aber bei den Verurteilungen gegen den § 175. Hier ist eine breite Basis für typische Fälle; hier erhebt sich das stolze Gebäude der allergrößten Chantage. Ist es denkbar, daß über diese nächtliche Ausgeburt der Staat noch länger seine schützenden Fittige breitet?

Der Leibzahnarzt des Kaisers, Hofrat Alonzo D. Sylvester hat sich gestern morgen 9 Uhr in seiner Wohnung, Königgräberstr. 1, erschossen. Sylvester war einer der ersten amerikanischen Zahnärzte, der in Berlin festen Fuß faßte und namentlich in Postkreisen eine außerordentlich umfangreiche Praxis erwerben konnte. Wie man erzählt, wurde Sylvester auf eine eigentümliche Art hier am Hofe bekannt. Er befreite nämlich die jetzige Kaiserin von einem schmerzhaften Zahnliden. Sylvester stand im Alter von 60 Jahren. Er machte ein sehr großes Haus und war in Künstler-, Theater- und Sportkreisen wohl bekannt. Er war längere Zeit krank. Sylvester war verheiratet und besaß eine erwachsene Tochter.

Abermals ein Familiendrama.

Am Maybach-Ufer 2 hat sich gestern mittag eine schauerliche Familiendramödie abgepielt. Der 30jährige Zude-

warenhandler Artur Medersky erhängte seine drei Kinder im Alter von fünf, zwei und dreiviertel Jahren und machte dann einen Selbstmordversuch, der indes mißglückte, weil der dazu benutzte Bindfaden riß. Der Vater ist festgenommen. Die Familiendramödie ist anscheinend auf eheliche Zwistigkeiten zurückzuführen. Nahrungsvorgen liegen nicht vor, da Medersky guten Verdienst hatte und seine Frau auch die Reinigung einer Schule in der Voedchstraße besorgte.

Die Familie wohnte früher in der Manteuffelstraße, und schon dort machte der Mann einen Selbstmordversuch. Auch in der am 1. Oktober v. J. Maybach-Ufer 2 bezogenen Wohnung, die im Erdgeschoß des Duergebäudes liegt, versuchte Medersky sich und den ältesten Sohn zu töten, was jedoch durch das Einschreiten seiner Frau vereitelt wurde. Streitigkeiten zwischen den Eheleuten führten schließlich dazu, daß die Frau vor einigen Tagen ihrer Wohnung den Rücken kehrte und nicht wiederkam. Gestern mittag sprach nun Medersky dreimal in der in demselben Hause befindlichen Gastwirtschaft vor und unterhielt sich dort mit Bekannten. Gegen 12 Uhr mittags kam er zum letztenmal, übergab dem Wirt einen silbernen Ring und ein Paket mit der Bemerkung, daß diese Gegenstände als Andenken für einige Freunde bestimmt seien. Dabei äußerte er im Beggehen: „Es ist ja schrecklich, mit anzusehen, wie die toten Kinder da hauneln, ich hänge mich jetzt auch auf.“ Die anwesenden Gäste hielten diese Worte anfangs für Scherz, doch holte einer von ihnen sofort einen Schuhmann. Der Mörder war unterdessen wieder nach der Wohnung gegangen und hatte sich dort eingeschlossen. Der Schuhmann zertrümmerte ein Fenster und drang mit einigen jungen Leuten in das Zimmer ein, wo Medersky bald überwältigt wurde. Dann erst kam man dazu, sich in der Stube umzusehen. Der sich darbietende Anblick war gräßlich. An den Pfosten einer hohen Metallbettstelle hingen die drei Kinder. Die beiden jüngsten Kinder waren bereits tot, während der älteste Knabe noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Er starb aber auf dem Wege nach dem Krankenhaus. Der Mörder selbst hatte am Halse Strangulationsmarken, und der noch am Spiegelhaken hängende Bindfadenrest wies auf einen Selbstmordversuch hin. Auf dem Transport nach der Polizeiwache beschwerte sich der Mann noch darüber, daß er gefesselt worden sei. Das Publikum ließ es nicht an Berwünschungen über die Mordtat fehlen.

Als Gerichtsarzt an Stelle des verstorbenen Dr. Wittenzweig wird der frühere Privatdozent Dr. Kurt Strach, wie das Polizeipräsidium mitteilt, vom 1. März ab funktionieren.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich am gestrigen Dienstag nachmittag im Westen der Stadt. Das Pferd der Droßke Nr. 3008 scheute gegen 5 Uhr nachmittags an der Ecke der Genthiner- und Siegelhofsstraße vor einem vorübergehenden Automobil und rannte auf den entgegenkommenden Straßenbahnwagen 2101 der Linie 58 (Richtung Schöneberg-Danzigerstraße) zu. Der Fahrer erkannte noch rechtzeitig die drohende Gefahr, gab Notbremse und es gelang ihm auch, den Waggon zum Stehen zu bringen. Trotzdem aber erfolgte, da der Droßkenschwinger jede Gewalt über das schon gewundene Tier verloren hatte, ein Zusammenstoß beider Gefährte. Der Insasse der Droßke, Herr Franz Schoerg aus Brüssel, zurzeit im Hotel Sandouci, Lindenstraße 37 wohnhaft, schlug bei dem Anprall mit dem Kopf gegen das Wagengestell der Droßke und wurde so schwer verletzt, daß er eine Gehirnerschütterung und Blutung im Gehirn erlitt. Herr Sch. wurde in besinnungslosem Zustande nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht.

Ein alter Hoteldieb, der den größten Teil seines Lebens im Gefängnis zugebracht hat, wurde gestern in einem hiesigen Hotel festgenommen. Es ist ein gewisser Karl Friedrich Fährndrich, der am 30. November 1834 zu Sonnenburg geboren wurde, ein Mann mit schneeweißem Bart und spärlichem weissen Haar. Er hatte erst am 13. v. M. eine achtjährige Zuchthausstrafe verbüßt, während die vorletzte 7 Jahre betragen hatte. Schon am 21. Dezember machte er in Hamburg einen neuen Zug, bei dem er für 5000 M. Schmuckstücke erbeutete. 20 Jahre hatte er in Berlin nicht mehr „gearbeitet“. Wahrscheinlich dachte er, daß man ihn jetzt hier nicht mehr kenne, und es ihm daher wohl gelingen werde, in der Reichshauptstadt einen großen Schlag zu machen. Der alte Sünder überjah jedoch, daß die Hamburger Polizei unverzüglich allen größeren Städten seine Beschreibung übermittelt hat. Zu verkennen war er eben bei seiner gebeugten Haltung und dem schneeweißen Haar nicht leicht. Die Berliner Polizei warnte sofort alle Hotelverwaltungen vor dem Gast mit dem ehrwürdigen Keschere. Als daher Fährndrich unter dem Namen Donath in der Königstraße abstieg, wurde er von dem Hotelpersonal sofort erkannt und der Polizei überliefert. Diese fand die Hamburger Beute noch fast ganz in seinem Besitze. Aber Fährndrich bestritt, auch nur etwas von diesen schönen Sachen gestohlen zu haben. Es sind zwei Schmuckstücke mit unverkennbaren Zeichen darunter, wie ein Rebaillon mit der Aufschrift „Rödden“, eine Gemme mit einem bezugsierenden Monogramm usw., und gerade solche Sachen sind in Hamburg gestohlen worden. Aber Fährndrich bleibt dabei, daß er mit dem Hamburger Diebstahl nichts zu tun habe. Er sagt, vom 13. v. M. bis jetzt sei er in Magdeburg gewesen und dort habe er die Sachen von Verwandten, die er den Namen nach nicht kenne, geerbt. Er kennt auch nicht die Straße, in der diese Verwandten und er selbst in Magdeburg gewohnt haben, aber „was er sagt, ist richtig“. Der Unverbeuliche wurde nach Hamburg gebracht, wo man ihn wohl ebenso wenig glauben wird wie hier.

Das Opfer des Mordes in der Wilhelmshafenstraße, die Hauseigentümerin Witwe Simig, wurde gestern, Dienstag nachmittag, auf dem Friedhof der Siedelngemeinde in Plötzensee zur letzten Ruhe beigesetzt. Gegen sechshundert Personen, meistens Hausgenossen, Nachbarn und Geschäftsleute, mit denen die Ermordete in Verbindung gestanden hatte, die anderen Kenner, suchten Einlaß in die Friedhofshalle, aber nur hundert wurden zugelassen.

Auf die Aufforderung in den Zeitungen hin hat sich bei der Kriminalpolizei der Mann gemeldet, der in der Nacht zum 6. d. M. in der Wilhelmshafenstraße mehrmals pff und einen Steuereheber nach dem Nachtwächter fragte. Es ist ein Schriftfeger, der einer Vereinstigung beigewohnt hatte und den Nachtwächter suchte, weil er einen falschen Hausfahrschein eingeliefert hatte. Der Steuereheber erlaubte ihm als den Mann wieder, der ihn ansprach. Für die Unterfuchung aber sind die Bekundungen des Schriftfegers wider Erwarten belanglos.

Die Nachforschungen der Kriminalpolizei nach dem Mörder der Witwe Simig führten auch nach Eberswalde. Dort tauchte am 7. d. M. ein junger Mann auf, der kurz nach dem Mord aus Moabit verschwunden war. Er benahm sich so auffällig, daß man es für geraten hielt, ihn vorläufig dingfest zu machen. Der Verdacht wurde dadurch bestätigt, daß der Mann über seinen Aufenthalt in der kritischen Zeit erst gar nichts sagen wollte und dann unwahrscheinliche Angaben machte. Soweit eine Nachprüfung bisher möglich war, hat sie den Verdacht aber wieder erschüttert, und wenn auch noch einiges zu prüfen übrig ist, so kann man es jetzt doch schon als wahrscheinlich bezeichnen, daß er als Täter nicht in Betracht kommt. Die Verfolgung anderer Spuren hat bis jetzt auch noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt. Ein Mann, der mit Frau Simig bekannt und auch in Verdacht geraten war, konnte etwaandfrei sein Alibi nachweisen.

Entdeckung im Tiergarten. Im Tiergarten mit den in Marmor ausgehauenen 126 Personen und 36 Tieren ist ein Plagen entdeckt worden, worauf ein neues Denkmal stehen kann. Es handelt sich um den runden Platz in der Nähe des Goldfischteichs. Allerdings steht dort jetzt eine Statue der Flora. Diese soll jedoch entfernt werden und einer vergrößerten Skulptur der Amazone Quailons, die vor der Nationalgalerie steht, Platz machen. Die Anregung zu der Erneuerung soll der Kaiser gegeben haben.

Vermist wird seit dem 4. d. Mts. der Schüler Fritz Bartholdy, 8. Mai 1894 in Berlin geboren, Gräner Weg 3 wohnhaft gewesen. Bartholdy ist 1,42 Meter groß, hat schwarze Haare, braune Augen und bräunliche Gesichtsfarbe. Bekleidet war derselbe mit einem grauergrünten Manchesteranzug, dunkelblauer Wintermütze, schwarzen Strümpfen und hohen Schnürschuhen. Als besonderes Kennzeichen: In jeder Augenbraue eine Narbe. Mitteilungen über den Verbleib des Knaben werden in jedem Polizeirevier sowie im Zimmer 324 des Polizeipräsidiums zu 212 IV/7 entgegengenommen.

Zwei gefährliche Brände machten der Feuerwehr in den letzten 24 Stunden viel zu schaffen. In der Waldemarstraße 29 war in einem Arbeitsraum der Blechwarenfabrik „Industria“ G. m. b. H. über der Durchfahrt des ersten Quergebäudes durch das Springen eines Benzolbehälters Feuer ausgebrochen, das sich mit unheimlicher Schnelligkeit ausbreitete. Bei Anbruch des ersten Lösungsversuches schlugen bereits meterlange Flammen aus den Fenstern nach den oberen Stockwerken empor, so daß sich die Arbeiter der über dem brennenden Raume liegenden Geschäftsbücherfabrik und Druckerei von Georg Klein schleunigst in Sicherheit bringen mußten. Die Feuerwehr ging daher sofort energisch vor und es gelang ihr, nach rechtsseitig die Flammen zu ersticken und auf den Arbeitsraum zu beschränken. — Ein zweiter gefährlicher Brand befiel die 1. Kompanie Dienstag früh in der Greifswalderstraße 208 lange Zeit. Hier war auf bisher nicht ermittelte Weise auf dem Boden des Vorderhauses Feuer entstanden, das an dem Inhalt der zahlreichen Bodenbeschläge überreiche Nahrung fand und erst bemerkt wurde, als gegen 6 Uhr früh plötzlich Flammen durch das Dach schlugen. Brandmeister Eisner, der zuerst mit dem 1. Lösungsversuch am Brandplatz eintraf, ließ angesichts der großen Gefahr sofort drei Schlauchleitungen in Tätigkeit treten und von verschiedenen Seiten aus vorgehen. Nach einstufigem Wassergeben war die Gefahr beseitigt. Die Bodenräume brannten mit ihrem Inhalt zum größten Teil aus; auch die Dachkonstruktion wurde teilweise stark in Mitleidenschaft gezogen.

Auch eine Eheirung. Laut öffentlicher Ladung des Landgerichts II hat der frühere Bankdirektor Romed zu Charlottenburg Klage gegen seine Ehefrau, früher zu Schöneberg wohnhaft, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, mit dem Antrag erhoben lassen, die Ehe der Parteien zu trennen und die Ehefrau für den allein schuldigen Teil zu erklären.

Die Eröffnung eines Kinder- und Mütterheims ging am Sonntag in der Uhländstr. 40/41 zu Wilmersdorf vor sich. Als Zweck des Heims wird bezeichnet, den Mütter einen geeigneten Ort zu geben, einige Jahre mit ihren Kindern zusammen zu bleiben, um sie Zuneigung und Anhänglichkeit zu lehren. Das Heim enthält zwei hübsch eingerichtete Kinderzimmer, die Bettchen in einer Reihe; an jedem Bette hängt zur Unterhaltung verschiedenes Spielzeug; ferner sind ein Kinderspielplatz mit daraufstehendem großen Garten sowie zwei gemeinschaftlich eingerichtete Zimmer für die Mütter, eine Küche, ein großes Badezimmer, alles hell und hell, in dem freundlichen Parterre eines Gartenhauses vorhanden. Die Aufsicht liegt in den Händen einer Oberin sowie einer Kinderfrau. Gegründet ist das Heim von Frau A. Westphal. Die Vereinsversammlungen des Vereins Mütter- und Kinderheim finden jeden zweiten Donnerstag im Monat, abends 8¹/₂ Uhr, bei Marie Märck, Steglitzerstr. 35, statt. Referieren wird Frau Regine Deutsch über „Geben und Wohlthun“. Freunde der Idee und des Vereins sind freundlichst eingeladen. Nächster Diskussions-

Dem Berliner Aquarium hat für die kleineren Marinebecken des oberen Grottenanges die Station Rovigno verschiedene schöne und absonderliche Fische, und zwar jugendlichen Alters, eingehandelt, so daß die mit ihnen besetzten Behälter um so anziehender erscheinen. Eine derartige mobile Gesellschaft hat zum Mittelpunkt einige kleinere Exemplare einer vom Mittelmeer — wo sie nur selten vorkommt — über die europäischen Küstengebiete des Atlantischen Ozeans bis nach Bergen hinaus sich verteilenden Art aus der einige Duzend Spezies umfassenden und zu den schönsten und in Naturhaushalt wichtigsten Familien zählenden Gruppe der Lippfische, die nicht nur nach den Altersstufen, sondern auch nach dem Wohnbezirk, Aufenthaltsort und den Einzelheiten die buntesten Farbenabänderungen zeigt. Ist auch im allgemeinen der Grundton ein Azur- oder Grünblau, so tritt doch ein prächtiges Goldgrün, Gelb, Orange- und Rotschwarz und Braun hinzu und sie alle gehen in köstlichen Schattierungen ineinander über, während nur ein schwarzer Fleck hinter dem Auge beständig bleibt und der Spiegel des wissenschaftlichen Beinamens melops (Schwarzauge) eingebracht hat. Neben diesem prächtigen Lippfisch nimmt sich der zu den Parafischen gehörende und eine sorgsame Brutpflege betreibende Sackbräuter einfach aus, obgleich er auf blau- oder graugrünem Grunde mit dunkleren, goldglänzenden Streifen geziert ist und nach unten hin silbern schimmert.

Der Berliner Zoologische Garten hat in diesen Tagen einen Kulan aus Transkaspien erworben, so daß sich jetzt Gelegenheit bietet, drei geographische Formen dieses interessanten asiatischen Wildes zu vergleichen. Die Eltern des hier geborenen alten Hengstes stammen aus dem Indusgebiet; er ist bei weitem der dunkelste; die persische Stute ist ganz hell und macht einen fast weißlichen Eindruck; der neue jugendliche transkaspiische Hengst steht in der Färbung etwa zwischen beiden. Die Kulan, welche in der Stimme und der Behaarungsweise des Schwanzes sehr den echten Hengst ähneln, unterscheiden sich von diesen durch ihre rötliche Färbung und die kürzeren Ohren auf den ersten Bild.

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter, veranstaltet von der Wildenschaft, Techn. Hochschule, Berlin. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, wird Präulein Mh. Erdmann über: „Das Leben der Tiere auf der Erde, in Wasser und Luft“ in der Aula der Charlottenburger Oberrealschule, Schloßstr. 27, sprechen. Eintrittskarten zu 10 Pf. (Abonnement auf sämtliche Vorträge 50 Pf.) sind an der Abendkasse erhältlich.

Die zweite Reihe der vom Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern veranstalteten Vortragskurse findet in den Monaten Januar bis März statt und umfaßt 14 Kurse von je 6 Vorträgen, die alle um 8¹/₂ Uhr abends beginnen und anderthalb Stunden dauern. Programm sowie Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für jeden Kursus sind zu haben bei Georg Belling, Zigarrenhandlung, Leipzigerstraße 128, A. Schülz, Rendant, O. Polzmarckstraße 80, Chr. Nischenböfer, Sophienstraße 19, F. E. Leberer, Buchhandlung, Kurfürstenstraße 70, Bernhard Staar, Buchhandlung, SW. Friedrichstraße 250, Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtsvereine, SW. Dessauerstraße 14 (8 bis 3 Uhr). Die Eintrittskarten zu den Kursen Nr. 4, 5, 6, 8 und 9 sind vergriffen.

Theater. Im National-Theater findet die Uraufführung von Saint-Saëns Oper „Die Hainbergglocke“ erst Sonntag statt, da der Komponist erst dann in Berlin eintrifft. Heute wird „Doña Juanita“ gegeben. — Der „Lilienron-Abend“, den das Schiller-Theater vor Weihnachten mit so großem Erfolg veranstaltet hat, wird mit dem gleichen Programm Sonntag, den 15. Januar, im Bürgeraal des Rathauses wiederholt. Auch diesmal hält Bruno Wille den einleitenden Vortrag.

Aus den Nachbarorten.

Rigdorf.

Das Ergebnis der gestrigen Stadtverordnetenwahl in der zweiten Abteilung des Nordbezirks hat bei den bürgerlichen

Parteien nicht geringe Verwunderung hervorgerufen. Die bürgerlichen Kandidaten Lehndorf und Guldowski erhielten je 79 Stimmen, während für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Genossen Kambo, 89 Stimmen abgegeben wurden. Bei der notwendig gewordenen Auslosung zwischen den bürgerlichen Kandidaten fiel Guldowski aus, so daß eine Stichwahl zwischen unserem Genossen Kambo und Herrn Lehndorf stattfinden muß. Öffentlich gelingt es unseren Genossen in Rigdorf, auch einen Vertreter der zweiten Wählerklasse in das Stadtparlament hineinzubringen.

In Wilmersdorf fand gestern nachmittags 4 Uhr unter zahlreicher Teilnahme die Beerdigung unseres Parteigenossen Wenzel statt. Der Verstorbene war Tapezierer und ist am Schlaganfall, erst 36 Jahre alt, gestorben. Er hat mit Hingebung der Partei gedient; lange Jahre hindurch war er im Wahlverein als Mitglied des Vorstandes tätig. An der Bahre unseres Parteigenossen trauert seine Witwe mit fünf Kindern. Die Arbeiterschaft unseres Vorortes wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Schöneberg.

In Schöneberg hatte die Stadtverordneten-Versammlung sich gestern mit einer Angelegenheit zu befassen, die über die Stellung gewisser bürgerlicher Kreise zur Alkoholfrage Aufklärung gab. Der Schulrat hatte über den Alkoholgebrauch der Gemeindeglieder statistische Erhebungen veranstaltet und deren Ergebnis veröffentlicht. Das war dem Bürgerverein nicht recht, und auf dessen Anregung kündigte der Magistrat dem Rat seine Stellung. Angeblich sollen die Veröffentlichungen ungenau gezeichnet sein. In der Stadtverordneten-Versammlung wurde dies Vorgehen des Magistrats einer eingehenden Betrachtung unterzogen, und besonders unser Parteigenosse Hoffmann rückte dem Bürgermeister Wilde so nahe, daß er sich einen Ordnungsruf zuzog. Stadtv. Lohausen warf dem Oberbürgermeister Thyranne und Willkür vor, was dieser als unwahr zurückwies. Der Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die Kündigung zurückzunehmen, wurde in namentlicher Abstimmung von sämtlichen 43 Stadtverordneten, die anwesend waren, angenommen, worauf Stadtv. Kunzigh seinen Antrag, dem Dr. G. ein Vertrauensvotum zu erteilen, zurücknahm, da die einstimmige Annahme des Antrages ein solches Votum bereits in sich schließt.

Ueber den Kaufpreis der Grundstücke in Schöneberg, die in den vier Jahren 1890—1902 den Besitzer gewechselt haben, hat das städtische statistische Amt interessante Ermittlungen angestellt, denen zufolge im letzten Jahre sich der Preis für den Quadratmeter bei den Käufen behaueter Grundstücke im Durchschnitt auf 200 M., bei den unbebauten auf 61 M. stellte. Während der Höchstpreis pro Quadratmeter behaueter Grundstücke im Stadtbezirk I (nördlicher Berliner Ortsteil) mit 370 M. ermittelt wurde, stellt sich derselbe am niedrigsten im Stadtbezirk X (Friedenauer Ortsteil) mit 142 M. Die Unterschiede sind demnach sehr erhebliche: der Höchstpreis stellt das 2,6fache des Mindestpreises dar. Verhältnismäßig noch größer ist die Spannung zwischen diesen Ziffern bei den unbebauten Grundstücken, für die zum Beispiel im IX. Bezirk 28,4 M. als niedrigster und 119,3 M. im VIII. Bezirk als höchster Preis erzielt wurden.

Geschäft oder Stadtverordneten-Mandat? Ein von mehr als 30 Schöneberger Stadtverordneten unterschriebener bemerkenswerter Antrag soll der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung zur Annahme unterbreitet werden. Er lautet: „Die Versammlung wolle den im Jahre 1903 gefassten Beschluß, wonach es nicht für wünschenswert erklärt wird, daß Stadtverordnete sich an Submissionen für die Stadt beteiligen oder sonst gewerbliche Arbeiten und Lieferungen für die Stadt übernehmen oder solche übertragen erhalten, aufheben, weil sich durch die verschiedenartige Auffassung dieses Beschlusses für Gewerbetreibende und Lieferanten Härten herausgebildet haben.“ Die Herren sollen aus der Stadtverordneten-Versammlung austreten, wenn sie meinen, daß sie ohne Geschäfte mit der Stadt nicht leben können.

Charlottenburg.

Die Resultate der Charlottenburger Arbeitslosen-Zählung vom 20. November 1904 werden nunmehr vom Statistischen Amt veröffentlicht. Die Zahl der abgegebenen Zählkarten betrug 760, darunter solche von weiblichen Personen 32 und von Arbeitsunfähigen 212. 81 Personen haben, wie spätere Recherchen ergaben, noch am 19. November gearbeitet, waren also, da die Zählung sich auf die am 19. November Arbeitslosen beziehen sollte, nicht mitzurechnen. Es bleiben somit 845 männliche Arbeiter übrig, die durch wirtschaftliche Verhältnisse arbeitslos geworden waren. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 5,1 Wochen. Bei der Zählung vom 23. Februar 1904 betrug sie 7,7 Wochen, bei der Februarzählung des Jahres 1902, die von den Gewerkschaften ausgeführt wurde, hatte sie sogar ein Durchschnitt von 8,4 Wochen ergeben. Von den 485 Arbeitslosen waren 234 unverheiratet und 251 das ist 51,75 Proz. verheiratet. Bei den Verheirateten trug in 60 Fällen das ist in 24 Proz. aller Fälle die Ehefrau zum Erwerb bei. Die Gesamtzahl der zu ernährenden Kinder war 245, somit kamen im Durchschnitt auf je einen verheirateten Arbeitslosen 1,7 Kinder. 27 waren schon arbeitslos, als sie nach Charlottenburg übersiedelten. Nach der Zählung vom 23. Februar 1904 waren von 350 Arbeitslosen 154 unverheiratet und 196 das heißt 56 Proz. verheiratet. Bei den Verheirateten trugen 50 das heißt 30 Prozent der Ehefrauen zum Erwerb bei. Die Gesamtzahl der zu ernährenden Kinder betrug damals 361, so daß von je einem verheirateten Arbeitslosen durchschnittlich 1,8 Kinder zu versorgen waren.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs veranstaltet, wie in früheren Jahren, so auch in diesem Winter einen volkstümlichen Vortragszyklus über Gesundheitspflege, in welchem hervorragende Ärzte über die wichtigsten Gebiete der Volkshygiene mündliche und anregende Belehrung erteilen werden. Der erste Vortrag dieses Zyklus findet am Freitag, den 13. Januar er., abends 8¹/₂ Uhr im Volkshaus in Charlottenburg, Nollnerstraße 3, statt mit dem Thema: Ueber die Bedeutung des Wassers, des Lichtes, der Luft und der Bewegungen für die Behandlung von Krankheiten. Referent ist Herr Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Brieger. Der Zutritt ist für jedermann unentgeltlich. Die weiteren Vorträge werden jedesmal einige Tage vorher angekündigt werden.

Der Bestand der Mitglieder der Arbeiter-Kranken- und Hilfskassen, welche der Aufsicht des hiesigen Magistrats unterstellt sind, hat im November 1904 um 32 Personen zugenommen, während er im entsprechenden Monat des Vorjahres schon um 250 abgenommen hatte. Allerdings bezieht sich diese Zunahme nur auf die Zahl der Arbeiterinnen, die männlichen Mitglieder haben schon, wie im Winter gewöhnlich, an Zahl etwas abgenommen. Auf 1000 männliche Einwohner der Stadt kamen hiernach am Ende des November 264,2 Mitglieder der Arbeiter-Krankenkassen gegen 298,6 am Anfang desselben Monats und auf 1000 weibliche Einwohner kamen am Schlusse des Monats 61,8 gegen 60,0 am Anfang des Monats.

Im hiesigen Arbeitsnachweise sind während des November 664 Arbeitsuchende neu angemeldet worden, gegen 1031 im vergangenen Monat und 765 im Monat November des Vorjahres. Mit Hinzurechnung der aus dem vorigen Monat als unerledigt zurückgebliebenen 319 Gesuche betrug die Gesamtsumme 1283 (1145). Von diesen Gesuchen wurden im Laufe des Monats 837 erledigt, und zwar 495 durch Zuweisung von Stellen, 49 durch Zurücknahme und 298 durch Streichung, 446 (412) blieben unerledigt. Offene Stellen wurden 880 angeboten gegen 956 im Oktober 1904 und 488 im November des Vorjahres. Mit Hinzurechnung des Restes vom Monat Oktober betrug das gesamte Angebot 838 offene Stellen. Auf je 100 in den 11 Monaten Januar bis November angebotene offene Stellen kamen der Reihe nach folgende Zahlen von Arbeitsuchenden: 154,9, 146,8, 93,4, 122,9, 139,9, 135,0, 119,1, 100,5, 75,9, 107,8, 141,8

Friedrichshagen.

Die bei dem Standesamt im Jahre 1904 gemeldeten Familienereignisse ergeben für den Gemeindebezirk (einschließlich der Kolonie Friedrichshagen) 279 Geburten (136 Knaben, 143 Mädchen), 7 Totgeburten, 277 Sterbefälle (114 männliche, 112 weibliche Personen), hierunter 71 Kinder im ersten Lebensjahre. Eheschließungen fanden 114 statt. Die Zahl der Geburten überstieg hiernach die der Sterbefälle um 32 Seelen. — Im Jahre 1903 wurden gemeldet 324 Geburten, 7 Totgeburten, 231 Sterbefälle und 84 Eheschließungen. Die Geburten sind daher gegen das Vorjahr um 45, die Sterbefälle um 4 zurückgeblieben, dagegen wurden 30 Eheschließungen mehr vollzogen.

In Rummelsburg hat der Arbeiter Hille auf seine von ihm getrennt lebende Frau ein Revolberpatientat verübt, worauf er sich selbst zu töten versuchte. Hille, der früher Schlächter war, hatte vor fünf Jahren geheiratet. Seine Frau trennte sich aber schon nach einem Jahre von ihm wegen der brutalen Behandlung, die sie von ihm zu erleiden hatte. Später vereinigten sie sich zwar wieder, aber vor vier Wochen verließ Hille wieder in seine alten Wohnten, und seine Frau gab ihm mit Hilfe ihres Bruders abermals den Laufpaß. H. mietete sich in Rummelsburg eine Schlafstube. Seine erneuten Annäherungsversuche wurden aber von seiner Frau zurückgewiesen. Gestern suchte er sie vergeblich im Hause ihres Bruders zu sprechen. Abends kaufte er sich ein Revolber, den der Verkäufer vorsichtigerweise mit Patronen lud, weil er in dem Käufer einen Selbstmörder vermutete. Gestern früh um 5¹/₂ Uhr begab sich Hille nach der Wohnung seiner Frau, die, wie er wußte, um diese Zeit nach ihrer Arbeitsstätte in einer Stralauer Weberei zu fahren pflegte. Als seine Frau aus der Tür trat, schob Hille auf nur zwei Schritte Entfernung zweimal auf sie und richtete darauf die Revolber gegen seine rechte Schläfe. Während die Ueberfallene noch um Hilfe rief, schlich sich H. aus dem Hause und begab sich nach der nächsten Polizeiwache, wo er umuntwunden den Tatbestand angab. Es wurde festgestellt, daß die verwendeten Geschosse Patronen waren. Nach Anlegung eines Verbandes wurde H. in Haft behalten, während seine Frau, die zwei Wunden unter dem linken Auge und in der linken Brust erhalten hatte, bei ihrem Bruder in ärztlicher Behandlung blieb.

Gerichts-Zeitung.

Der Fall Schindler-Jacobus.

Der Zusammenbruch des Bankgeschäfts Gebrüder Schindler, im Juli 1903, der den Selbstmord des Schindlerschen Ehepartners zur Folge hatte, erhielt heute vor dem dritten Strafsammer des Landgerichts I einen Epilog in einer Anklage gegen den ehemaligen Kassierer des Schindlerschen Geschäfts, den aus der Untersuchungshaft vorgeführten Hugo Jacobus. Am 19. Juli 1903 erregte die Nachricht begründetes Aufsehen, daß der 37 Jahre alte Bankkassierer Hugo Jacobus, der seit 9 Jahren in dem Bankgeschäft von Gebr. Schindler (Inhaber Joseph Schindler), Königgräberstr. 105, eine Vertrauensstellung befaß, mit 140 000 M. durchgegangen sei. Es wurde berichtet, daß Jacobus diese Vertrauensstellung dazu benutzt habe, um nach und nach die dort lagernden Depots zu veräußern und mit dem Gelde zu spekulieren. Es wurde weiter behauptet, daß der Angeklagte Ende Juni 1903 von Josef Schindler den Auftrag erhalten habe, im Interesse des in dem Hause Königgräberstr. 105 betriebenen sehr bedeutenden Sanatoriums nach Rommen zu reisen, um größere Geldsummen aufzubringen. Diesem Auftrag kam Jacobus aber nicht nach, sondern dampfte am 2. Juli 1903 auf dem Dampfer „Bismard“ in Gesellschaft einer Sprachlehrerin, mit der er in näheren Beziehungen stand, nach New York ab. In Briefen, die er später an Herrn Schindler und verschiedene Verwandte gerichtet hat, teilte er mit, daß er sich schon im April 1903 eine Stelle in einem deutschen Geschäft in Buenos Ayres gesichert gehabt habe. Zwölf Tage nach der Flucht des Angeklagten kam aus Hamburg die Nachricht, daß in einem dortigen Hotel Joseph Schindler, der mit seiner Ehefrau sich dort einlogiert hatte, sich

erschossen

hatte und seine Ehefrau verschunden sei. Ursprünglich trat der Verdacht auf, daß nicht Selbstmord, sondern ein Verbrechen der Ehefrau vorläge. Diese Vermutung hat sich aber als irrig erwiesen. Frau Schindler hatte sich gleichfalls das Leben genommen, ihre Leiche wurde am 27. Juli in Gremismühlen bei Cuxin angeschwemmt. In einem vom 19. Juli 1903 datierten Brief des Josef Schindler an einen seiner Angestellten schrieb er, daß er beim Eintreffen dieses Briefes nicht mehr am Leben sei. Jacobus habe Depots in Höhe von 140 000 M. unterschlagen und das Weite gesucht. Schindler erklärte weiter, daß er die Konsequenzen dieser Handlungsweise tragen und dem Leben weis sein müsse und den Angestellten bitte, die Schlüssel zum Geschäft der Polizei zu übergeben. — In einem Briefe an einen Schulfreund, den Agenten Adolf Lustig, hieß es: „Ich ziehe dieses Ende einem Leben voller Schmach, das ich nicht verdient und nicht verschuldet habe, vor.“ An den Bruder des Angeklagten, Herrn Georg Jacobus, schrieb Joseph Schindler u. a.: „Was Ihr Bruder an mir getan, das mag er einst vor Gott verantworten. Seine Unterschlagungen betragen mehr als 150 000 M. Ich ziehe vor, die Konsequenzen der Handlungsweise Ihres Bruders zu tragen, und wird der Ewige ein gerechter Richter sein, denn ich habe niemals Schlichtigkeiten getan und muß nun die Schlichtigkeiten anderer büßen.“ — Der Zusammenbruch des Bankgeschäfts war durch diese Vorgänge befestigt; es wurde Konkurs angemeldet und es ergab sich, daß eine große Anzahl von Personen um ihre Depots gebracht worden war. Der diese Unterschlagungen begangen, ob der Angeklagte Jacobus, ob Schindler oder ob beide gemeinschaftlich, das war die Frage, die in der gestrigen Verhandlung den Gegenstand der Erörterung bildete. — Der Angeklagte ist im April 1904 aus Amerika

hierher zurückgekehrt

und hat sich am 6. April d. J. dem Untersuchungsrichter gestellt; seitdem befindet er sich in Haft. Er trat gestern mit der Behauptung hervor, daß seine Hände rein seien und daß er seine angebliche Flucht nur als eine edle Tat zur Ehrenrettung des Herrn Schindler angesehen habe. Als er in Amerika zufällig erfahren, daß ein Stiefbrief hinter ihm erloschen worden sei, sei er nach Deutschland zurückgekehrt, um sich zu rehabilitieren. Er sei am 1. März 1899 als Buchhalter bei Gebr. Schindler eingetreten, das Geschäft sei aber damals schon so in der Deroute gewesen, daß der eine Geschäfts-inhaber vorgezogen habe, auszuscheiden. Eine besondere Liebhaberei des Joseph Schindler sei gewesen, Erfindungen aller Art zu verwerthen. Eine Hauptstütze des Geschäfts sei das im Hause Königgräberstraße betriebene Sanatorium gewesen, welches einen recht guten Aufführung nahm. Infolge schlechter Konjunkturen und des sehr großen Privatverbrauchs des Schindlerschen Ehepartners sei das Geschäft immer mehr bergab gegangen, und schon im Jahre 1900 habe er die Entdeckung machen müssen, daß Herr Schindler fremde Effekten, die ihm als Depots gegeben waren, zu eigenem Nutzen veräußerte. Er habe, als er fortging, keinerlei Depots mitgenommen, sondern sei mit 800 M. eigenen Geldes über das große Wasser gegangen. Er habe eine Creme als Schönheitsmittel erfinden und mit dieser Erfindung drüben Geschäfte gemacht. Er blieb dabei, daß er

keine Depotunterschlagungen

begangen habe. Der Vorstehende hielt ihm wiederholt die Unwahrscheinlichkeit eines solchen Edelmutes vor und verwies darauf, daß sowohl die eingehenden Zeugnisse vor dem Untersuchungsrichter, wie der Inhalt der Briefe, die er an seine Verwandte und an den verstorbenen Schindler geschrieben, mit seiner jetzigen Darstellung absolut nicht zu vereinbaren seien. — Der Erste Staatsanwalt beantragte 4 Jahre 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. — Das Urteil lautete auf

3 Jahre Gefängnis

ohne Anrechnung der Untersuchungshaft und Ehrverlust auf 5 Jahre.

Vermischtes.

Vom Wetter. Gestern früh ging über München ein starkes Gewitter mit Schneesturm nieder. Der Blitz schlug in das städtische Elektrizitätswerk ein und verursachte dort eine teilweise Störung.

Hamburg, 10. Januar. Der seit dem 21. Dezember 1904 vermisste Infanteriewärter Fischewer H. F. 111 ist gestern gemeldet worden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 15. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Wort des Dankes. — Republik und Sozialdemokratie in Frankreich. 8. Der Sozialismus unter der dritten Republik. Von H. Roullet.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist soeben die Nr. 1 des 15. Jahrganges ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Einladung zum Abonnement. — Das Banner hoch! Von August Bebel.

die Illustrationen „Sittenkontrolle bei den Galavorstellungen im Berliner Opernhaus“. „Quod erat demonstrandum“. „Die Dampfmaschine“.

Wasserhand am 9. Januar. Elbe bei Kuffa — 0,41 Meter, bei Dresden — 1,52 Meter, bei Magdeburg + 0,85 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,50 Meter. — Oder bei Kallbor + 2,09 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,12 Meter, bei Breslau Unter-Regel — 0,84 Meter, bei Frankfurt + 1,23 Meter. — Weichsel bei Braubrunne + 2,80 Meter. — Warthe bei Bolen + 0,58 Meter. — Nege bei Ulf + 0,47 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

E. N. S. 1. Abgangsprüfung lateinischer Realgymnasia gibt Berechtigung zum einjährigen Militärdienst. 2. und 3. Zum Selbstunterricht Methode Louvain-Langenscheidt sehr beliebt. 4. Rein. Weitere Auskunft bei jedem Realgymn.-Direktor. — Oberrealschul-Abiturient. Ja. Rühres bei einem Oberrealschul-Direktor. — M. Langguth. Bezirksrat in Bayern. — G. S. 1. 16 1/2 Millionen pro Jahr. 2. Rein.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. — G. S. 100. 1.—3. Ja. — Butzweiser. Rein. — W. G. G. Soweit ersichtlich, hat und hatte die Krankenkasse zu zahlen, nicht Sie. Ihre Frau sollte gegen die Krankenkasse auf Zahlung klagen.

Ihnen vorauslagten und noch zu vorauslagenden Gebühren erstatten wird. — 99. 1. und 2. Der Vertrag ist auf Frau und Glauben so wie verständliche Berücksichtigung aller Verhältnisse erforderlich, anzulegen. Sind Sie in unbillige Differenzen geraten, so klagen Sie beim Amtsgericht auf Anerkennung Ihrer Rechte. Sie haben ein Recht auf angemessene Benutzung der Bekleidungs- und des Bodens. Welche Zeit in dem von Ihnen bewohnten Hause angerechnet ist, richtet sich nach der bisherigen Gepflogenheit, der Größe der Familie, der Anzahl der Mieter usw. 3 bis 5. Rein. — G. S. 21. Rein; wenden Sie sich mit einer Beschwerde an den Landrat. — W. B. 1. Nur mit Zustimmung des Rektors. 2. Durch gerichtliche oder notarielle Vertrag. 3. Der Vertrag ist sonst ungültig, als er vorhandene Gläubiger benachteiligt. 4. Rein. 5. Ja. 6. 14 Tage. — Schulz 207. Wenden Sie sich an Herrn Ding, Prinzenstraße 66. — G. S. 20. In R. Wenn Sie die Sachlage klären, so wird sicherlich eine Verteilung, jedenfalls nur eine geringfügige erfolgen. Die Verzinsung eines unwirksamen Annahms würde sehr erhebliche Kosten verursachen. — G. S. 77. 1. Offenbacher Kaufmannschaft für Frauen und Mädchen. 2. Und ist eine solche nicht bekannt geworden; vielleicht kann Ihnen der Vorstand Ihrer Gewerkschaft Auskunft erteilen. 3. Rein. — W. J. P. u. N. 22. Einen Anspruch auf Tanzurlaub oder Rasturlaub hat in unserem Rechtsstaat ein Gastwirt leider nicht. Legen Sie Beschwerde unter Vorlegung des Sachverhalts bis zur Ministerialkanzlei ein und unterbreiten Sie dann das Material zum gelegentlichen Vortrag im Reichstage. — G. S. 58. 1. In Berlin und der Mark Brandenburg ja. 2. Ja; er hat die Armen über die Klassenherrenschaft der Reichen auszuklären gesucht. — G. S. 18. Die Frage, ob der Fabrikbesitzer, dessen Räume Ihnen zur Benutzung gegen Entgelt überlassen sind, für einen Unfall haftet, der Ihre Frau infolge eines mangelhaften Einrichtungs der Räume kränkt, ist keineswegs einfach zu entscheiden. Daher ist es begründet, wenn Land- und Amtsgericht nicht so bald zu einem Ihnen günstigen Resultat gelangen lassen. Entscheidend ist zunächst die Frage: welches Rechtsverhältnis besteht zwischen Ihnen beziehentlich Ihrer Frau und dem Fabrikbesitzer? Es scheint ein Mietverhältnis vorzuliegen; dann läge die Sache für Sie nach § 536 B. G. B. günstig. Es kann aber nach Ihrem dem Wortlaut nach und nicht bekannten Vertrag ein anderes Rechtsverhältnis als vorliegend erachtet werden. Ferner kommt in Betracht: Steht Ihre Frau in einem direkten Vertragsverhältnis? Unterliegt Ihr Betrieb der Versicherungspflicht? Ist Ihr Betrieb ein Teil des versicherungspflichtigen Betriebs der Fabrik? Sind diese Fragen zu bejahen, so wird voraussichtlich Ihre Klage abgewiesen. Es ist unmöglich, ohne Kenntnis des gesamten Aktenmaterials Ihnen mehr als diese Fingerspitze zu geben. Haben Sie zu Ihrem Anwalt kein Vertrauen, so bestellen Sie einen Anwalt, zu dem Sie Vertrauen haben. Wir lehnen grundsätzlich eine Empfehlung bestimmter Anwälte, Anwälte usw. ab. — G. S. 19. 1. Rein. 2. Rein. 3. Sie sind nicht zur Zahlung verpflichtet; auch Ihre Schwester sollte Zahlung ablehnen, falls sie nicht etwa früher ihre Verpflichtung anerkannt hat oder für einen Teil der Kosten aufzukommen hat. 4. Wegen etwaiger Aufnahme in eine Lungerheilstätte wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt. — G. S. 45. Die Frau konnte die Todeserklärung bei Gericht beantragen. — G. S. 63. Ja. — G. S. 6. Eine Klage hätte Aussicht auf Erfolg. Dieselbe wäre bei dem Amtsgericht in Solingen anhängig zu machen. Sie könnten vorab dort Zahlungsbefehl erwirken. — G. S. in R. 1. Die Kartofeln fielen dem Vornehmern zu Last, jedoch kann er diese auf den für die Krankheitzeit seit entlassenen Lohn anrechnen. 2. Ruderleistung erfolgt nicht. — Rudolf Hofmann. Wirtschaftlerinnen sind invalidenversicherungspflichtig, falls ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 M. nicht übersteigt. — G. S. in R. Sind Sie im Jahre 1891 geboren, so haben Sie mit vollendetem 70. Lebensjahre Anspruch auf Altersrente, falls Sie 800 bis 840 Markten geleistet haben. Voraussetzung hierbei ist, daß Sie entweder nachweislich, daß Sie 1888, 1890, 1891 in einer Beschäftigung standen, die versicherungspflichtig gewesen wäre, wenn damals schon das Gesetz in Kraft getreten wäre, oder daß für Sie in den Jahren 1891 bis 1895 einschließend 300 Markten geleistet sind. Können Sie diese Nachweise nicht erbringen, so kann Ihnen erst gegen Beibringung von 1200 Markten Altersrente gezahlt werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 11. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Der Evangelist. Phantasien im Bremer Stadtkeller. Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.

Schiller O. (Balken-Theater.) Krieg im Frieden. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Familie Schierke.

Reines. Elektra. Belle Alliance. Lumpackvagabundus. Carl Weiß. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.

Metropol-Theater. Die Herren von Maxim. Große Ausstattungsszene mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.

National-Theater. „Der Barbier von Sevilla“. Ballet-Divertissement.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Die glückliche Gilberte.

Urania, Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Im Bankkreis der Jungfrau.

Sternwarte. 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

P. GASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Neu! Hendrik Witbol. Neu! Samuel Maharero. Neu! General Nogi. Admiral Skrydlow!!

Passage-Panopticum. 9 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends. Der Riese Machnow.

Apollo-Theater. 218 Friedrichstr. 218. Täglich: Das hochinteressante neue Januar-Spezialitäten-Programm mit Golemanns Hundemeute und Berliner Luft.

Metropol-Theater. Die Herren von Maxim. Große Ausstattungsszene mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.

Metropol-Theater. Die Herren von Maxim. Große Ausstattungsszene mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.

National-Theater. „Der Barbier von Sevilla“. Ballet-Divertissement.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Die glückliche Gilberte.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Die glückliche Gilberte.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Balken-Theater.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Krieg im Frieden. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Haubenlerche.

Zirkus Schumann. Heute Mittwoch, den 11. Januar, abends präz. 7 1/2 Uhr: Grande soirée equestre. Elite-Programm. u. a.: Die besten Springpferde des Marstalls sowie Dir. Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren.

Residenz-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Herkulespielen. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Nora.

Palast-Theater. Burgstr. 22. früher Feen-Palast. Noch nie dagewesenes Programm. 14 Schannummern I. Ranges. 8 1/2 Uhr: Novität! 8 1/2 Uhr: Ein Allerweltswädel.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.

Neues Konzerthaus. Grand Hotel Alexanderplatz. Inhaber: Albert Moerner. Heute sowie täglich: Grosses Curt Goldmann-Konzert.

Skala-Theater. Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.). Sensationelles Programm! Bum-bum oder: Nu aber raus! Wisse mit Gesang in einem Akt, sowie 30 international. Spezialitäten.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Die Räuber auf Maria Rasm oder: Die Kraft des Glaubens.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Die Räuber auf Maria Rasm oder: Die Kraft des Glaubens.

Zentral-Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr. Wiederanstreten des Art. Mia Werber. Madame Sherry. Operette in 3 Akten von Hugo Felig.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Das Stiftungsfest. Donnerstag: Die jährlichen Verwondten.

Kasino-Theater. Lothringersstr. 37 (Kohlenhauer Lor). Täglich 8 Uhr, Sonntag 7 1/2—8 Konzert. Das neue Januar-Programm.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Der Graf v. Charolais.

Carl Weiß-Theater. Große Frankfurter Straße Nr. 132. Täglich abends 8 Uhr: Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Lustspielhaus. Friedrichstraße 236. Nachmittags 3 Uhr: Das böse Prinzchen.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Die Räuber auf Maria Rasm oder: Die Kraft des Glaubens.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Die Räuber auf Maria Rasm oder: Die Kraft des Glaubens.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Die Räuber auf Maria Rasm oder: Die Kraft des Glaubens.

Buchhandlung Vorwärts.

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden. Wir empfehlen: Aufklärungsschriften über das Christentum.

Was Jesus Gott, Mensch oder Hebermensch? Von Dr. Eugen Lohmeyer. Preis 15 Pf.

Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken? Von Dr. Eugen Lohmeyer. Preis 15 Pf.

Christentum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik zwischen Kaplan Hoffsch und August Bebel. Preis 10 Pf.

Die wahre Gestalt des Christentums. Uebersetzt und mit Vorwort versehen von A. Bebel. Preis 50 Pf.

Sozialdemokratie und Zentrum. Von A. Bebel. Preis 20 Pf.

Die Religion der Sozialdemokratie. Von J. Dieckhoff. Preis 20 Pf.

Wider Gottes- und Bibelglauben. Von A. Donat. Preis 30 Pf.

Berliner Uk-Trio. Felix Scheuer. Kirchnerstr. 1.

Gebrüder Herrfeld-Theater.

Der bisher unübertroffene lustigste Herrfeld-Schlager mit feinen hümmlich bejadelten Situationen

Prinz Levy in Ahlbeck

Schwank in 3 Akten, mit den Autoren in den Hauptrollen.
Magnus Prinz Levy:

Donat Herrfeld.
Präsident, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrfeld.
Anf. 8 Uhr. Billetvorverk. 11-2 Uhr.



Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorzügl. deutsch-franz. Stutzerfängerin.
Kußgeschmiedes Lyrika-Duett.
Fatme, Indische Gauklerin, sowie alle übrigen erstklass. Spezialit. wochn. nachm. 7 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr.

Der Roland von Berlin.

Wochenschrift für das Berliner Leben.
Herausgeber: Dr. L. Leipziger.

Die morgen erscheinende Nummer enthält u. a.:

Die beiden Thyssen.

III. Thyssensche Hauspolitik.

Preis der Einzelnummer: 20 Pf. Abonnements 2 M. pro Quartal nehmen entgegen: die Post, alle Buchhandlungen des In- und Auslandes und der Verlag, Tauentzienstrasse 20, I. 64/18

2. Ziehung 1. Klasse 212 Rgl. Verh. Lotterie.

Ziehung vom 10. Januar 1906, dienstl. Kar. Nr. Gewinne über 50 Rgl. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Eine Gewin.)

151 394 538 671 951 1077 150 205 57 354 694
948 83 89 2017 300 82 537 85 780 857 961 3136 87
245 300 280 4059 88 226 893 832 11001 5021 80
10001 698 6251 343 410 11001 85 7080 186 91 94 296
590 735 94 8311 93 861 908 9182 13001 313 528
44 551

10072 139 325 49 462 515 744 807 11017 61 193
262 87 545 76 618 75 96 763 1 709 93 923 34 54 12087
896 13168 287 13001 306 410 22 968 14040 69 185
10001 415 519 67 711 918 11001 45 15068 68 593 932
16181 228 518 642 749 839 13001 933 60 17240 79
674 49 900 75 18416 635 815 45 908 77 11001 19147
66 238 72 614

2027 13001 60 237 11001 618 46 797 883 903 21224
31 399 945 82 22051 283 331 490 507 610 82 907 23322
54 359 669 88 540 24112 41 316 327 40 611 906
25284 26014 47 417 70 598 616 799 27236 867
712 11001 77 908 29178 248 59 339 493 513 32 67 947
735 829 943 29096 187 254 562 601 3 38 896

30128 91 561 31016 93 408 75 633 44 32214
707 13 544 55 92 925 33140 299 557 708 66 77 972
74459 173 813 11001 363 415 90 782 865 930 35686
591 285 493 976 36182 344 393 490 883 37181 220
376 515 43 91 99 973 75 89 37194 363 418 800 23
617 57 807 74 933 39012 75 300 49 462 898 916 45 71
40284 851 41256 441 811 74 915 67 86 42031
13001 75 84 329 62 460 571 33 43148 299 460 77
44286 85 490 11001 679 735 90 819 45238 448 46887
13001 287 96 317 415 35 70 1301 505 967 47037 127
215 328 62 11001 855 48159 210 88 11001 517 885 930
49275 633 58 771 871 98

50227 189 277 93 314 80 627 90 70 737 51179 205
69 375 543 809 52311 1 90 50 702 11 34 718 97 866
53150 226 307 423 800 700 40 85 814 54348 68 742
89 903 55440 555 629 88 719 11001 56057 398 466
674 685 11001 782 871 57118 276 492 97 545 631 41
898 905 58130 13001 212 65 2700 96 381 57 59323
25 44 505 13001 54 602 4 841

60002 302 417 88 600 895 903 20 61088 110 242
438 716 74 905 60 62147 55 212 11001 475 596 696
737 877 63078 172 238 451 11 64330 422 748 943
65832 106 498 531 40001 32 61 728 827 43 66 91 11001
908 44 66418 833 67985 184 246 780 875 958 68992
136 39 256 312 70 77 824 13001 60 722 38 878 85 988
69245 545 882 973 11001 86

70117 54 294 95 411 785 925 77 71170 466 906
701 875 999 72691 66 300 600 70 709 808 927 11001
43 73397 99 820 943 48 54 74842 70 75131 296
346 449 583 12001 620 722 93 853 11001 918 76910 74
315 36 473 664 737 51 936 63 61 77077 127 215 936
78932 87 127 517 83 740 77 985 79194 13001 50 430
53 98 8229 606 712 844 73 88 62 969 11001
80269 475 647 300 64 84 786 841 11001 81477
596 69 736 815 89 90 82108 11001 628 78 83940
291 462 516 29 69 13001 698 889 927 62 84236 72 487
728 96 85178 279 494 608 518 908 11001 86109 265
393 593 699 884 87066 317 487 693 759 85 809 85212
77 595 604 67 777 89689 117 578 707 910 40
90019 183 241 85 434 796 91631 100 267 11001
212 425 670 83 735 64 90 92140 521 86 973 93678
202 64 87 88 117 40 785 894 924 94491 626 957
95122 223 67 58 96 96185 971 74 831 69 70 11001
917 13001 95 97488 886 98603 918 61 99066 133
45 80 617

100298 476 11001 518 635 782 800 101242 316
13001 634 772 925 102789 23 119 41 13001 42 427 60
634 57 999 103033 143 51 390 406 785 104245 518
907 105241 77 965 69 712 845 106080 111 76 283
478 656 878 947 107108 11 6 54 298 12001 333 679
108147 48 202 2 3 549 951 71 85 714 806 109081
330 481 518 667 807 907 61

110110 35 613 33 91 776 880 947 65 111214
68 442 55 85 74 36 112133 81 544 695 113070
278 353 71 408 542 35 610 726 878 974 114626 732

Deutsch - Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel Ad. Philipp:
NEW-YORK
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Otto Pritzkow's

Abnormitäten - Anstellung

Müdigkeit 16.
Täglich Vorstellung

lebender Kuriositäten!

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!

Orts - Krankenkasse Weissensee.

Bekanntmachung.

Gemäß § 67 der Kassensatzungen bringen wir hierdurch unseren Mitgliedern und Arbeitgeberinnen bezüglich der Zusammensetzung des Vorstandes nachstehendes zur gefälligen Kenntnis.
Der Vorstand setzt sich fortan, wie folgt, zusammen:

- Vorsitzender: Herr Wilhelm Reske, Zeichnungsbedienter, Weissensee, Sebanstr. 53.
- Stellvertreter: Herr Karl Jung, Tischlermeister, Weissensee, Preisnauer Chauffee 18.
- Schriftführer: Herr Albert Richter, Tischler, Weissensee, Langhandstr. 152.
- Bekannter: Herr August Witzner, Schlossermeister, Weissensee, Gustav Adolfrstr. 17a.
- Herr Karl Reichert, Tischlermeister, Weissensee, Gählerstr. 56.
- Herr Hermann Walke, Tischler, Weissensee, Langhandstr. 60.
- Herr Hermann Wöhler, Maschinenarbeiter, Weissensee, Gustav Adolfrstr. 14.
- Herr Bruno Stein, Tischler, Weissensee, Straßburgstr. 54.
- Herr Otto Scheer, Probierpolierer, Weissensee, Charlottenburgerstr. 142.

Weissensee, den 9. Januar 1906.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Weissensee
Wilhelm Reske
Vorsitzender. [270/4]

Leihhaus

Friedrichstr. 221, I,
Ecke Puttkamerstrasse,
früher Friedrichstraße 181D,
allerhöchste Belehnung u. Ankauf v. Brillanten, Goldwaren, Kaufmannsgütern, Pfandscheinen.
Tägl. billiger Verkauf verpfändeter gemeldeter 12565
Juwelen, Goldwaren etc.

Etablissement Bugenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Diensttag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserhof Tanz. [275]

Zentral-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter

Berlin, Sektion II.
Am Sonntag, den 8. Januar, verstarb unser treues Mitglied
Paul Lichtenberg.
(Brauerei-Königsplatz.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 11. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Blon-Richthofes in Nieder-Schönhaufen (Nordend) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
12506 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.

Unseren Vereins-Mitgliedern machen wir hiermit die traurige Mitteilung, daß unser lieber Kollege, der als einer der Ersten unsern beigetreten ist der Barbierlehrling
Adolf Boltze
Sonntag nachmittags plötzlich an Herzschwäche gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch 3 Uhr von der Halle des Gemeinde-Richthofes in Weissensee, Köpenickerstr., aus statt.
Wir bitten um rege Beteiligung.
Der Verein
der Lehrlinge u. jugendl. Arbeiter.

Leihhaus

Friedrichstr. 221, I,
Ecke Puttkamerstrasse,
früher Friedrichstraße 181D,
allerhöchste Belehnung u. Ankauf v. Brillanten, Goldwaren, Kaufmannsgütern, Pfandscheinen.
Tägl. billiger Verkauf verpfändeter gemeldeter 12565
Juwelen, Goldwaren etc.

Etablissement Bugenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Diensttag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserhof Tanz. [275]

2. Ziehung 1. Klasse 212 Rgl. Verh. Lotterie.

Ziehung vom 10. Januar 1906, nachmittags. Kar. Nr. Gewinne über 50 Rgl. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Eine Gewin.)

281 364 425 743 54 990 1022 251 329 605 61 88
11001 802 939 42 92 2184 267 547 750 3204 23 96
4040 64 11001 451 509 23 620 29 13001 831 5165 11001
277 944 452 511 797 6189 266 495 589 749 91 918 7171
11001 437 800 53 986 8103 213 45 13001 362 443 557
617 11001 958 9100 299 366 601 28 69 777 988

10220 335 403 634 719 81 11062 139 250 323 35
408 80 729 928 12331 421 95 96 871 13036 157 281
11000 001 304 87 14308 54 13001 340 414 764 849
90 13001 72 15029 45 548 718 939 16051 13001 212
82 406 43 602 738 899 978 12728 89 725 28 18110
32 91 307 458 588 833 72 19098 69 99 115 216 300 88
570 81 61

20004 13001 53 119 389 676 2121 13001 589 90
618 74 821 963 22414 620 30 49 803 23047 11001 92
139 274 76 332 44 493 523 331 339 45 49 59 914
24508 731 807 16 29 964 25182 90 336 401 509 718 24
11001 982 26176 222 688 703 5 27057 73 154 575 994
64 84 28034 68 371 449 645 900 84 95 905 29026
365 464 663 80 784 821 11001 55 11001

30010 13001 289 408 618 74 881 949 31033 139
377 412 80 538 885 849 921 32029 449 11001 912 94
33067 275 96 94 208 25 11001 450 529 794 34234 944
424 689 723 890 900 13 71 35227 311 37 46 567 881 82
974 36542 739 37136 321 362 763 808 13001 20 69
968 38218 422 40 528 11001 717 43 44 856 62 39016
100 210 45 855 667 827

40019 21 72 120 272 86 11001 820 986 41178
305 422 625 42 891 11001 42044 13001 81 111 305 88
774 926 11001 43116 96 239 333 449 635 707 43 96
867 44929 643 88 45129 302 44 429 40 578 804 988
46085 354 478 528 47078 178 317 87 441 579 681
11001 48187 11001 337 431 94 572 618 60 49345
11001 517 670

50059 77 13001 309 17 509 910 62 13001 59 51192
263 565 631 52028 310 849 889 53006 131 57 513 498
628 88 876 924 54312 13001 496 829 845 90 768 53298
87 623 770 846 56044 150 97 533 533 603 37 11001 45
902 86 57306 875 58903 272 663 99 59022 55
311 791

60051 86 200 312 29 11001 79 825 82 643 44 88 787
834 989 99 61462 94 500 667 50 623 62277 439 578
690 790 63083 306 87 11001 425 545 760 872 64003
216 318 437 684 88 832 970 65002 508 16 639 74 829
34 45 66923 198 552 639 90 735 67928 341 12001 92
526 654 55 822 68006 599 901 988 69202 558 609 747
70305 547 987 71201 11001 69 303 87 440 514
85 92 621 51 779 819 72116 11001 97 230 341 73178
403 11001 507 796 816 74218 459 11001 742 75189
447 614 613 33 773 76021 128 32 353 991 77021
436 557 748 78308 595 6 19 606 79044 79 136 72
278 445 558 70 884 11001 903

80133 223 343 55 601 734 38 892 81079 200 85 73
361 12061 471 888 745 49 90 12901 32891 745 90 867
83 83054 155 77 201 31 589 878 824 961 84113 481
649 70 93 74 85006 72 629 432 800 79 929 74 86971
303 51 79 431 790 87982 9 446 849 89 85844 683
728 894 892925 41 444 50 622 98 94 723 73 826

90169 347 48 92 86 25 10 11001 589 680 821
91066 429 86 980 85 881 9-127 2 288 723 93063
87 308 488 11001 626 96 9447 51 11001 750 999
95079 11001 290 62 376 492 715 908 65 910 80 96148
84 629 798 955 97162 914 35 432 536 658 54 755 81
75 84 827 964 95284 88 705 11001 63 89 11001 845
11001 99143 90 11001 989

100006 102 458 51 547 71 92 101139 270 410
11001 97 41 43 731 80 102793 31 515 51 11001 724
544 97 13001 977 45 103610 2 95 708 956 11001
104177 21 806 444 90 862 105 62 11001 72 83 146
215 446 905 27 45 904 71 11001 219 304 71 14001 82
890 92 10 7 98 94 3 7 1 10 90 92 96 90 900
682 11001 708 61 884 55 600 96 109119 828

11038 216 68 904 11101 6 548 729
112236 367 606 894 912 113172 203 99 810 90

Sozialdemokrat. Wahlverein

i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
(Osten).
Stadtbezirk 149.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 8. d. M., starb unser langjähriges Mitglied,
der Tischler
Karl Junold.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rühlischen Krankenhaus am Friedhofshaus nach dem Warfus-Friedhof in Weissenberg statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
242/4 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

(Zentrale Berlin).
Todes-Anzeige.
Am Freitag, den 6. Januar, verstarb unser Mitglied
Emil Hoffmann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Januar, von der Leichenhalle des neuen Kulkens-Richthofes, Färbenbrunnweg, aus statt.
Rege Beteiligung ersucht
195/2 **Der Vorstand.**

Dienstag früh 6 Uhr entfällt kein nur kurzem Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Onkel und Schwager
Philipp Seelig
im 25. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbedrückt an
Im Namen der Hinterbliebenen:
Wilh. Seelig und Frau
Friederike geb. Haupt.
Bismarckstr. 9, Januar 1906
Wilhelms-Allee 37.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Bismarckdorfer Gemeinde-Richthofes, Seinerstr. 103, aus statt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters
Friedrich Eckstein
sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Kollegen und der Firma Schwarzloje meinen herzlichsten Dank.
12536
Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 8. d. M., verstarb unser Mitglied, der Schmied
Gustav Dorsch
Wepferstr. 19.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Immannel-Friedhofes in Weihensee (Hallenberger Chauffee) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
246/2 **Der Vorstand.**

Am Sonntagmittag 12 Uhr starb der Tanzlehrer
Max Erbe.
Derselbe hat meinem Geschäft lange Jahre angehört und ist mir in dieser Zeit durch seinen Charakter und treue Mitarbeiter ein tüchtiger Mitarbeiter und ein lieber Freund gewesen.
Ich werde sein Andenken stets in Ehren halten.
Karl Eisermann,
Elymann, Landsberger Allee 40/41.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Friedhofes, Landsberger Allee, aus statt.

Central-Verband der Schmiede.

Zahlstelle Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß in der Sonntagsnacht um 1 Uhr unser Mitglied
Gustav Dorsch
nach langem, schwerem Leiden im Krankenhaus Friedrichshagen gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshagen aus statt. 176/1
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 7. Januar, verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit meine innigst geliebte Frau, unsere teure Mutter und Tochter
Margarete Bezorowski
geb. Hönow.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 11. Januar, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshagen aus statt.
Leon Bezorowski nebst Kindern.
Otto Hönow nebst Frau. 15678